

fonction publique

CGFP
Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique

numéro 278
juillet 2023

55^e année
paraît 4 fois par an

SONDERAUSGABE CGFP-WAHLPRÜFSTEINE



Die Parteien im Faktencheck

Aufgrund der Überschneidung mit den Kommunalwahlen wird der Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 8. Oktober dieses Mal äußerst knapp sein, sodass den Wählern wenig Zeit bleibt, sich mit den Angeboten der jeweiligen Parteien vertraut zu machen.

Wie bereits in der Vergangenheit ist die CGFP fest entschlossen, ihren Beitrag zu leisten, damit die Bürger – insbesondere die Staatsbediensteten – in voller Kenntnis der Sachlage die Wahlkabine betreten. Bereits Anfang Juni hatte die CGFP neun Parteien rund 50 Fragen zu aktuellen Themen zukommen lassen. Alle Parteien haben diesem Appell Folge geleistet.

Die Reihenfolge der abgedruckten Antworten beruht keineswegs auf dem Zufallsprinzip. Bei den ersten vier Parteien war von Beginn an klar, dass die Wahllistennummer, die ihnen für die Kommunalwahlen per Auslosung zugeteilt wurde, auch für die Parlamentswahlen gilt. Bei den anderen Parteien stand deren Listennummer bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Die Antworten wurden deshalb nach der alphabetischen Rangfolge der Parteien veröffentlicht.

Anders als in der Vergangenheit mussten die Teilnehmer dieses Mal eine maximale Zeichenanzahl pro Antwort berücksichtigen. Somit wurde sichergestellt, dass alle Parteien gleichmäßig Stellung beziehen können. Fünf Fragen waren schlicht mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten. Mit Ausnahme von der LSAP und déi gréng haben alle Parteien diese Anweisung gänzlich erfüllt – auch wenn dies bei manchen nicht auf Anhieb erfolgte.

Die Auswertung der Wahlprüfsteine bringt viele interessante Schlüsse zum Vorschein. So geben z.B. sieben Parteien an, dass sie die CGFP als einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst und somit als alleinigen Verhandlungspartner für die Belange der

Staatsbediensteten betrachten. Lediglich déi Lénk und die KPL sind in diesem Punkt anderer Ansicht.

Sämtliche Parteien stimmen mit der CGFP überein, dass in der kommenden Legislaturperiode eine umfassende Steuerreform zur finanziellen Entlastung der Privathaushalte in Angriff genommen werden muss. Bei der genauen Ausrichtung dieser Reform gehen die Vorstellungen jedoch weit auseinander. Wenig verwunderlich ist zudem, dass sich keine Partei für eventuelle Sparpläne auf Kosten der Bürger ausspricht.

Große Einigkeit gibt es auch in Bezug auf den von der CGFP geforderten integralen Erhalt des automatischen Indexmechanismus. Nur zwei Parteien (Piraten und Fokus) wollen dieses bewährte Instrument zur Wahrung des sozialen Friedens zumindest teilweise überdenken.

Klares Bekenntnis zum öffentlichen Statut

Gespalten sind die Meinungen hinsichtlich der langjährigen CGFP-Forderung nach einer automatischen Anpassung der Steuertabelle an die Inflation im vollen Umfang. Die Piraten sprechen sich gegen eine solche Maßnahme aus. Die LSAP und déi gréng waren nicht in der Lage, klipp und klar dazu Stellung zu beziehen.

Die übrigen Fragen, auf die sich die Ja/Nein-Vorgabe nicht bezog, waren in Themenfelder eingegliedert, die von den Wählern als prioritär betrachtet werden. Dazu gehören u.a. der Wohnungsbau, die Sozial-, Steuer- und Klimapolitik sowie die Wirtschaft und die Bildung.

In Bezug auf den öffentlichen Dienst sei darauf hingewiesen, dass sich nahezu alle Parteien zum partikularen Statut der Staatsbediensteten bekennen. Nahezu keine Partei gedenkt, die von der CGFP mit der Regierung ausgehandelte Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst rückgängig zu machen. Einzig und allein Fokus schert aus. „Das kontraproduktive System soll nicht

wiedereingeführt, die Bewertung jedoch zusammen mit der CGFP überarbeitet werden“, heißt es.

Seit Jahren spricht sich die CGFP gegen eine weitere Öffnung des Staatsdienstes für Nicht-Luxemburger aus. Ein breites Bündnis teilt diese Ansicht. Nur Fokus sieht diesbezüglich Handlungsbedarf, währenddessen die CSV punktuelle Öffnungen nicht ausschließt, ohne jedoch dabei den Staatsdienst auszuhöhlen.

Angesichts der soliden finanziellen Lage der Pensionskasse ist deren Finanzierung für die nächsten Jahre gewährleistet. Folglich sieht die CGFP derzeit keinen Grund, in der kommenden Legislaturperiode Verschlechterungen zulasten der Versicherten in Erwägung zu ziehen. Zwei Drittel der befragten Parteien sind der gleichen Auffassung. Die ADR sieht hingegen einen dringenden Reformbedarf, um langfristig dramatische Einschnitte zu vermeiden. déi gréng wollen zur Rentenfinanzierung auch Beiträge auf Kapitaleinkommen erheben. Die Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst wird – im Falle einer Regierungsbeteiligung – von keiner Partei kategorisch ausgeschlossen, wobei jedoch auffällt, dass insbesondere die DP und die LSAP zögern, eine solche Maßnahme umzusetzen.

Im Bildungswesen stellt die CGFP mit Bedauern fest, dass zunehmend internationale Schulen eröffnet werden, die nur noch den Schwerpunkt auf eine der drei Amtssprachen legen. Eine überwiegende Mehrheit der Parteien erklärt sich bereit, dieses parallele Schulsystem nicht weiter voranzutreiben. Die Regierungsparteien zeigen hingegen keine große Bereitschaft, der jetzigen Entwicklung entgegenzusteuern.

Die CGFP-Wahlprüfsteine sollen den Wählern zur Orientierung vor den Wahlen dienen. Als politisch unabhängig und ideologisch neutrale Berufsorganisation legt die CGFP jedoch auch dieses Mal großen Wert darauf, keine Wahlempfehlung auszusprechen. Nach dem Urnengang wird sie die Parteien infolge derer Wahlversprechen zur Rechenschaft ziehen.

fp

Lesen Sie die Antworten der CGFP-Wahlprüfsteine ab Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141

CGFP-Schlichtungsverfahren gegen die Regierung

Die Tage unmittelbar vor der parlamentarischen Sommerpause waren auch aus CGFP-Sicht turbulent. In der letzten Sitzungswoche stimmten die Abgeordneten über sage und schreibe 33 Gesetzentwürfe ab. Auf der Tagesordnung stand u.a. auch der Gesetzentwurf 7880, durch den die Armee einen neuen gesetzlichen Rahmen erhält, der den Besonderheiten des Militärberufs Rechnung tragen soll. Des Weiteren wird den Armeeangehörigen der Zugang zu neuen Laufbahnen mit beruflichen Aufstiegschancen ermöglicht.

Trotz dieser positiven Ansätze zeigten sich die CGFP und die Armeegewerkschaft SPAL darüber empört, dass die Regierung infolge eines kritischen Gutachtens des Staatsrats mit eiligst eingereichten Änderungsanträgen krampfhaft versucht hat, die im öffentlichen Dienst vereinbarte Abschaffung des Bewertungssystems bei den Militärangehörigen wieder einzuführen. Artikel 32 des besagten Textes befasst sich mit „der Beurteilung der beruflichen, ethischen und physischen Qualitäten der Armeeangehörigen“.

Missachtung des Gehälterabkommens

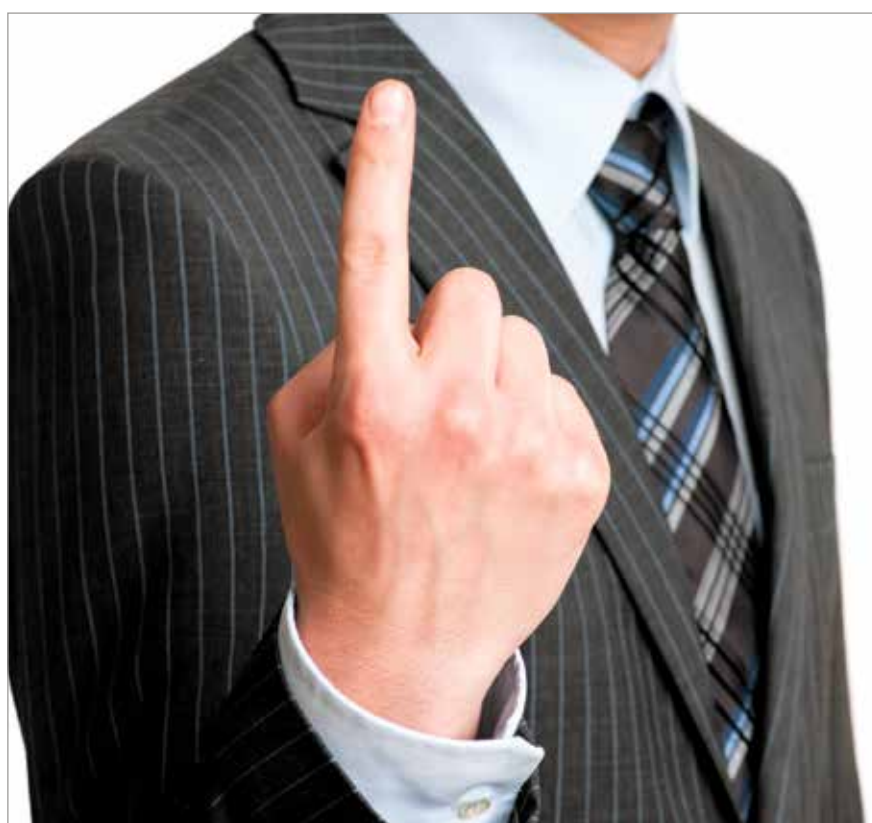
Für die CGFP stellt dies ein „No-Go“ dar. Sollte der Text in seiner aktuellen Fassung verabschiedet werden, sei dies als Affront zu werten, hieß es am vergangenen 13. Juli in einer CGFP-Pressemitteilung. (Anm. d. Red.: Bei Redaktionsschluss stand das Abstimmungsergebnis des betreffenden Gesetzentwurfs noch nicht fest).

Falls die Regierung diesbezüglich nicht einlenke, handle es sich hier um einen „eindeutigen Verstoß gegen das für den gesamten Staatsdienst geltende Besoldungsabkommen“, setzte die CGFP nach. Im Schulterschluss mit der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) forderte sie die Streichung des höchst umstrittenen Artikels 32.

In ihrer dreisten Vorgehensweise hatte die Dreierkoalition sogar darauf verzichtet, eine Stellungnahme der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) einzuholen. Dies hinderte die Berufskammer der öffentlich Bediensteten nicht daran, trotzdem ein Gutachten zu erstellen.

Darin heißt es, das angeführte Argument zur Rechtfertigung für die Einführung „spezifischer Regeln insbesondere in Bezug auf die Beförderung in militärische Dienstgrade“ sei alles andere als stichhaltig. Die CHFEP warnte davor, die Bewertung ethischer Qualitäten könne zu Missbräuchen führen. Der Begriff „ethisch“ sei nicht definiert. Folglich bestehe die Gefahr, dass die Beurteilung rein subjektiv ausfalle.

Außerdem stimme das geplante System der „Beurteiler und Genehmigenden“ („appréciateurs et approbateurs“) nicht mit dem Grundsatz der Dienstgradhierarchie innerhalb der Armee überein, hieß es weiter. Die CHFEP wies darauf hin, dass nur der direkte Vorgesetzte einen untergeordneten Bediensteten beurteilen könne. Bereits zuvor hatte der Staatsrat auf die Notwendigkeit hingewiesen, diesem Grundsatz Rechnung zu tragen.



Noch am selben Tag, als die CGFP-Pressemitteilung veröffentlicht wurde, bat Verteidigungsminister François Bausch die CGFP um ein Treffen. Bei der Unterredung, die am folgenden Tag stattfand, wurde auf Betreiben der CGFP hin der Minister für den öffentlichen Dienst Marc Hansen in die Gespräche eingebunden. An dem Treffen nahm zudem auch Generalstabschef Steve Thull teil.

Der Zwist beruhe auf einem „Missverständnis“, versuchte sich der Armeeminister gleich zu Beginn zu rechtfertigen. Das System des Aufstiegs in militärische Dienstgrade und die Modalitäten des Artikels 32 seien kein neues System, monierte der zuständige Ressortminister. Die Statuten der verschiedenen militärischen Laufbahnen hätten seit 1954 ein Beurteilungssystem vorgesehen. Artikel 32 übertrage daher lediglich das armeespezifische Beurteilungssystem in sein Grundlagengesetz, nachdem der Staatsrat diesbezüglich Stellung bezogen habe.

An dieser Stelle rückt jedoch eine Frage in den Vordergrund: Sollte es sich tatsächlich um ein speziell auf die Armee bezogenes System handeln, warum wurde dann dieses Konzept 2019 durch das damals für den gesamten öffentlichen Dienst geltende Bewertungssystem ersetzt?

Minister Bausch betonte zunächst gegenüber der CGFP und später auch in diversen Pressestatements, Luxemburgs Armee müsse – wie die übrigen NATO- und EU-Armeen – über ein Beurteilungssystem verfügen, damit die Zusammenarbeit mit den anderen Streitkräften gewährleistet sei.

Angst vor Kontrollverlust?

Fakt ist jedoch, dass weder die NATO noch die EU den jeweiligen Armeen der Mitgliedsstaaten ein Bewertungssystem aufzwingen, wie der Armee-Chef einräumen musste. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen kann also nicht als Argument für das Festhalten am Beurteilungssystem herhalten. Vielmehr scheint der eigentliche Grund darin zu bestehen, dass innerhalb der Armeeführung die Angst vor einem Kontrollverlust herrscht.

Die politischen Entscheidungsträger wiesen zudem darauf hin, dass eine kurzfristige Anpassung des betreffenden Gesetzentwurfs nicht machbar sei. Dem Staatsrat bliebe nicht genügend Zeit, um den überarbeiteten Text fristgerecht vor den Sommerferien zu begutachten.

Ob dem so war, darf bezweifelt werden: Kurz vor dem Abschluss der Parlamentssession hat die Hohe Körperschaft in einer rekordverdächtigen Kadenz Stellung zu einer beeindruckenden Anzahl von Gesetzentwürfen bezogen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass sich dieses konsultative Gremium einer Frage der politischen Entscheidung widersetzt hätte. Drei Tage vor der geplanten Abstimmung im Parlament tagte jedenfalls eine außerordentliche Plenarsitzung des Staatsrats. Diese

Tatsache lässt darauf schließen, dass der fehlende politische Willen der Regierung der eigentliche Grund für die Handlungsstarre war.

Bei ihrem Treffen mit der CGFP hatten die Minister Bausch und Hansen versichert, dass sie das Gehälterabkommen keineswegs infrage stellen würden. „Liebe Herr Minister, lassen Sie den Worten Taten folgen!“, konterte die CGFP in einer anschließenden Pressemitteilung. Die löchrige Argumentation und die Vorschläge, welche die Regierung der CGFP bei dem jüngsten Treffen unterbreitet habe, seien alles andere als überzeugend gewesen.

Ein gefährlicher Präzedenzfall

Am 18. Juli beschloss der CGFP-Nationalvorstand einstimmig, sofort ein Schlichtungsverfahren gegen die Regierung in die Wege zu leiten. Die Vorgehensweise der Dreierkoalition in dieser Angelegenheit sei von einem schlechten politischen Stil geprägt, schlussfolgerten die Delegierten. Der Versuch, das sinnlose Benotungssystem durch die Hintertür wieder in der Armee anzuwenden, sei ein gefährlicher Präzedenzfall. Es sei zu befürchten, dass diese Vorgehensweise künftig in anderen Verwaltungen Nachahmer finden werde.

Die unverfrorene Absicht der Regierung, das Gehälterabkommen auf schwerste Weise zu missachten, zeugt von einer maßlosen Respektlosigkeit gegenüber den Sozialpartnern. Im Vorfeld der Abstimmung über die Reform der Armee rief die CGFP deshalb alle Abgeordneten dazu auf, den Passus zur Wiedereinführung des Bewertungssystems aus der Welt zu schaffen. „Falls die Mehrheitsparteien DP, LSAP und déi Gréng diesbezüglich keine Einsicht zeigen, werden sie nicht nur das staatliche Besoldungsabkommen mit Füßen treten, sondern wenige Wochen vor den Parlamentswahlen ihr wahres Gesicht zeigen, indem sie sich mit den öffentlich Bediensteten entsolidarisieren“, schlussfolgerte die CGFP.

In der Regel muss innerhalb von sechs Wochen nach Einleitung des Verfahrens eine erste Schlichtungssitzung einberufen werden. Die CGFP hofft, dass im Rahmen dieser Unterredungen eine Lösung gefunden werden kann, um das angesprochene Problem auf eine zufriedenstellende Art und Weise zu beheben. Der Schlichtungsausschuss wird von einer neutralen Person, in diesem Fall von einer Vertreterin der Magistratur, geleitet. Die Rolle des Schlichters besteht darin, die beiden Parteien (CGFP und Regierung) zu einer Einigung zu bringen. Nach Abschluss der Schlichtung wird die CGFP ihre Gremien erneut konsultieren, um über die weitere Marschroute zu entscheiden.

Max Lemmer

WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

CGFP-Wahlprüfsteine

Die CGFP hat insgesamt neun Parteien einen Fragenkatalog zum öffentlichen Dienst sowie zu anderen breit gefächerten aktuellen Themen vorgelegt. Lesen Sie hier die Antworten.

Fünfmal ein klares Ja oder Nein

Die CGFP betrachtet den Indexmechanismus als Garant zur Wahrung des sozialen Friedens. Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode für den integralen Erhalt des automatischen Indexmechanismus einsetzen und somit einem gedeckelten Index, einer Verschiebung oder einer Streichung von Indexbranchen eine Absage erteilen?

 Ja	 Ja	 Nein
 Ja	 Jo	 Nein
 Ja	 Ja	 Ja

Die CGFP fordert, dass eine automatische Anpassung der Steuertabelle an die Inflation im vollen Umfang umgesetzt wird. Sind Sie der gleichen Ansicht?

 keine Ja/Nein Antwort	 Ja	 Ja
 Ja	 Jo	 Nein
 keine Ja/Nein Antwort	 Ja	 Ja

Verpflichtet sich Ihre Partei – im Falle einer Regierungsbeteiligung – gleich zu Beginn der kommenden Legislaturperiode eine umfassende Steuerreform zur finanziellen Entlastung der Privathaushalte in Angriff zu nehmen? *

* Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 15 und 17

 Ja	 Ja	 Ja
 Ja	 Jo	 Ja
 Ja	 Ja	 Ja

Sind Sie fest dazu entschlossen, in den kommenden Jahren Ihre Zustimmung für eventuelle Sparpläne auf Kosten der Bürger zu verweigern?

 Ja	 Ja	 Ja
 Ja	 Jo	 Ja
 Ja	 Ja	 Ja

Die CGFP ist die einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst. Verhandlungen über die Allgemeininteressen der Bediensteten wurden deshalb stets ausschließlich mit der CGFP geführt. Versichert Ihre Partei keineswegs von diesem eisernen Prinzip abzuweichen?

 Ja	 Ja	 Ja
 Ja	 Jo	 Ja
 Ja	 Nein	 Nein



Neues Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst

Am 9. Dezember 2022 hatte sich die CGFP nach intensiven Verhandlungen mit der Regierung auf ein neues Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst geeinigt, dessen Laufzeit zwei Jahre beträgt.

Ein Kernelement dieser Übereinkunft ist die Abschaffung des Bewertungssystems. Wird Ihr Partei – im Falle einer Regierungsbeteiligung – darauf verzichten, dieses kontraproduktive System im Staatsdienst wieder einzuführen?

 Ja, die LSAP wird sich dafür einsetzen, dieses Bewertungssystem nicht wieder einzuführen.

 DP-Minister Marc Hansen hat als Vertreter der Regierung das Gehälterabkommen mit der CGFP verhandelt. Der größte Teil des Abkommens wurde bereits in Form von Gesetzestexten umgesetzt. Zusätzlich hat Minister Marc Hansen der CGFP einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Abschaffung des Bewertungssystems vorsieht. Es gibt keinen Grund, von diesem Kurs abzuweichen.

 déi gréng werden das kürzlich abgeschaffte Bewertungssystem nicht wieder einführen.

 Die CSV steht uneingeschränkt zum Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst vom 9. Dezember 2022. Wir werden das abgeschaffte Bewertungssystem nicht wieder einführen.

 D'ADR huet sech als eenzeg Partei vun Ufank u kloer géint de Bewäertungssystem ausgeswat. Mir hunn et och begréisst, wéi en endlech ofgeschaf gouf, a mir wäerten dës Positioun och weiderhi verdeedegen.

 déi Lénk sind von Anfang an gegen die Einführung des Bewertungssystems gewesen und haben dessen Abschaffung im Wahlprogramm 2018 gefordert. Dementsprechend würden wir ein derartiges System nicht wiedereinführen.

 FOKUS ist davon überzeugt, dass sich jeder Mensch in allen Arbeitsverhältnissen periodisch einer Bewertung stellen soll. Das kontraproduktive System soll so nicht wieder eingeführt werden, die Bewertung aber zusammen mit der CGFP überdacht und überarbeitet werden.

 Die KPL war von Anfang an gegen ein solches Bewertungssystem und lehnt eine Wiedereinführung eines solchen Systems kategorisch ab.

 Ja

Die CGFP wird auch bei künftigen Lohnforderungen am Prinzip einer linearen Punktwärterhöhung festhalten. Kann Sie dabei auf die Unterstützung Ihrer Partei zählen?

 Ja

 déi gréng sind für eine Fortführung der linearen Punktwärterhöhung nach 2024.

 Unter der Federführung von DP-Minister Marc Hansen wurde ein Gehälterabkommen ausgehandelt, das nicht nur eine lineare Punktwärterhöhung beinhaltet, sondern auch einen innovativen Ansatz zur Unterstützung von Personen mit niedrigeren Gehältern vorsieht. Wir sind fest davon überzeugt, dass der Sozialdialog auch zukünftig zu konstruktiven Kompromissen führen wird. Die DP hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie ein vertrauensvoller Partner der CGFP ist.

 Die CSV steht für kontinuierliche Lohnverhandlungen. Wir werden am Prinzip der linearen Punktwärterhöhung festhalten.

 Jo, d'ADR ass och der Meenung, dass d'Punktwärterhéijung sollt linear sinn. Mir hunn awer begréisst, dass elo, an deenen aktuellen ekonomeschen Ëmstänn, eng Limitt op déi éischt honnert Punkten decidéiert gouf, wat fir eis en Zeeche vu Verantwortung war, dat der CGFP jo och mat ze verdanken ass. Mee prinzipiell si mir awer fir e lineare System bei der Punktwärterhéijung, an datt domat d'Gläichgewiicht an d'Progressivitéit an der Gehältertabell vum Staat soll preservéiert ginn.

 Ja, wir unterstützen die lineare Punktwärterhöhung.

FONDATION
CGFP DE SECOURS

CGFP  **-SERVICES**

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agréée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1111 0733 4614 0000



(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

FOKUS: Ja.



Die CGFP wird die volle Unterstützung der KPL haben.



Ja

Welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, damit die im Gehälterabkommen vereinbarten Abmachungen in allen öffentlichen Einrichtungen integral umgesetzt werden?



Wir werden uns in dem parlamentarischen Ausschuss dafür stark machen, dass das Gehälterabkommen in seiner Gesamtheit so schnell wie möglich umgesetzt wird, so wie wir das auch bei der Umsetzung vom Tripartite-Abkommen gemacht haben. Sollten uns Mängel auffallen, werden wir versuchen, diese mit den uns verfügbaren parlamentarischen Mitteln zu beheben.



Die meisten Bestimmungen des Gehälterabkommens werden gesetzlich festgeschrieben und sind demnach für jede öffentliche Einrichtung bindend.



déi grëng wollen, dass alle Punkte, die im Gehälterabkommen stehen, für alle Mitarbeiter*innen gelten, die unter öffentlichem Statut eingestellt sind oder werden.



Die CSV steht für eine integrale Umsetzung des Gehälterabkommens. Nur so machen Verhandlungen Sinn. Wir werden diese Umsetzung für jede öffentliche Einrichtung individuell sicherstellen.



Do muss een natierlech kucken, wat a wou konkret d'Problemer sinn, an déi da léisen. Mee mir wäerten op alle Fall bei den Etablissements publics, beim Staat ewéi och an de Gemengen dofir suergen,



datt dat agehalen an ëmgesat gëtt, wat am Sozialdialog ausgemaach gouf.



Für déi Lénk ist es schwer nachvollziehbar, dass das Gehälterabkommen nur die Zentralverwaltung betreffen soll, während die Angestellten öffentlicher Einrichtungen davon nicht berührt sind. Die Fragmentierung des öffentlichen Dienstes durch die Schaffung von zusätzlichen öffentlichen Einrichtungen, die in verschiedenen Bereichen (wie bei den Arbeitsbedingungen) über eine gewisse Autonomie verfügen, bildet natürlich die Grundlage für diese Unterscheidung. Wir sind der Meinung, dass globale Verhandlungen für den gesamten Staatsdienst, an denen alle Gewerkschaften teilnehmen, die einen signifikanten Teil der öffentlich Bediensteten repräsentieren, ein Ergebnis erzielen

könnten, das allen Angestellten entgegenkommen würde.

FOKUS:

Zunächst einmal muss geklärt werden, was heute und in Zukunft eine „öffentliche Einrichtung“ ist und was es nicht ist bzw. nicht sein muss. Das ist ja auch ein Anliegen der CGFP. Wo Menschen in öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnissen tätig sind, müssen die Abmachungen gelten und eingehalten werden.



Es ist an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den Gewerkschaften das durchzusetzen. Die KPL wird sie dabei unterstützen.



Wir verpflichten uns als Piraten, diese Abmachungen, ob in der Opposition oder in der Regierung, mitzutragen.

Ein starker öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst hat sich in den vergangenen Krisen mehrfach als verlässlicher Partner erwiesen, der in der Lage ist, die gewaltigen Herausforderungen mit Bravour zu meistern. Damit diese Zuverlässigkeit gewährleistet bleibt, gilt es jetzt, die Weichen zu stellen.

Was zeichnet Ihrer Meinung nach einen modernen, attraktiven und leistungsstarken öffentlichen Dienst aus?



Ein moderner, attraktiver und leistungsstarker öffentlicher Dienst soll in der Lage sein, die ihm anvertrauten Tätigkeiten unter Berücksichtigung der öffentlichen Zufriedenheit ausführen zu können. Dies bedeutet, dass der öffentliche Dienst die nötigen Ressourcen bekommt, um den sich ständig weiterentwickelnden Anforderungen gerecht zu werden. Der öffentliche Dienst hat in vieler Hinsicht eine Vorbildfunktion, das gilt auch für die eigene Personalpolitik. Demnach setzt sich die LSAP auch für den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber ein.



Das Luxemburger Modell zeichnet sich seit jeher durch einen modernen und effizienten öffentlichen Dienst aus. Kompetente und motivierte Beamtinnen und Beamte sind dabei eine tragende Säule. Dies wurde der Gesellschaft während der Corona-Pandemie erneut eindrucksvoll vor Augen geführt. Die DP setzt sich weiter für die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes ein. Dabei legen wir großen Wert auf Bürgernähe, Transparenz und Effizienz.



déi grëng wollen den Staat als attraktiven Arbeitgeber weiterhin schärfen und die Rekrutierung neuer Talente für den öffentlichen Dienst ankurbeln, indem sowohl die Vielfalt der im öffentlichen Dienst ausgeübten Berufe, als auch die Vielseitigkeiten der Aufgaben innerhalb eines gleichen Berufs bekannter gemacht werden. Um aktuelle Herausforderungen anzugehen, muss sich der öffentliche Dienst zukunftsorientiert aufstellen und sich kontinuierlich weiterentwickeln. Durch den Einsatz neuer Technologien, effizienter Prozesse, bürgerfreundlicher Dienstleistungen, Flexibilität, Nachhaltigkeit und interdisziplinärer Zusammenarbeit kann der öffentliche Sektor den aktuellen Herausforderungen

erfolgreich begegnen und eine effektive und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft orientierte Verwaltung gewährleisten.



Zentral sind für uns gute und motivierte öffentlich Bedienstete. Der Staatsdienst steht und fällt mit unseren Staatsbeamten und unseren Staatsangestellten.

Die CSV wird deshalb in erster Linie in unsere Staatsbediensteten investieren. In eine gute Aus- und Weiterbildung. Gerade die Weiterbildung ist heute zentral.

Die CSV wird für ein attraktives Gesamtpaket im öffentlichen Dienst sorgen. Attraktive Gehälter sind ein Teil davon. Attraktive Arbeitszeiten und Arbeitsformen werden jedoch zunehmend wichtiger.

Noch leistungsstärker wird unser öffentlicher Dienst durch eine Kombination der genannten Elemente. Vor allem durch Staatsbedienstete, die sich verstärkt auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: den Dienst am Bürger. Deshalb werden wir sowohl unsere Beamten und Angestellten als auch die Bürgerinnen und Bürger mit weniger Bürokratie, einfachen Prozeduren, mehr Digitalisierung und zentralen Anlaufstellen entlasten.



En héijen Niveau a Qualitéit. Den „Nivellement vers le bas“ an de Schoulen an d'Ännerungen am Staatsexamen hunn awer net dozou bäigedroen. Do-fir géint d'ADR versichen, den Niveau nees ze erhéijen. Natierlech soll den ëffentlechen Déngscht och eng berufflech Attraktivitéit matbréngen, finanziell an och an den Aarbechtskonditiounen. E soll modern ekipéiert sinn an och déi néideg Méiglechkeete ginn, wat d'Digitaliséierung betrëfft. Wichteg ass dobäi och eng interessant Entwécklung vun de Karriären, materiell a wat den Aarbechtsinhalt ugeet. Och eng Balance tëscht Beruff a Privatliwen ass wichteg, woubäi besonnesch d'Familljeliewe muss berécksiichtegt ginn.

De Staat soll sech op seng Käraufgabe konzentréieren an net ëmmer méi a Beräicher eragoen, déi och de Privatssektor maache kann. Mir schwätzen eis awer allgemeng dofir aus, dass an deene Beräicher, wou lwwerschneidung sinn, eng gutt a staark Partnerschaft tëscht dem Staat an dem Privatssektor soll existéieren.



Die Leistungsstärke des öffentlichen Dienstes hängt in erster Linie von der Qualität der Staatsbediensteten und der Organisation der Verwaltungen ab. Beim ersten Punkt setzen wir auf gute





CGFP
Assurances

Home

L'assurance habitation
100% personnalisable



cgfp-assurances.lu

Un produit **baloise**

Gehälter und Arbeitsbedingungen. Dabei geht es insbesondere um eine hohe Flexibilität zugunsten der Staatsbediensteten, um sinnvolle Weiterbildungsmöglichkeiten besonders im Bereich der Digitalisierung sowie um eine gute Vereinbarkeit zwischen Privatleben, Familie und Arbeit. Dies sind für uns auch die Voraussetzungen, um hoch qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst gewinnen zu können. Was die Organisation angeht, sehen wir besonders bei der Mitbestimmung der Beschäftigten Handlungsbedarf. Die Arbeitsorganisation in den Verwaltungen muss von den Bediensteten mitentschieden werden. Jüngst veröffentlichte Daten zeigen zudem, dass die Nutzer und Nutzerinnen öffentlicher Dienste sehr zufrieden sind mit der Arbeit des Staatsdienstes. Wir würden auf dieser erfreulichen Situation aufbauen und dieses Feedback verstärkt miteinbeziehen.

FOKUS: Sein Sinn für die Anliegen des Staats und der Allgemeinheit. Seine Bereitschaft, sich als Teil der ganzen Gesellschaft zu sehen. Seine Vorbildfunktion. Die öffentliche Anerkennung seiner tragenden Rolle für unser Land, aber auch das Bewusstsein seiner Privilegien, die diese Rolle mit sich bringt. Sein eigener Mut zur Veränderung im Dienste aller Menschen, die in Luxemburg anständig leben möchten.

KPL Bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung, angemessene Löhne für alle öffentlich Bediensteten, keine Privatisierungen und Auslagerungen in sogenannte öffentlich-rechtliche Gesellschaften, genügend Beschäftigte, auch in den Bereichen, in denen es um öffentliche Dienstleistungen an die Bürger geht.

PIRATEN Die Piraten setzen auf die Digitalisierung, eine Verschlinkung der Prozeduren („lean management“) und ein zielorientiertes Arbeiten. Im Optimalfall werden dadurch Ressourcen zum Wohlergehen aller effizient genutzt. Dies erlaubt es dann auch, die nötige „Work-Life-Balance“ im öffentlichen Dienst auszubauen und die Attraktivität als Arbeitgeber zu wahren.

Auch im öffentlichen Dienst muss der Schutz der mentalen und körperlichen Gesundheit der Bediensteten hochgehalten werden. Um Missstände diesbezüglich erfassen zu können, würden wir interne Feedback-Kanäle aufbauen, auf denen die Bediensteten Missstände oder generelle Beschwerden eintragen können, welche dann behandelt werden müssen.

Darüber hinaus kann auch die Organisation der Arbeit zu einer Aufwertung und einem besseren Betriebsklima beitragen. Dazu gehören für uns mindestens zwei Tage Homeoffice und eine Erhöhung der Kilometerpauschale auf 115 € pro Einheit für die Bediensteten, für die das Homeoffice nicht möglich ist.

Welche Akzente wollen Sie setzen, damit der Staatsdienst effizient bleibt und mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten kann?

LSAP Die LSAP wird sich weiterhin für die Vereinfachung und die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse einsetzen.

DP Die Fortschritte in Bezug auf die Digitalisierung der Behördengänge und die Schaffung eines Ministeriums für Digitalisierung sind international auf große Anerkennung gestoßen. So hat sich Luxemburg im „e-Government-Benchmark“ der Europäischen Kommission innerhalb von zwei Jahren von Platz elf auf den hervorragenden dritten Platz verbessert.

Der Ausbau der „MyGuichet“-Plattform wird kontinuierlich weitergeführt. Die DP wird die Digitalisierung der Betriebe, der Staatsverwaltungen und besonders der Gesundheitsdienstleister gezielt weiterführen und neue Möglichkeiten für die Anwendung von Künstlicher Intelligenz schaffen.

Zudem ist es uns wichtig, einen „Guichet physique“ beizubehalten. Wir werden die Möglichkeit von regionalen Antennen vom „Guichet“ untersuchen, damit die Bürger auch weiterhin eine Anlaufstelle mit einem menschlichen Ansprechpartner haben.

gréng Wir wollen administrative Verfahren mithilfe der Digitalisierung in allen Bereichen beschleunigen und vereinfachen. Zeitgemäße und zukunftsgerichtete Lösungen sollen zusammen mit den Bürger*innen entwickelt werden und die Implementierung des „Once-Only-Prinzips“ soll die Nutzerfreundlichkeit der Verwaltungsdienste weiter verbessern.

Wir wollen die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft



schaft verstärkt fördern und die Zusammenarbeit mit ausländischen Verwaltungen stärken.

Ein weiteres Anliegen von déi gréng ist ein „Intrapreneurship“-Programm, welches den Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes ermöglicht, ihre praxiserprobten Ideen zur Verbesserung von Abläufen oder zur Lösung von Problemen in einem jährlichen Wettbewerb vorzustellen und umzusetzen. Zudem sollen die Vernetzung und der Wissenstransfer innerhalb des öffentlichen Dienstes gefördert und die Einführung eines interministeriellen Innovationslabors eingeleitet werden.

CSV Die CSV wird vor allem in die Weiterbildung der Staatsbediensteten investieren. Die Weiterbildung muss der Digitalisierung vorangehen. Nicht hinterherlaufen. Wir wollen einen digitalen Leader werden. Wie Estland.

Gleichzeitig wollen wir niemanden überfordern: weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Beamten und Staatsangestellten. Jedes Bildungsangebot muss deshalb maßgeschneidert und zielführend sein. Und Spaß machen.

Zudem werden wir alle Staatsverwaltungen so ausrüsten, dass sie digital up to date sind. Und zwar sowohl bei der Hard- als auch bei der Software. Gerade die Software wird oft unterschätzt.

Jede Verwaltungsprozedur, die online vollzogen werden kann, soll auch online getätigt werden. Auch mit intuitiven Apps auf Smartphones und Tablets. Allerdings immer mit einer analogen Hintertür für klassische Verwaltungswege.

Die CSV wird zudem das „Once-Only“-Prinzip einführen. Einmal an den Staat übermittelte Daten müssen innerhalb des Staates wiederverwertet werden können. Im Respekt des Datenschutzes.

adr Verschidden Administratiounen hunn en enorme Retard bei der Digitaliséierung, wat d'ADR esou séier wéi méiglech korrigéiere wëll.

Ënner anerem muss den Dialog tëscht dem Ministère an den Acteuren um Terrain stattfannen a méi seriö geholl ginn. De Leit um Terrain muss nogelauschtert ginn, wat hinnen u Formatioun oder un néidegem Ekipement feelt, fir datt effikass ka geschafft ginn, andeems d'Ekipement den Ufuerderungen am Aarbechtsalldag entsprécht an d'Personal dëst och richtig ze notze weess. An dësem Kader sinn dann déi noutwenneg Formatiounen an och eng Formation continue wichtig. Do derbäi kënn, datt d'Digitaliséierung en Hëllefsmittel am Aarbechtsalldag soll sinn an net op d'Käschte vun de Beamte goen däerf.

Bei alle Chancen, déi mir an der Digitaliséierung solle gesinn, muss den ëffentlechen Déngscht awer ëmmer nach all Bierger errechen, och déi, déi eleng den analoge Wee benotzen oder dëse virzéien. D'Kommunikatioun an d'Erreichbarkeit muss garantéiert ginn.

déi Lénk Wir sind der Meinung, dass nicht ausschließlich auf die Digitalisierung gesetzt werden sollte, zumindest was den Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger angeht. Diese bewerten die Effizienz des öffentlichen Dienstes in erster Linie in Bezug auf ihre persönliche Erfahrung bei ihren Behördengängen. Somit ist es wichtig, dass der öffentliche Dienst für alle Menschen optimal zugänglich ist. Die Digitalisierung spielt natürlich eine wichtige Rolle und wir wollen diese auch keineswegs bremsen. Wir machen in diesem

Zusammenhang drei Vorschläge. Erstens muss sichergestellt werden, dass die Digitalisierung nicht zu einer größeren Belastung bei den Bediensteten führt. Die Rolle der Gewerkschaften muss diesbezüglich weiter gestärkt werden. Zweitens müssen Fortbildungsprogramme für alle Staatsbediensteten angeboten werden. Drittens sind wir der Auffassung, dass die Staatsbediensteten stärker bei der Entwicklung von digitalen Lösungen für die Verwaltung miteinbezogen werden müssen.

FOKUS: Die Digitalisierung der Gesellschaft muss vom öffentlichen Dienst im vollen Umfang reflektiert werden. Dazu braucht es Leitlinien und Prozeduren, die wirklichen Fortschritt bringen – und die Bereitschaft der öffentlich Bediensteten, diesen Fortschritt zu bewirken.

KPL Es ist dringend notwendig, IT-Spezialisten einzustellen, um bei der Entwicklung der Verwaltungsdigitalisierung die Abhängigkeit von externen Spezialisten zu überwinden. Die Verwaltungen müssen eigene IT- und Digitalisierungskompetenzen aufbauen, weshalb es erforderlich ist, die notwendigen Gelder in die Fort- und Weiterbildung der öffentlich Bediensteten zu investieren.

PIRATEN Bei allen Entscheidungen, die getroffen werden, ist es unerlässlich, die Meinung der Bediensteten einzuholen und sie über den Entscheidungsverlauf zu informieren. Ein absolutes Gegenbeispiel dafür, wie Digitalisierung nicht geht, ist die Steuererklärung über Guichet.lu, die den Beamten/Beamtinnen keine Arbeit erspart. Es muss zusammen mit den Bediensteten und den Bürger(innen)n als Nutzer:innen der Dienste festgestellt werden („Lean Management“), wo Digitalisierungsprozesse wirklich Sinn machen, und man muss auch klare Prioritäten setzen und die Kompatibilität mit anderen Systemen absichern. Ziel muss es immer sein, die Leistungsfähigkeit im Interesse der Bürger:innen zu erhöhen, ohne den Mehraufwand auf die Bediensteten abzuwälzen.

Welche Maßnahmen werden Sie in die Wege leiten, um gut ausgebildete Nachwuchstalente für eine Laufbahn beim Staat zu gewinnen und dauerhaft zu binden?

LSAP Die LSAP setzt sich dafür ein, dass die Beweggründe für das Austreten aus dem Staatsapparat untersucht werden. Darauf aufbauend können Lösungsansätze ausgearbeitet werden. Zudem sollte untersucht werden, in welchen Fällen der Staat als potenzieller Arbeitgeber weniger attraktiv ist als seine Konkurrenten und wie dies behoben werden kann. Des Weiteren setzt sich die LSAP für eine Arbeitszeitverkürzung ein, was zur Attraktivität der hiesigen Arbeitsplätze beiträgt.

DP In den letzten Jahren hat der Staat große Anstrengungen unternommen, um Talente für sich zu gewinnen. Es wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, wie die Bereitstellung vieler hochwertiger Weiterbildungsmöglichkeiten, Werbekampagnen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einführung neuer Mobilitätsmöglichkeiten innerhalb des Staats und der Gemeinden.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die neue Werbekampagne, die Minister Marc Hansen im Jahr 2022 für das Rekrutierungsportal „GovJobs“ gestartet hat. Das Ziel dieser Kampagne war und ist es, Talente anzuziehen und ihnen die attraktiven Möglichkeiten einer modernen



und spannenden Tätigkeit im öffentlichen Dienst nachzubringen. Diese Weichen müssen in Zukunft weiter ausgebaut werden.

gröng Um neue Talente für eine Laufbahn beim öffentlichen Dienst zu gewinnen, muss der Staat attraktive Arbeitsbedingungen sowie eine Weiterbildung und Karrieremöglichkeiten anbieten und den Talenten die Möglichkeit geben, ihre Fähigkeiten kontinuierlich weiterzuentwickeln. Außerdem soll der Staat eine Vorbildfunktion im Bereich der Inklusion und der Gleichberechtigung einnehmen und beispielsweise Führungspositionen paritätisch besetzen. Zudem sollen interne Mobilitätsprozesse effizienter gestaltet werden, um horizontale und vertikale Mobilität in den Verwaltungen zu fördern und als Kompetenzentwicklung zu nutzen. Auch die Regelungen für das Homeoffice müssen überprüft werden, um mögliche Ungerechtigkeiten und Unklarheiten zu vermeiden.

CSV Der Staat muss sich bewegen. Er darf nicht mehr darauf warten, dass Talente von sich aus zu ihm kommen. Der Staat muss vielmehr auf Nachwuchstalente zugehen. In Schulen. In Universitäten. In der Öffentlichkeit.

Vor allem aber muss das Angebot stimmen. Die Arbeit muss sich lohnen. Sie muss Sinn vermitteln und auch Spaß machen. Und sie muss sicher bleiben. Sicherheit alleine reicht jedoch nicht mehr aus.

adr Mir wëllen natierlech gutt Leit rekrutéieren. Gläichzäiteg ass et awer wichteg, dass de Staat géintiwuer dem Privatsektor net all d'Talenter fir sech rekrutéiert. Dowéinst ass et wichteg, Staatsaufgabe vu privatrechtlichen a kommerziellen Aktivitéiten däitlech ze ënnerscheeden. Mir musse kucken, dass d'Schoulen och ganz spezifesch kënnen Kadere fir Verwaltungsaufgaben ausbilden an dass d'Schoulen op engem héijen Niveau sinn, fir eng gutt Bildung an eng gutt Ausbildung ze garantéieren.

Fir d'Leit beim Staat ze halen, ass et néideg, dass den öffentliche Dénsgscht eng grouss berufflech Attraktivitéit bitt, wéi mir an der Äntwert op d'Fro 1 vun dësem Kapitel erkläert hunn.

déi Léng Neben einem guten Gehalt wünschen sich junge Berufstätige oft gute Arbeitsbedingungen, die mit ihrer privaten und familiären Situation vereinbar sind. Flexible Arbeitszeiten im Interesse der Bediensteten sowie eine starke Autonomie in der Arbeitsgestaltung spielen dabei eine wesentliche Rolle. Auch sollte Nachwuchstalente interessante und herausfordernde Laufbahnen mit Weiterentwicklungsmöglichkeiten in Aussicht gestellt werden. Andere wichtige Aspekte hängen nicht direkt vom öffentlichen Dienst ab, wie etwa die Kinderbetreuung oder der Zugang zu einer bezahlbaren Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes.

FOKUS In vielen Bereichen – zum Beispiel bei der Lehrerschaft – scheint es erhebliche Schwierigkeiten zu geben, um ausreichend regulär qualifiziertes Personal einstellen zu können. Wir wollen herausfinden, was der Grund für die Probleme dort und anderswo ist – denn es muss ja an etwas liegen, wenn für durchaus attraktive Berufe und Laufbahnen nicht genügend Interessenten existieren. Wenn man die genauen Probleme kennt, wird man sie auch lösen können.

In den höheren Laufbahnen des öffentlichen Dienstes muss es eine Verlängerung der Berufskarrieren geben.

Es ist völlig abwegig, dass jemand mit Mitte 40 am Ende seiner Laufbahn angekommen ist. Das sollte zehn Jahre später der Fall sein. Deswegen muss im höheren Dienst eine Karrierereform konzipiert werden. Spitzenposten im öffentlichen Dienst sollten breiter aufgestellt werden. Jedes Ministerium sollte im Prinzip von einem „Administrateur général“ geleitet werden – ein Rang, den niemand vor Ablauf von mindestens 25 Dienstjahren erreichen sollte.

KPL Bessere Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverkürzung, angemessene Löhne für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, keine Privatisierungen und Auslagerungen in sogenannte öffentlich-rechtliche Gesellschaften.

PIRATEN Wir Piraten streben eine Anpassung der verschiedenen Karrieren beim Staat an. In verschiedenen Verwaltungen ist es derzeit so, dass Bedienstete eines niedrigeren Grads einen neuen Bediensteten eines höheren Grads anlernen müssen. Dies führt zu unnötigen Konflikten und schadet dem Zusammenhalt im Staatsdienst.

Die Kompetenz eines Bediensteten lässt sich gut anhand des variablen Schulabschlusses, des Dienstalters und der Erfahrung einschätzen. Eine Staatskarriere soll auf diesen Variablen aufbauen und kompetenten Beamtinnen/Beamten die Möglichkeit geben, in ihrer Karriere aufzusteigen.

Sonderkenntnisse oder -erfahrungen und besondere Dienstleistungen (Risikoposten) sollen durch kohärente Prämien entlohnt werden.

Was auch nicht vergessen werden darf, ist das Problem des Luxemburger Wohnmarkts. Es ist uns wichtig, dass die Bediensteten die Möglichkeit bekommen, in Luxemburg zu fairen Preisen zu wohnen. Auch hier können Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den öffentlichen Dienst attraktiv zu gestalten.

In einigen Bereichen des Staatsdienstes sind die Beschäftigten während ihrer Dienstzeit zunehmend Gewalt ausgesetzt. Wie wollen Sie konkret gegen dieses besorgniserregende Phänomen vorgehen?

LSAP Es müssen alle notwendigen Schritte unternommen werden, um die Sicherheit der Beschäftigten zu gewährleisten. Die LSAP setzt sich für eine Analyse der Gewaltfälle ein. Zudem sollte in Zusammenarbeit mit der Polizei die Ausarbeitung eines Aktionsplans geprüft werden.

DP Die DP setzt sich aktiv für den Schutz der Beschäftigten gegenüber jeglichen Aggressionen ein. Wir engagieren uns weiterhin für das Wohlergehen der Beamtinnen und Beamten während ihrer Dienstzeit zu sorgen. Eine enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und der Polizei ist essenziell, um gemeinsame Strategien zur Bekämpfung der zunehmenden Gewalt gegen Beamtinnen und Beamte zu entwickeln.

gröng Die Sicherheit am Arbeitsplatz zu gewähren, ist absolut prioritär für déi gröng. Allgemein müssen Sicherheitslücken kontinuierlich erfasst und Sicherheitsvorkehrungen verbessert werden. Eine enge Zusammenarbeit mit der Polizei sowie eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung sind essenziell. Was beispielsweise Busfahrer*innen betrifft, sollen alle Busse in Zukunft mit einem Alarmknopf und sicheren Kabinen ausgestattet werden.

CSV Die CSV wird die Sicherheit im Land prioritär angehen. Die Sicherheit ist die Voraussetzung zur Gewährleistung der Freiheit eines jeden Einzelnen. Dies gilt in erster Linie für die Polizei. Die CSV steht voll und ganz hinter unserer Polizei. Wir werden die Polizei personell aufstocken und administrativ entlasten. Wir werden zudem für mehr Mittel und eine bessere Ausrüstung für unsere Polizisten und Polizistinnen sorgen. Gleichzeitig müssen Übergriffe gegen die Polizei konsequent verfolgt werden.

Doch auch alle anderen Staatsbediensteten im direkten Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir optimal schützen. Sollten Anpassungen von Gesetzestexten notwendig sein, werden wir diese vornehmen.

Zentral ist jedoch eine neue Kultur des gegenseitigen Respekts und der Gewaltfreiheit. Auch hier brauchen wir neue politische und gesellschaftliche Signale.

adr Fir d'ADR ass de Kampf géint Gewalt a Kriminalitéit generell eng absolut Prioritéit a mir wëllen natierlech och d'Staatsbeamte schützen. Dofir si mir selbstverständlech der Meenung, dass Gesetzgeber existieren sollen, déi d'Noutwendegkeet vum géigesäitege Respekt ënnermauern an all Iwwergrëffer verbidden, fir och e rechtliche Schutz géint esou Verstéiss ze bidden. Fir esou Situatiounen ze ënnerbannen, sollen donieft och all aner Schutzmoossnamen a Repressiounsméiglechkeete geholl ginn, déi passend an néideg sinn, jee no Beräich. Dës kënnen ganz ënnerschiddlech sinn, jee no Aarbechtsberäich. Schliisslech stelle mer fest, dass et sech ëm e Phänomen handelt, mat deem eng allgemeng besuergerisierend Breet scho konfrontéiert ass. De Problem vun der Gewalt betrëfft ganz vill Beruffer. D'ADR huet ëmmer nees konkret Initiative geholl, fir d'Leit ze beschützen: Polizisten, Léierpersonal, Chaufferen, Gesondheetspersonal an esou weider. E gudde Rechtsschutz fir d'Affer ass eis och ganz wichteg.

déi Léng Verbale oder gar physische Gewalt ist in einer Gesellschaft nicht hinnehmbar. Bei kleineren Taten muss es eine klare Ermahnung geben, während strafbare Gewalt systematisch zur Anzeige gebracht werden muss.

FOKUS Dass Polizisten mit Gewalt konfrontiert werden, ist nicht völlig unnormal. Dass CFL-Beamte Gewalt erdulden müssen, ist nicht akzeptabel und muss dringend durch polizeiliche Begleitung eingedämmt werden.

KPL Die KPL ist der Ansicht, dass Mobbing, sexuelle Belästigung und andere Gewaltakte nicht unter den Teppich gekehrt werden dürfen, sondern dringend Präventiv- und Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen, die mit den Personalvertretern abzusprechen sind. Gewaltakte sind kein Kavaliersdelikt, sondern müssen streng geahndet werden. Deren Urheber sollten zu Therapien verpflichtet werden bzw. Disziplinarstrafen unterliegen. Auch bei Gewalt von Außenstehenden gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollten – in Absprache mit den Gewerkschaften – sowohl verstärkt Präventiv- und Schutzmaßnahmen ergriffen werden als auch repressive Maßnahmen erfolgen.

PIRATEN Leider gibt es keinen hundertprozentigen Schutz davor, Opfer von Gewalt zu werden. Generell besteht immer ein minimales Risiko bei Kontaktberufen oder Risikoposten. Dies gilt für Polizisten, Agenten des CGDIS, aber auch für Berufe im Privatsektor (Supermärkte, Tankstellen usw.).

In verschiedenen Fällen können schon kleine Maßnahmen helfen, um die Beschäftigten nicht einer Gefahrensituation auszusetzen, wie z.B. Vitrinen an öffentlichen Schaltern oder ein kontrollierter Zugang.

Noch wichtiger ist allerdings, dass wir der Polizei und der Staatsanwaltschaft die nötigen Ressourcen bereitstellen, damit Fälle von Gewalt nicht ad acta gelegt werden und Gewalttäter:innen klar zur Verantwortung gezogen werden. Gewalttäter:innen müssen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und höhere Strafen bei Wiederholungstaten erhalten. Zudem brauchen sie Unterstützungsangebote, um ihr Gewaltpotenzial reduzieren zu können.

In jüngster Vergangenheit haben sich die Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit vermehrt. Wie wollen Sie derartige Vorgehen präventiv bekämpfen?

LSAP Die LSAP wird sich auch weiterhin für die Gewerkschaftsfreiheit einsetzen und sich etwa für die Stärkung des Streikrechts engagieren.

DP Die Regierung hat mit dem Gehälterabkommen vom 9. Dezember 2022 ihre Anerkennung für die Bedeutung der Gewerkschaftsfreiheit bekräftigt. Es wurde vereinbart, dass die Sozialpartner Gespräche zu diesem Thema führen werden. Somit soll sichergestellt werden, dass die Interessen und Anliegen der Staatsbeamtinnen und Staatsbeamten weiterhin effektiv vertreten werden.

gröng déi gréng stehen klar zur Gewerkschaftsfreiheit. Dieses Recht gilt es zu wahren und zu verteidigen. Eventuelle Konflikte müssen über die dafür zuständigen Institutionen geklärt werden.

CSV Die CSV bekennt sich zum Prinzip der Gewerkschaftsfreiheit. Diese ist Teil der Grundrechte unseres Rechtsstaats. Sie ist auch Teil unseres Sozialmodells und des sozialen Friedens in unserem Land. Wir werden prüfen, ob die Gewerkschaftsfreiheit stärker in den Texten verankert werden muss.

Vor allem aber werden wir sicherstellen, dass Gewerkschaftsfreiheit nicht nur ein staatliches Lippenbekenntnis ist. Sie muss auch im Alltag gelebt werden und darf nicht durch die Hintertür untergraben werden.

Auch dann nicht, wenn es möglicherweise unbequem für manche ist. Unbequem zu sein, gehört zur Aufgabe der Gewerkschaften. Jedoch auch hier immer im gegenseitigen Respekt. Und auf Augenhöhe.

adr D'ADR ass an der Chamber dogéint virgaang an huet och eng Motioun an deem Sënn deposéiert, wéi z.B. am Policeberäich en deementspriedend konkrete Fall war. Mir stellen d'Gewerkschaftsfreiheit net a Fro, ganz am Géigendeel. Mir ënnerstëtze si, well mir e wichtege Gespréichspartner an de Gewerkschaften gesinn, fir de Staat no vir ze bréngen. Ganz allgemeng steet d'ADR fir d'Verdeedegung vun de Grondrechter, zu deenen natierlech och déi sozial a gewerkschaftlech Rechter zielen.

déi Lénk déi Lénk hatten in ihrem alternativen Verfassungsentwurf (6956), der Anfang des Jahres im Parlament abgelehnt wurde, die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht als fundamentale Rechte definiert und sich darin zugleich für ein Verbot von Verstößen gegen diese Rechte ausgesprochen. Nach unseren Vorstellungen wäre die Druckausübung auf Gewerkschafter nicht nur verboten, sondern würde auch bestraft werden.

FOKUS Allgemein: Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit sind nicht zu tolerieren. Sollten diese stattfinden, müssen sie identifiziert und in Zukunft verhindert werden.

KPL Bei Angriffen auf die Gewerkschaftsfreiheit sollten die Beschäftigten auf Streikaktionen zurückgreifen können. Präventiv wäre es erforderlich, Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit gesetzlich unter Strafe zu stellen.

PIRATEN Die Piraten respektieren die Gewerkschaftsfreiheit, so wie sie in der Verfassung garantiert wird. Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit müssen konsequent geahndet werden. Wir Piraten sind auch der Meinung, dass die Regierung hier eine Vorbildfunktion einnehmen sollte und den Sozialdialog in allen Bereichen ernst nehmen muss. Die Bedeutung der Gewerkschaften infrage zu stellen oder die Sozialpartner bei Gesetzen, die sie betreffen, nicht zu konsultieren, ist für uns ein „No-Go“. Die Piraten engagieren sich für einen konstanten Kontakt zwischen Sozialpartnern und Regierung.

Seit Jahren steigt die Anzahl der öffentlichen Einrichtungen kontinuierlich. Die CGFP fordert, dass diese Entwicklung gestoppt wird. Sind Sie bereit, diesem Anliegen Folge zu leisten?

LSAP Nein

DP Bevor neue öffentliche Einrichtungen geschaffen werden, erfolgt stets eine gründliche Analyse, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich einen Nutzen bringen. Wenn dies der Fall ist, verpflichten wir uns, ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse derjenigen zu legen, die dort beschäftigt sind.

gröng Der Ausbau von öffentlichen Einrichtungen sollte individuell betrachtet werden, basierend auf den spezifischen Bedürfnissen der Gesellschaft und den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

CSV Ja. Die CSV hat in der vergangenen Legislaturperiode oftmals vor neuen öffentlichen Einrichtungen und neuen Gremien gewarnt. Ein moderner Staat muss effizient, kohärent, überschaubar und so einfach wie möglich strukturiert sein. Sowohl für die Staatsbediensteten als auch für die Bürgerinnen und Bürger.



adr Mir sinn net prinzipiell géint d'Etablissements publics, sinn awer kriddeleg, wann et ëm déi konkret Modalitéite geet. Mir hu kierzelech nach bei der Regierung nogefrot, datt déi Leit, déi do schaffen, den ëffentlech-rechtleche Statut sollen hunn. Et muss een natierlech ëmmer genee kucken, ob et wierkelech néideg ass, en Etablissement public ze grënnen, oder ob et net awer aner passend legal Forme ginn, ewéi d'Fonction publique selwer, e Groupement d'intérêt économique oder iergendeng aner legal Form, déi op eng konkret Situatioun gutt passt. Dëst soll pragmatesch am Intressi vun der Saach geschéien, woubäi ganz gutt op d'Rechter vun de Leit muss opgepasst ginn, déi do solle schaffen.

déi Lénk Ja, wir sehen diese Entwicklung kritisch. Allerdings plädieren wir besonders im Kulturbereich für die Überführung von privat geführten Institutionen (Stiftungen wie das Mudam oder das nationale Resistenzmuseum), die einen öffentlichen Auftrag haben und entsprechend staatlich finanziert werden, in die öffentliche Hand. Ein erster Schritt diesbezüglich wäre die Schaffung einer entsprechenden öffentlichen Einrichtung.

FOKUS Ja, unbedingt. Das ist ein wichtiger Bestandteil des FOKUS-Wahlprogramms.

KPL Die KPL hat dieses Anliegen der CGFP bisher uneingeschränkt unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun.

PIRATEN Wir Piraten sind der Meinung, dass eine Vielzahl an privaten Unternehmen und Mischstrukturen, die heute ausschließlich für den Staat arbeiten, ganz verstaatlicht werden müssten. Bei vielen öffentlichen Einrichtungen versteckt sich die Regierung hinter einer scheinbaren Autonomie, obwohl diese zu 100 % mit Steuergeldern finanziert werden. Das ist in unseren Augen nicht richtig. Wer Steuergelder benutzt, muss auch Verantwortung für diese übernehmen.

Verschiedene öffentliche Dienstleistungen werden teilweise mithilfe von externen Anbietern abgewickelt. Sind Sie bereit, dieser schleichenden Privatisierung einen Riegel vorzuschieben?

LSAP Die LSAP spricht sich kategorisch gegen eine Privatisierung aus.

DP In den letzten Jahren hat der öffentliche Dienst eine Rekordzahl an Neueinstellungen verzeichnet. Zwischen 2013 und 2018 wurden insgesamt 3.162 Personen eingestellt, was einer Steigerung von 13,8 % entspricht. In der darauffolgenden Periode von 2018 bis 2022 wurden im Vergleich dazu beeindruckende 5.802 Personen eingestellt, was einer Progression von 22,3 % entspricht. Diese Zahlen verdeutlichen das kontinuierliche Wachstum der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und den Willen der DP-geführten Regierung, qualifizierte Fachkräfte einzustellen und an den Staatsdienst zu binden.

gröng Jein. Es ist wichtig, den Kontext und die spezifischen Umstände zu berücksichtigen und die Vor- und Nachteile abzuwiegen. Natürlich soll keine Auslagerung öffentlicher Aufgaben stattfinden. Abhängigkeiten von externen Anbietern sollten absolut vermieden werden.

Die Zusammenarbeit mit externen Anbietern hat aber auch Vorteile und kann dazu beitragen, verschiedene Prozesse und Dienstleistungen effizienter zu gestalten

und das Personal gezielt bei verschiedenen Aufgaben zu entlasten. Zudem können externe Firmen eine gewisse Expertise/Fachwissen sowie innovative Lösungen und Technologien mit einbringen, welche die Qualität der Dienstleistungen verbessern kann.

CSV Ja. Der öffentliche Dienst muss der öffentliche Dienst bleiben. Die CSV ist gegen eine schleichende Privatisierung des Staats. Wenn eventuell punktuell privatisiert wird, muss ein klarer Mehrwert erkennbar sein. Ein gutes Beispiel ist hier „LuxDev“. Entscheidungen müssen zudem immer im Sozialdialog erfolgen.

adr Wann de Staat e bestëmmte Service net leeschte kann, ass natierlech eng Zesummenaarbecht mam private Secteur méiglech. Mee am Prinzip si mir der Meenung, datt alles, wat zu de classeschen, staatlechen Aufgabe gehéiert, och vun der ëffentlecher Hand soll gemaach a kontrolléiert ginn.

déi Lénk Ja, wir wollen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen stoppen und teilweise rückgängig machen. Bisher hat diese nur zu Verschlechterungen für die Angestellten sowie die Nutzer und Nutzerinnen geführt.

FOKUS Was die Verwaltung nicht leisten kann, muss von anderen geleistet werden. Was die Verwaltung auch schaffen könnte und als Verwaltung schaffen sollte, muss sie dann auch unter vergleichbaren Bedingungen leisten können. FOKUS ist sehr dafür, einmal generell den Perimeter öffentlicher Dienste und Leistungen abzustecken und definitiv festzuhalten, was von öffentlichen Stellen abgedeckt werden soll und was eben nicht.

KPL Die KPL ist grundsätzlich gegen die Privatisierung von öffentlichen Diensten und Dienstleistungen und tritt dafür ein, dass bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig gemacht werden.

PIRATEN Wir Piraten sind der Meinung, dass der Staat nicht alles alleine tun kann. Allen voran ist es nicht realistisch, die Entwicklung von informatischen „Tools“ immer „in-house“ umzusetzen.

Ganz klar muss aber eine strenge Kontrolle bei Projekten, die von externen Anbietern für den Staat getätigt werden, gelten. Wenn eine Gemeinde oder der Staat bei Projekten mit privaten Unternehmen zusammenarbeitet, dann ist klar, dass diese Unternehmen den Bürger:innen zu dienen haben, denn hier werden Steuergelder investiert. Fälle wie die Causa „Superdrecks-këscht“ und das „Science Center“ sind inakzeptabel und müssen aufgeklärt werden. Der Fall „Science Center“ hat klar gezeigt, dass der Staat bei vielen Projekten nicht so genau hinschaut und den Verantwortlichen freie Bahn beim Missbrauch von Steuergeldern lässt. So etwas muss in Zukunft verhindert werden.

Seit 2009 ist gesetzlich geregelt, welche Bereiche des öffentlichen Dienstes den luxemburgischen Staatsbediensteten vorbehalten sind. Die CGFP sieht keinen Handlungsbedarf für eine weitere Öffnung. Stimmen Sie dem zu?

LSAP Die LSAP wird auch in Zukunft auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept setzen. Sie wird das Prinzip der drei Verwaltungssprachen verteidigen. Wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, sollte die drei Amtssprachen beherrschen.

VAKANZ DOHEEM

Lasst uns Ihre Pergola zusammen planen



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg - L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Mir freeën eis op Aeren Besuch
Méindeg bis Freideg, 9.00 – 18.00 Auer
Samschdeg, 9.00 – 13.00 Auer
Oder op Rendez-vous: www.metalica.lu

TERR
AINE
NAPP
ARTE
MENT
ERHA
ISER



arend-fischbach.lu

Mögliche Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Sogenannte Hoheitsaufgaben dürfen auch künftig nur von Bürgern mit Luxemburger Nationalität wahrgenommen werden.

DP Die DP erkennt gegenwärtig keine Notwendigkeit für eine zusätzliche Öffnung der Bereiche des öffentlichen Dienstes, die ausschließlich luxemburgischen Staatsbediensteten vorbehalten sind. Dennoch verfolgt die DP aufmerksam die Entwicklung des Personalmangels in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Sollte sich künftig ein Bedarf abzeichnen, ist die DP bereit, mit der CGFP eine Diskussion über eine mögliche Öffnung zu führen.

gröng Ja

CSV Grundsätzlich stimmen wir dem zu. Sollten punktuelle Öffnungen faktisch erforderlich sein, werden wir diese im Sozialdialog vornehmen. Eine Aushöhlung des öffentlichen Dienstes wird es mit der CSV nicht geben.

adr D'ADR huet sech ëmmer nees kloer dogéint ausgeschwat, datt d'„fonctions régaliennes“, also déi eis Souveränitéit betreffen, kënne mat Ausländer besat ginn. Mir wieren eis géint all Tendenzen, fir

den öffentliche Dénsgscht ëmmer méi fir Ausländer opzemaachen. Ausländer, déi am öffentliche Dénsgscht wëlle schaffen, solle virun déi Lëtzebuerger Nationalitéit unhuelen. Mir verrieden déi Positioun, datt am öffentliche Dénsgscht soll Lëtzebuergesch geschwat gin, an zwar an all Beräich a vu jidderengem. Eis ass wichtig, datt Lëtzebuergesch als National- a Verwaltungssprooch opgewäert gëtt.

déi Lénk Wir sehen keine zwingenden Gründe, um derzeit von dieser Regelung abzuweichen.

FOKUS Nein. Wir sehen sehr wohl Handlungsbedarf.

KPL Die KPL sieht in dieser Hinsicht ebenfalls keinen Handlungsbedarf.

PIRATEN Ja

Das öffentliche Statut stellt für die CGFP eine Errungenschaft dar, die nicht ansatzweise infrage gestellt werden darf. Sehen Sie das auch so?

LSAP Ja

DP Ja, die DP stimmt dieser Ansicht zu.

gröng Ja

CSV Die CSV hält am öffentlichen Statut fest.

adr Dat gesi mir och esou. De Schutzstatut vum öffentliche Beamten ass wichteg a mir sinn och géint eng Politiséierung vun der Fonction publique. D'Fonction publique muss absolut neutral an der Ausübung vun hirem Dénsgscht sinn. De Schutzstatut vum Beamte soll dësen och virun all politeschem oder anerem Drock schützen.

déi Lénk Ja, das sehen wir auch so. Die Verteidigung des öffentlichen Statuts geht für uns Hand in Hand mit der Verteidigung der öffentlichen Dienste.

FOKUS Das Statut wird nicht infrage gestellt. Die Frage, die sich stellt, ist: Wer kann unter diesem Statut für welche Aufgaben eingestellt werden? Und kann man die Hälfte der Bevölkerung dauerhaft davon ausschließen?

KPL Die KPL ist der Ansicht, dass das öffentliche Statut mit allen Mitteln verteidigt werden muss und unterstützt alle gewerkschaftlichen Initiativen, die in diese Richtung gehen.

PIRATEN Ja

Wohnungsbau

Die Situation am Wohnungsmarkt bleibt hierzulande angespannt. Infolge der jüngsten Zinserhöhungen wird vielen Bürgern der Traum der eigenen vier Wände zusätzlich erschwert, obwohl es sich dabei um ein Grundrecht handelt.

Welche Lösung schwebt Ihrer Partei vor, um den Wohnungsbau in Luxemburg wieder in geordnete Bahnen zu lenken?

LSAP Nach Ansicht der LSAP gibt es nicht „eine“ Lösung für die Probleme am Wohnungsmarkt. Der Staat muss auf unterschiedlichen Ebenen eingreifen, damit die Bautätigkeit nicht zum Erliegen kommt. Da es zurzeit an privaten Investoren fehlt, sollten Staat und Gemeinden verstärkt in den Wohnungsbau investieren. So kann der Bestand an öffentlichen Wohnungen erheblich vergrößert werden.

Der Staat sollte auch die Kreditvergabe unterstützen. Neben der Erhöhung der bestehenden Staatsgarantie wären hier neue Formen staatlicher Bürgschaften denkbar, die sowohl den Wohnungsbau als auch den Zugang zum Eigentum erleichtern würden.

DP Wir sind der Überzeugung, dass zur Bewältigung der Wohnungskrise kurz- und mittelfristig viel mehr Wohnraum geschaffen werden muss. Insbesondere der Beschleunigung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozeduren messen wir in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung bei. Des Weiteren soll die öffentliche Hand verstärkt ihre Verantwortung übernehmen und prioritär die eigenen Grundstücke mobilisieren und bebauen. Vor allem in der aktuellen Situation, in der die Nachfrage stark abgenommen hat und die Aktivität in der Baubranche einzubrechen droht, ist es unumgänglich, dass der Staat stärker eingreift und die Angebotsseite stärkt. Wir werden in den kommenden Jahren weiter massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau tätigen, u.a. mittels eines Bürgerfonds und höheren Investitionen in bezahlbaren Wohnraum. Wir werden den öffentlichen Bestand an erschwinglichen Wohnungen erheblich ausbauen. In diesem Zusammenhang werden wir ebenfalls den Privatsektor stärker einbinden. Unsere vollständigen Positionen und Ideen sind im DP-Nationalwahlprogramm nachzulesen.

gröng Wir haben das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankert. Um dieses Versprechen einzulösen, setzen wir auf die Strategie für bezahlbares Wohnen. Wir werden das Programm für öffentlich-erschwingliches Wohnen ausweiten und jährlich mindestens 600 Millionen € in den Kauf von Bauland und die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum investieren. Gegebenenfalls können hierfür auch Wohnungen bei privaten Entwicklern nach Plan aufgekauft werden, falls

diese dem Kriterienkatalog des öffentlichen Bauens entsprechen und dies zu günstigen Preisen möglich ist. Zudem werden wir die Gemeinden über den „Pacte Logement 2.0“ noch stärker einbinden und dabei unterstützen, erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Wir werden Bauland mobilisieren und eine „Quartiersentwicklung“ nach menschlichem Maß fördern.

CSV Die CSV will das Angebot an Wohnungen massiv erhöhen. Vor allem an bezahlbaren Wohnungen. Wir wollen schneller bauen. Ohne Kompensierung im Bauperimeter. Mit weniger Umweltstudien. Private Investitionen werden wir steuerlich unterstützen. Ein eigenes Eigenheim muss für die breite Mittelschicht finanzierbar bleiben. Gleichzeitig werden wir das Mietangebot wesentlich erhöhen.

Konkret wird die CSV folgendes Maßnahmenpaket umsetzen: Erstkäufer finanziell stärker unterstützen; verbesserung und Vereinfachung der Planungsinstrumente und -gesetze im Wohnungsbau; das Angebot an Wohnungen in den nächsten Jahren konsequent steigern; den Ausbau des erschwinglichen und sozialen Wohnraums vorantreiben; umstrukturierung der öffentlichen Wohnungsbau-Entwicklungsgesellschaften; mehr Transparenz bei Immobilienanzeigen sowie eine Professionalisierung des Immobilienmaklers; lebensqualität und Nachhaltigkeit bei Wohnbauprojekten erhöhen.

adr All Moosnam vun dëser Regierung huet zu manner a méi deierem Wunnraum gefouert. Fir d'Wunnpräisser ze drécken, müssen Offer an Nofro ausbalancéiert ginn. Dofir wëll d'ADR : administrativ Prozedure vereinfachen; ze ambitiéis Klimaa Energienormen ofschafen; op all Wunnraum eng TVA

vu just 3 % applizéieren, och bei de VEFA (ventes en état futur d'achèvement) oder „contrats de construction“; Bailkontrakter op determinéiert Zäit an de Verkauf als Kënnungsgrond am Droit civil unerkennen; Agreement bei Successiounen op 12 Méint erhéijen; d'Investisseuren iwwert den ale Modell vum „Amortissement fiscal accéléré“ nees herstellen; de Portage foncier favoriséieren; d'Mietdeckelung mat 3 % vun der „valeur du marché“ duerch dat aalt Gesetz mat 5 % vum „capital investi“ ersetzen; d'Zesummenaarbecht tëscht staatlech a privatem Promoteur favoriséieren a béiden identesch Hëllef zu de selwechte Konditiounen a Flichten erméiglechen. Hei muss och déi néideg Wuesstumsdebatt gefouert ginn.

déi Lénk Seit Monaten investieren die Bürger weniger in den Immobilienmarkt, was zu weniger Aufträgen für die privaten Bauunternehmen führt. Für déi Lénk ist das an sich keine schlechte Nachricht, unter der Bedingung, dass nicht weniger Wohnraum geschaffen wird als vor der Krise. Deshalb fordern wir, dass der Staat und die Gemeinden jetzt konsequent verstärkt in den Wohnungsmarkt investieren, damit die Potenziale der Baufirmen für den günstigen öffentlichen Wohnraum genutzt werden können. Der Staat und die Gemeinden sollen private Bauprojekte aufkaufen und eigene vorantreiben. Der Wohnungsmarkt hängt stark von privaten Unternehmen und Investoren ab. Die fehlende Eingrenzung der Spekulation hat dazu geführt, dass der Wohnungsbau immer stärker von finanziellen Überlegungen privater, oft großer Promotoren bestimmt wird. Wir meinen, dass diese Tendenz mithilfe von steuerlichen und planerischen Instrumenten beendet werden muss und der Staat sowie die Gemeinden einen größeren Anteil am Wohnungsbau übernehmen müssen.



FOKUS. Es muss endlich eine Planungsoffensive erfolgen, auf deren Grundlage eine Bauoffensive stattfinden kann – und zwar jenseits der aktuellen Bauparimeter, dort wo Wohnen, Arbeiten und die Besorgungen des täglichen Lebens zusammengeführt und Bewegungen mit dem öffentlichen Transport unternommen werden können. FOKUS will dies auf Basis der Erbpacht bewerkstelligen und 50.000 neue Wohneinheiten in Bau bringen. Nicht überall im Land, sondern ausschließlich dort, wo die wesentlichen Lebensfunktionen kleinräumig miteinander verbunden werden können. Es macht überhaupt keinen Sinn, dass Zehntausende Menschen jeden Tag über 100 km Auto fahren, weil sie nur noch weit von ihrem Arbeitsplatz entfernt eine Wohnung finden. Eine derartige Offensive wird den „Hauptmarkt“ weder ersetzen noch empfindlich stören, sondern den mittlerweile unerträglichen Druck von ihm wegnehmen. Hier sind Staat und Gemeinden aufgefordert, sich als und mit öffentliche(n) Bauträger(n) zu betätigen – und zwar so, dass am Ende der kommenden Legislaturperiode jeder eine Aussicht auf eine erschwingliche Wohnung hat, der eine braucht. Unsinnigkeiten wie „amortissement accéléré“ und Ähnliches, was schon in der Vergangenheit nicht funktioniert hat und deshalb abgeschafft wurde, lehnen wir strikt ab.

KPL Der Wohnungsbau war während der vergangenen Jahrzehnte zu keinem Zeitpunkt in geordneten Bahnen, weshalb wir es heute mit einer wachsenden Wohnungsnot zu tun haben.

Die KPL tritt dafür ein, dass der Staat Bauland aufkauft, um Wohnungen zu bauen, wobei dem Bau von bezahlbaren Mietwohnungen Priorität einzuräumen ist; der Staat sollte Bürgern, die eine Eigentumswohnung in Eigenregie bauen wollen, das Bauland über eine Erbpacht zur Verfügung stellen.

Um möglichst schnell möglichst viele Wohnungen zu bauen, sollte der Staat Bauarbeiter einstellen, Baubetriebe gründen bzw. aufkaufen, und Bauprojekte in Eigenregie verwirklichen.

PIRATEN Viele junge Menschen können sich hier kein Zuhause mehr leisten und suchen deshalb nach preiswerteren Immobilien im nahen Ausland. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass die öffentliche Hand in den Wohnungsmarkt eingreift. Der Staat und die Gemeinden müssen selbst mehr Wohneinheiten in ihren Besitz bringen und diese zu fairen Preisen (10 € pro m²) zum Mietkauf anbieten.

Mietkauf bedeutet, dass man den Menschen jederzeit die Freiheit gibt, zwischen Mieten und Kaufen zu entscheiden. Durch den Mietkauf können Leute ein Eigenkapital aufbauen und später entscheiden, ob sie die Wohnung zurück an den Staat verkaufen (Vorkaufsrecht) und auf dem privaten Wohnungsmarkt kaufen wollen. Wir setzen uns auch für eine Erhöhung der Staatsgarantie bei Bankdarlehen für Erstkäufer ein und für eine Verdreifachung des Betrags pro Bewohner, den man auf Zinsen von den Steuern absetzen kann.

Wie stehen Sie zu den zum Teil umstrittenen Gesetzentwürfen der Regierung betreffend die Spekulationssteuer, die Leerstandssteuer und die Reform der Grundsteuer?*

** (Die Frage zur Grundsteuer wurde den Parteien zu einem Zeitpunkt gestellt, als die 17 formellen Einwände des Staatsrats noch nicht vorlagen.)*

LSAP Die LSAP begrüßt die Reform der Grundsteuer und hofft, dass die Gesetzentwürfe mit denen eine Mobilisierungssteuer bzw. eine Leerstandssteuer eingeführt werden schnell in Kraft gesetzt werden können.

DP Nach jahrzehntelangen Diskussionen ist es der DP-geführten Regierung gelungen, eine Reform der Grundsteuer sowie eine Mobilisierungs- und Leerstandssteuer auf den Instanzenweg zu bringen. Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt ist die DP der Meinung, dass Besitzer von Bauland stärker in die Verantwortung genommen und dazu bewegt werden sollen, ihre Grundstücke zu mobilisieren. Durch ergänzende Maßnahmen, wie vor allem der Flexibilisierung des „Bail emphytéotique“, sollen Bauland-eigentümer die Möglichkeit erhalten, ihr Grundstück während einer gewissen Zeit zu vermieten, ohne es verkaufen zu müssen.

Da die DP jedoch niemanden bestrafen möchte, der ein Grundstück für die eigenen Kinder behalten will, hat sie sich dafür eingesetzt, einen Freibetrag pro Kind im Gesetzentwurf vorzusehen.

gröng Diese Vorhaben müssen rasch umgesetzt werden, um nötiges Bauland für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass die Instrumente im Einklang mit den Zielen einer nachhaltigen Landesentwicklung und -planung stehen.

Die Priorität muss auf der Entwicklung von Bauland innerhalb der Siedlungsgebiete und einem vorrangigen Nutzen alter Industriebrachen liegen. Auch müssen Wohnen und Arbeiten wieder zusammenrücken und auf alten Nutzflächen neue hochwertige Stadtviertel entstehen.

Wir werden den Gesetzentwurf zur Mobilisierungssteuer überarbeiten, damit den landesplanerischen Aspekten der Landnutzung viel stärker Rechnung getragen wird und Baulücken ohne Ausnahme vorrangig entwickelt werden können.

CSV Die CSV fordert seit Jahren eine nationale Steuer auf unbebauten Grundstücken und längerfristig leer stehenden Wohnungen. Wir wollen, dass diese Steuer schneller greift als dies zurzeit von der Regierung geplant ist.

Wir wollen, dass das Alter für den Freibetrag für eigene Kinder angehoben wird. Die Grundsteuer soll auf die Fläche des Grundstücks bzw. die Bebaubarkeit eines Grundstücks neu ausgerichtet und bewertet werden. Eine Immobilie, die als Eigenheim genutzt wird, profitiert von einem Freibetrag.

adr Wien d'Méiglechkeet vun Eegebedarf oder Verkauf net ausschléisse kann, iwwerleet sech de Schrack zur Locatioun zweemol. Bei Eegebedarf besteet eng komplex a laangwiereg Prozedur, déi an der Praxis en Affekot erfuerdert a méi wéi e Joer dauert, fir de Locataire aus der Wunneng ze kréien. De Verkauf duerch de Proprietär gëtt als Kënnegungsgrond vum Bail net mol rechtlich unerkannt. Dat féiert onnéideg zu Leerstänn. Eng einfach zivilrechtlech Léisung wier, verbindlech Locatiounskontrakter op determinéiert Zäit ze erlaben, wou de Proprietär och séier e „Jugement d'expulsion“ kritt, wann de Locataire d'Wunnecht net zum fixéierten Delai verléisst. An och de Verkauf soll als Kënnegungsgrond unerkannt an am Gesetzestext integréiert ginn. Wa puer Organisatiounen un enger Successioun bedeelegt sinn, ass en Agreement vum Justizministère néideg, fir d'äerfen ze verkafen. Hei wëlle mir den Agreement vu 6 op 12 Méint erhéijen, fir ongewollte Leerstänn duerch d'Prozedur vum Justizministère ze verhënneren.

déi Lénk Bei den drei Gesetzentwürfen haben wir jeweils zwei grundlegende Kritikpunkte. Erstens würden die Entwürfe ihre Wirksamkeit – auch bei einem

schnellstmöglichen Inkrafttreten – erst in zehn bis 15 Jahren entfalten, was insbesondere bei der Spekulations- und der Leerstandssteuer kritisch zu sehen ist. Bei diesen beiden Steuern ist für uns auch bislang nicht klar, wie sie finanzstarke Investoren und Spekulanten, die in kürzeren Zeiträumen Käufe und Verkäufe tätigen, treffen würden. Zweitens fehlt uns eine Progressivität bei den Steuern. So wird eine Person, die eine Wohnung leer stehen lässt, relativ genau so stark besteuert wie eine Person, die 15 Wohnungen leer stehen lässt. Das Gleiche trifft auch auf die Spekulationssteuer zu. Wir hätten uns eine progressive Steuer gewünscht, um die größten Exzesse dementsprechend stärker zu besteuern.

FOKUS. Das eigentliche Problem, dass nie ausreichend bezahlbarer Wohnraum für alle Einwohner zur Verfügung steht, wird hierdurch nicht gelöst. Es wird jedoch zumindest klargestellt, dass es so etwas wie Verantwortung für die Allgemeinheit gibt. Die Grundsteuer wollen wir für private Wohnzwecke ganz abschaffen, für ungenutztes Bauland und leer stehenden Wohnraum allerdings drastisch erhöhen. Man kann nicht ständig über Wohnungsnot klagen und deren Gründe ignorieren.

KPL Die KPL ist grundsätzlich für eine Spekulationssteuer auf lange leer stehende Häuser und auf seit geraumer Zeit ungenutztes Bauland. Allerdings macht diese Abgabe nur Sinn, wenn sie unter anderem dem Bodenwertzuwachs entspricht, ansonsten Spekulation nicht verhindert werden kann.

PIRATEN Die Piraten unterstützen diese Vorhaben.

Bei der Grundsteuer kritisieren wir allerdings eine gewisse Willkür beim Bewertungssystem, weil unserer Ansicht nach die Anzahl der Geschäfte oder Bushaltestellen in der Umgegend den Betrag der Grundsteuer nicht beeinträchtigen sollte. Bei der Leerstandssteuer muss klar darauf geachtet werden, dass nur physische Personen von den Freibeträgen profitieren können (keine Gesellschaften).

Welche Stellung beziehen Sie zum aktuellen Gesetzentwurf betreffend die Reform des Mietgesetzes?

LSAP Der Gesetzentwurf enthält nach Ansicht der LSAP viele positive Ansätze, die zum Teil den LSAP-Forderungen entsprechen oder zumindest in die richtige Richtung gehen. Weniger zufrieden ist die LSAP mit der neuen Definition des „capital investi“ und dessen Reevaluierung, die sich eben nicht mehr am investierten Kapital, sondern am Marktwert der Immobilie orientiert.

Die LSAP hat erreicht, dass im Gegenzug eine neue Bestimmung dafür sorgt, dass die Miete innerhalb von zwei Jahren nicht um mehr als 10 % erhöht werden darf.

DP Aufgrund eines Gerichtsurteils ist eine Reform des Mietgesetzes unumgänglich. Für die DP besteht das Ziel dieser Reform vorrangig darin, exzessive Mieten vor allem von sogenannten „Kaffiszemmeren“ zu unterbinden und die betroffenen Mieter besser zu schützen. Die Einschätzung, dass durch das neue Gesetz die Mieten steigen würden, teilt die DP nicht. Die Mietpreisbildung geschieht durch Angebot und Nachfrage, der beste Weg, eine Erhöhung der Mieten zu vermeiden, besteht darin, die Angebotsseite zu stärken. Da private Investoren auf dem Immobilienmarkt eine wichtige Rolle bei der Schaffung von neuem Wohnraum spielen, wird die DP die Auswirkungen des Mietgesetzes nah verfolgen, um negative Effekte auf den Wohnungsbau zu erkennen und zu verhindern.

**IHRE TREPPE
LEICHT
HINAUF UND
LEICHT
HINUNTER**

Entdecken Sie den Treppenlift
und den Hauslift von TK Elevator.
**Kostenloses Preisangebot und
Beratung telefonisch unter
40 08 96 oder per E-Mail unter
luxembourg@tkelevator.com**

www.tkelevator.lu



TKE

MOVE BEYOND

La Sapinière 

Vakantiepark • Holiday Park • Ferienpark • Village de Vacances

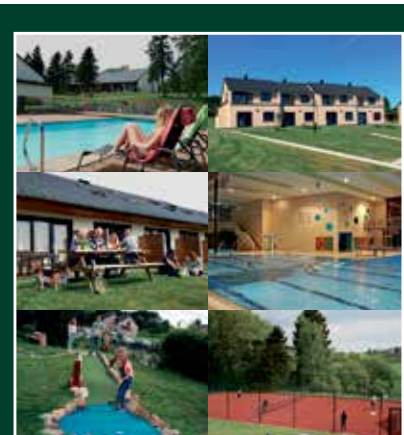




lasapiniere.lu

+352 92 01 06

1a, An der Deckt | L-9841 Wahlhausen





Wir stehen für einen fairen Mietwohnungsmarkt. Dazu muss das Mietgesetz reformiert werden. Nur ein fairer Kompromiss erlaubt es, die Rechte der Mieter*innen zu stärken und gleichzeitig das Investieren in den Bau von Mietwohnungen zu sichern.

Wir werden die Mietkommissionen grundlegend reformieren und bekannter machen. Ihre Anzahl wird reduziert, damit sie in direktem Austausch mit den Friedensgerichten funktionieren können. Wir werden die Vermietung von Zimmern stärker regulieren und das Überschreiten der Mietobergrenze strenger ahnden. Zudem werden wir das Bestellerprinzip bei den Vermittlungsgebühren einführen. Das heißt: Wer die Dienstleistung von Immobilienmakler*innen beauftragt, muss auch die Kosten für die Makler*innen übernehmen.



Die CSV fordert ein sofortiges Moratorium in Bezug auf die Reform des Mietgesetzes. Das neue Mietgesetz hat zu einem großen Durcheinander und zu Unsicherheit auf dem Wohnungsmarkt geführt. Es ist eine Investitionsbremse und kommt zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Im Moment liegt die Aktivität im Bausektor brach. Hier müssen wir durchstarten statt abbremsen.



D'Mietdeckelung, wat soss den „capital investi“ war, soll haut duerch eng „valeur de marché“ ersat ginn. Wat dës Mietdeckelung ugeet, ass d'ADR der Usicht, datt dat Gesetz, dat mir haten, am Sënn vun de 5 % vum „capital investi“ eng gutt Reegelung war. Déi nei Grenz vun den 3 % vun der „valeur de marché“ dogéint féiert zur Verlotterung vum Wunnraum an ass domat och zum Nodeel vum Locataire. Ausserdeem gouf am ale Gesetz den néidegen Ënnerschied tëscht dem normale Loyer an dem Loyer fir „logement de luxe“ gemaach. Dofir wëlle mir och hei nees zrëck zur aler Reegelung an d'Gesetz deementspreechend upassen.



Die Reform des Mietgesetzes ist mindestens genau so umstritten wie die oben genannten Gesetzentwürfe. Und dies aus gutem Grund. Anstatt die Mieten von den zuletzt sehr stark steigenden Immobilienpreisen abzukoppeln, macht die Regierung mit diesem Gesetzentwurf genau das Gegenteil und ermöglicht auch den Vermietern älterer und oftmals bereits abbezahlter Mietwohnungen eine Vervielfachung ihrer Mieteinkünfte, auch dann, wenn nur wenig in die Instandsetzung der Wohnung investiert wurde. Sollte der Gesetzentwurf so vom Parlament gutgeheißen werden, könnten innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre viele Mieten rasant steigen, was für viele Mieter und Mieterinnen nur noch den viel zu kleinen öffentlichen Mietwohnungsmarkt als Option offenlassen würde. Für déi Lénk ist dieses Vorgehen unverantwortlich.

FOKUS: Dieser Text zielt völlig daneben und gehört zurückgezogen. Er würde kein einziges Problem lösen, sondern neue schaffen.



Die KPL lehnt den Gesetzentwurf ab, da er keine wirksame Bremse gegen Mieterhöhungen ist.



Das Mietgesetz ging grundsätzlich in eine gute Richtung, als es Mitte 2020 eingereicht wurde. Mehr Mieterrechte: Senkung der Mietgarantie von drei auf zwei Monate, Aufteilen der Verkaufskommission auf den/die Verkäufer:in, Aufheben der automatischen Vertragsverlängerung (prorogation tacite) in einen unbefristeten Mietvertrag. Mit den Änderungen, die von Minister Kox im Herbst 2022 eingeführt wurden, kann man aber weder als Mieter:in noch als Vermieter:in zufrieden sein. Falls die Regierung das Gesetz so durchboxt, werden die Mietpreise von alten Wohnungen in Zukunft noch weiter steigen und der Bau von neuen Mietwohnungen wird gleichzeitig uninteressanter.

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die öffentliche Hand in den Immobilienmarkt eingreifen sollte, um Obergrenzen bei den Baulandpreisen festzulegen?



Die hohen Immobilienpreise in Luxemburg sind zum Teil den teuren Baugrundstücken geschuldet. Die LSAP unterstützt das Modell der Erbpachtverträge, das den Zugang zur Eigentumswohnung erleichtert. Die LSAP ist bereit, auch andere Maßnahmen zu prüfen, die auf die Baulandpreise einwirken.



Die DP lehnt einen Preisdeckel für Bauland als unwirtschaftlich und kontraproduktiv ab. Eines der Hauptprobleme des luxemburger Immobilienmarktes besteht im niedrigen Angebot an Grundstücken.



Eine strikte Obergrenze ist nicht umsetzbar, aber wir werden auf jeden Fall hier eingreifen. Der Prozentsatz, welcher für den erschwinglichen Woh-



nungsbau vorgesehen ist, muss nach oben angepasst werden (Artikel 29bis des geänderten Gesetzes vom 19. Juli 2004 über die kommunale Planung und Stadtentwicklung). Dies gilt für Neubauprojekte (PAP Nouveau quartier) sowie für die Nachverdichtungen in bestehender Bebauung (PAP Quartier existant).

Außerdem brauchen wir ein soziales Wohnungsmanagement: Bei einer Neuentwicklung wollen wir zusätzlich zu dem über den Artikel 29bis geregelten Prozentsatz nochmals 10-20 % nicht geförderten erschwinglichen Mietwohnungsbau mit einer Mietbindung von mindestens 15 Jahre schaffen.



Nein. Das wäre nicht zielführend. Wir brauchen vielmehr eine massive Erhöhung des Angebots.



D'ADR ass prinzipiell der Meinung, datt mir de fräie Maart sollten gewärde loossen. Historesch gesinn, ass all Versuch, deen do ënnerholl gouf, schif gaang, an dat wäert och hei net klappen.



Ja. Wir würden jedoch an erster Stelle bei den Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden ansetzen. Etwa indem ein weit größerer Anteil der Baufläche auf erschwingliche Wohnungen entfällt (30 % als Regel) sowie bei größeren PAPs auch weitere Wohnformen wie Kooperativen, intergenerationelles Wohnen, Wohnungen für Studierende usw. verpflichtend vorgesehen werden müssen. Auf diesem Weg könnten die Gemeinden viel stärker auf die Gewinne und somit auf die Preisentwicklung beim Bauland einwirken und dabei zielorientierte Vorgaben machen.



Nein. Preisobergrenzen funktionieren auf Dauer nicht. Sie sind – wie bei den Energiepreisen – Krisenmaßnahmen, die jenseits einer recht kurzen Beruhigung später zu Verwerfungen führen.



Unbedingt.



Nein, weil Bauland ein unersetzbares Gut ist (offre inélastique) und demnach der Markt sich seine Wege suchen wird, um diesen Preisdeckel zu umgehen, wenn nötig über einen Schwarzmarkt. Eine Grundsteuer auf Bauland ist in unseren Augen transparenter und bewegt so manche Großgrundbesitzer:innen dazu, ihre Investitionsstrategie im Real Estate zu ändern und Grundstücke loszuwerden.

Sind zusätzliche staatliche und kommunale Vorkaufsrechte für Sie eine Option, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?



Ja



Die DP ist der Meinung, dass die öffentliche Hand sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene über ausreichend Bauland verfügt, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Priorität muss demnach zunächst die Mobilisierung von staatlichem und kommunalem Bauland sein. Aufgrund seiner stark in die vertraglichen Freiheiten einschneidenden Natur ist die DP außerdem der Auffassung, dass das Vorkaufsrecht nur in ausgewählten Fällen zum Einsatz kommen soll und nicht generell dem Erwerb von Bauland durch die öffentliche Hand dienen soll.



Wir werden im Zuge der ersten Zwischenbilanz des „Pacte Logement 2.0“ die Anteile, welche für bezahlbaren Wohnraum reserviert sind (Artikel 29bis)

nach oben anpassen. Dies gilt besonders für Flächen aus dem Bauerwartungsland.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Reform des staatlichen und kommunalen Vorkaufsrechts ein, u.a. für ein Vorkaufsrecht zu marktüblichen Preisen.



Ja. Ohne solche Vorkaufsrechte werden wir die Lage nicht einmal ansatzweise in den Griff bekommen.



D'ADR ass prinzipiell fir eng liberal Approche am Logement. Mir géingen hei éischter op de Wee goen, fir staatlech Incentiven ze schaffen, fir den Investissement an de Logement ze fördern an eidele Wunnraum ze evitéieren, am plaz de staatlechen Dirigismus auszubauen. Wéi esou Ureizer kéinte geschaf ginn, fannt Dir an der Äntwert op déi éischt Fro vun dësem Kapitel.



Vorkaufsrechte für Staat und Kommunen erachten wir als potenziell sehr wirksam bei der Erschließung von bezahlbarem Wohnraum. Das aktuelle Vorkaufsrecht ist jedoch keine sinnvolle Option für die Gemeinden, da diese bereits weit entwickelte und konkrete Projekte vorlegen müssen, um überhaupt auf das Vorkaufsrecht zurückgreifen zu können. Diese rechtliche Unsicherheit – nicht unerhebliche Vorfinanzierung für Bauprojekte, die sich später als nicht realisierbar entpuppen – schreckt die meisten Gemeinden natürlich von der Wahrnehmung ihres Vorkaufsrechts ab. Deshalb muss die Gesetzeslage erst einmal zugunsten der Gemeinden und des Fonds du Logement vereinfacht werden. Danach sollten auch zusätzliche Vorkaufsrechte ins Auge gefasst werden. Darüber hinaus muss der Verkauf von öffentlichem Bauland durch die Gemeinden unbedingt unterbunden werden.



Nein. Das Vorkaufsrecht wird an zu vielen Orten völlig willkürlich genutzt, ohne jeden Mehrwert für irgendjemanden zu schaffen. FOKUS will, dass „Bauerwartungsland“ außerhalb der bestehenden Bauperimeter erworben wird und dass innerhalb der bestehenden Perimeter größere zusammenhängende Flächen von der öffentlichen Hand erworben werden, die sich planerisch für Bauzwecke eignen. Individuell und willkürlich ein Vorkaufsrecht zu nutzen, löst wieder einmal kein Problem.



Ein Vorkaufsrecht für den Staat und die Gemeinden ist eine von vielen Maßnahmen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die KPL unterstützt ein solches Vorkaufsrecht.



Ja. Wir Piraten begrüßen in dem Sinne auch den Gesetzentwurf 8216, mit dem das Vorkaufsrecht der staatlichen Akteure besser geregelt werden soll.

Spricht sich Ihre Partei bei der Anwendung der superreduzierten „TVA-Logement“ für eine Erhöhung der Obergrenze auf 120.000 € aus?



Die LSAP schließt eine Erhöhung dieser Obergrenze nicht aus, sie setzt jedoch vorrangig auf den Ausbau des öffentlichen Immobilienparks.



Seit dem Inkrafttreten der Richtlinie (EU) 2022/542 des Rats vom 5. April 2022 zur Änderung der Richtlinien 2006/112/EG und (EU) 2020/285 in Bezug auf die Mehrwertsteuersätze, ist eine Änderung des Anwendungsbereichs des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 % für



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

Wohnraum nicht mehr möglich. Aus diesem Grund spricht sich die DP gegen eine Erhöhung der Obergrenze „TVA-Logement“ aus.

gröng Eine pauschale Erhöhung der Obergrenze für die „TVA-Logement“ lässt sich leider nicht mit der europäischen Gesetzgebung in Einklang bringen. Hier sind also andere Maßnahmen nötig.

CSV Die CSV will den Gesamtbetrag der „TVA Logement“ (3 %) von 50.000 auf 100.000 € beim Kauf eines Eigenheims anheben.

adr D'ADR wëll dee Plaffong ofschafen. Mir sinn dofir, datt all Bau- a Renovatiounsarbechten am Wunnraum prinzipiell op 3 % TVA festgeluecht ginn, ouni Plaffong.

déi Lénk Wir sprechen uns nicht für diesen Vorschlag aus. Vielmehr wollen wir die superreduzierte „TVA-Logement“ für alle Wohnungsbauprojekte nicht gewinnorientierter Akteure wie etwa Kooperativen oder Stiftungen einführen, um so die Schaffung öffentlicher Mietwohnungen zu fördern.

FOKUS Ja, für den Moment. Das ist eigentlich ebenfalls eine Krisenmaßnahme, die einstweilen ergriffen werden kann, aber nicht dauerhaft bestehen sollte.

KPL Ja

PIRATEN Unsere Partei wäre bereit, den Deckel für die superreduzierte TVA auf Renovationen ganz aufzuheben.

Die CGFP fordert, den Steuerfreibetrag beim Immobilienkauf – den sogenannten „Bëllegen Akt“ – auf 50.000 € anzuheben. Teilen Sie diese Ansicht?

LSAP Der Steuerfreibetrag wurde kürzlich von 20.000 auf 30.000 € angehoben. Die LSAP hat diese moderate Erhöhung mitgetragen, weil diese Maßnahme Erstkäufer gezielt unterstützt.

Der Nachteil des „Bëllegen Akt“ liegt darin, dass er zu den Maßnahmen gehört, die preistreibend wirken und gleichzeitig hohe Mindereinnahmen für den Staat bedeuten. Allein die Erhöhung des Freibetrags von 20.000 auf 30.000 € entspricht den Schätzungen der Regierung zufolge Mindereinnahmen von 90 Millionen € im Jahr. Die von der CGFP vorgeschlagene Erhöhung würde demzufolge zusätzlich 180 Millionen € jährlich kosten. Die LSAP würde dieses Geld lieber in den öffentlichen Wohnungsbau investieren.

DP Die DP steht hinter dem ebenfalls von der CGFP unterzeichneten dritten Tripartite-Abkommen vom 7. März 2023, welches eine Erhöhung des „Bëllegen Akt“ von 20.000 auf 30.000 € vorsieht. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde bereits vom Parlament verabschiedet.

gröng Wir wollen zusätzlich zum aktuellen Steuerfreibetrag bei Immobilien einen nach Einkommen gestaffelten Freibetrag einführen. Außerdem sollen die Registrierungsgebühren (droits d'enregistrement) insgesamt reduziert und durch Einnahmen aus der Grundsteuer ersetzt werden.

CSV Ja. Die CSV will den Steuerkredit „Bëllegen Akt“ von 20.000 auf 50.000 € anheben. Wir fordern dies öffentlich seit vielen Jahren.

adr Jo, absolut, dat ass och eng vun den uviséierte Moossnamen an eisem Walprogramm, deen d'Leit hirem Wonsch vum Eegenheem nees e Stéck méi no bréngen soll. Donieft hu mir eis och schonn an der Chamber fir dëse Schrack ausgeschwat. Mir ginn esouguer nach e Schrack méi wäit a wëllen den Enregistrement- an Transkriptionstaux op Wunnechte vun 7 % (6 % + 1 %) op 4,5 % erofsetzen.

déi Lénk déi Lénk haben die Erhöhung des „Bëllegen Akt“ auf 30.000 € unterstützt. Weitere Erhöhungen würden wir jedoch an die familiäre Situation des Haushalts koppeln. Alleinerziehende Eltern sind im aktuellen System stark benachteiligt, da sie oftmals größere und somit teurere Wohnungen brauchen. Diesen und anderen möglichen Härtefällen sollte bei der Festlegung der Obergrenze für den Steuerfreibetrag Rechnung getragen werden.

FOKUS FOKUS will das ganze „droit d'enregistrement“ für private Wohnzwecke abschaffen. Es ist eine Wegelagerersteuer. Da hilft kein Grenzbetrag, da hilft nur die Abschaffung.

KPL Die KPL teilt diese Ansicht der CGFP.

PIRATEN Die Piraten setzen sich dafür ein, dass die Notarkosten (frais d'enregistrement) beim Kauf einer Erstwohnung ganz abgeschafft werden.

Steuerpolitik

Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode hatte die aktuelle Regierung in ihrem Koalitionsabkommen den Bürgern eine tiefgreifende Steuerreform in Aussicht gestellt. Nachdem dieses Versprechen nicht eingelöst wurde, sieht die CGFP in diesem Bereich weiterhin akuten Handlungsbedarf.

Wie sollte Ihrer Meinung nach eine künftige Steuerreform betreffend Individualisierung, Steuerklasse(n) sowie Anzahl der Steuerstufen aussehen?

LSAP Die LSAP strebt langfristig eine Individualisierung mit einer einheitlichen Steuertabelle an, damit die Steuerlast nicht mehr durch den Familienstand beeinflusst wird. Demnach wird es nur noch eine einzige Steuerklasse für alle Bürgerinnen und Bürger geben. Die LSAP strebt in diesem Kontext an, Einkommen bis zum gesetzlichen Mindestlohn nicht mehr zu besteuern. Die LSAP wird gleichzeitig zwei zusätzliche Steuerstufen für jährliche Einkommen über 300.000 € bzw. über 500.000 € einführen.

DP Die DP hält mittelfristig an einer ganzheitlichen Steuerreform fest, welche die Einkommensbesteuerung individualisieren wird. Es soll demnach in Zukunft nur noch eine Steuerklasse geben, um alle Lebensmodelle steuerlich gleichberechtigt zu behandeln.

gröng Wir stehen weiterhin zur Individualisierung der Einkommenssteuer, um derzeitige Ungerechtigkeiten bei der Besteuerung zwischen den Steuerklassen abzuschaffen. Wir werden demnach die drei bestehenden Steuerklassen abschaffen und eine neue alleinstehende Steuerklasse für alle – samt neuer Steuertabelle – einführen. Wir entlasten hierbei Haushalte mit Einkommen bis zum dreifachen Mindestlohn und berücksichtigen hierbei Familien mit Kindern. Wir werden zudem den Mindestlohn strukturell um 50 € durch eine Anpassung des „Crédit d'impôt salaire social minimum“ erhöhen. Somit unterstützen wir Mindestlohnempfänger*innen, ohne dabei die Unternehmen, die bereits hohe Lohnkostensteigerungen finanzieren mussten, zusätzlich zu belasten. Außerdem erhöhen wir auch den Steuerkredit für Alleinerziehende, um diese Familien zusätzlich zu unterstützen. Wir finanzieren die Entlastungen und wirken den steigenden sozialen Ungleichheiten entgegen, indem wir die Progressivität in der Steuertabelle sowie den Spitzensteuersatz erhöhen.

CSV Die CSV will vor allem die Bürgerinnen und Bürger steuerlich entlasten. Vor allem Gering- und Mittelverdiener. Die breite Mittelschicht wartet seit

Jahren darauf. Dies haben wir konstant über die gesamte Legislaturperiode gefordert.

Wir sprechen uns gegen eine obligatorische Individualbesteuerung aus.

Die CSV will sofort substanzielle und überfällige Steuererleichterungen für Alleinerziehende und Witwer/innen: Der Eingangssteuersatz wird von 22.530 auf 30.000 € erhöht; die Übergangszeit von der Steuerklasse 2 in die Steuerklasse 1a wird von drei auf sechs Jahre erhöht; die Progression in der Steuerklasse 1a soll langsamer greifen. Generell werden die von uns vorgeschlagene Inflationsbereinigung des Steuertarifs sowie die Verbreiterung der Steuertranchen (z.B. auf 2.500 €) den Steuerzahler entlasten.

Mittelfristig verschließen wir uns nicht einer Debatte über die Abschaffung der Steuerklassen.

adr D'ADR ass der Meenung, datt an der nächster Legislaturperiod de budgetäre Spillraum warscheinlech feelt, fir eng ganz grouss Steierreform. D'Prioritéit ass dofir, fir gewëssen Depensen an domat de Budget ze redresséieren, fir Härtefäll aus der Welt ze schafen, staark géint déi kal Progressioun virzegoen an eng reegelméisseg Upassung vun der Steiertabell un d'Inflatioun duerchezéien.

D'ADR wëll keng Ofschafung vun der Famill iwwert eng komplett Individualiséierung vun de Steieren. Mir bleiwen der Meenung, datt d'Famill als Kärzell vun der Gesellschaft ze betruechten ass, an datt sech dat och steierlech soll erëmispigelen. Dofir si mir och der Meenung,

datt eng Steierklass 2 muss bäibehale ginn, déi ganz gär och Ënnerstufe fir d'Zuel vun de Kanner ka virgesinn. Alternativ, well net jidderee vill Steiere bezilt, kéinten och aner Avantagen a Fro kommen, dëst a Funktioun vun der Unzuel vu Kanner. Mir vertrieeden also kloer eng familljefrëndlech Positioun.

déi Lénk Wir wollen eine einzige Steuerklasse einführen, wobei allerdings der Kapazität des Steuerzahlers zur Finanzierung der kollektiven Ausgaben beizutragen, Rechnung getragen wird. Jede Person ohne eigenes Einkommen, die finanziell vom Steuerzahler abhängig ist, senkt dessen Steuerlast per Koeffizient. Die Höhe des Koeffizienten ist abhängig vom Alter der Person, die über kein eigenes Einkommen verfügt. So senkt beispielsweise ein Kleinkind die Steuerlast weniger als eine erwachsene Person (z.B. der nicht berufstätige Partner). Die reformierte Steuertabelle muss eine geringere Progression bei den niedrigen und mittleren Einkommen aufweisen, dabei eine höhere Progression nach oben hin mit einem Spitzensteuersatz von 50 %. Bei einer solchen grundlegenden Steuerreform ist die Auswirkung auf die Einnahmen nur schwer zu berechnen, v.a. mit der spärlichen Datenlage, die öffentlich zugänglich ist. Demnach ist es schwierig, genauere Angaben über die einzelnen Steuerstufen zu machen.

FOKUS In der kommenden Legislaturperiode müssen folgende Prinzipien in der Steuergesetzgebung Umsetzung finden: Die Steuer wird individuell festgesetzt und erhoben; die Steuerklassen gehören grund-



Bike & RAIL
20 CFL BIKE TOURS / LUXEMBOURG + GRANDE REGION

Découvrez 20
parcours cyclables
de gare en gare

43 €

En vente dans les
centres de vente CFL
et dans les points de
vente du réseau Ernster.

CFL
www.cfl.lu

sätzlich abgeschafft; Steuerminderung wird nur durch Tatbestände erreicht, die mit zusätzlichen Belastungen zu tun haben (also die Erziehung und Betreuung von Kindern, aber auch ggf. älterer, kranker oder behinderter Menschen im Haushalt); Menschen, die vom aktuellen System besonders benachteiligt sind – namentlich Alleinerziehende – werden so besonders entlastet; wer mit wem in welchem formellen oder informellen Verhältnis zusammenlebt, ist steuerlich völlig unerheblich; der unqualifizierte Mindestlohn bleibt steuerfrei, die Härtefälle gleich darüber werden ausgeglichen; die Stufen des Systems werden im Zuge einer steuererleichternden Reform überdacht; der Verbrauch ebenso wie die bewusste Schonung von Ressourcen müssen nachvollziehbar Eingang in die Steuerlogik finden.



Die KPL setzt sich dafür ein, dass der Mindestlohn vollständig von der Steuer ausgenommen wird, der sogenannte „Mittelstandsbuckel“ deutlich geglättet wird, die Besserverdienenden aber mehr Steuern bezahlen, indem die Steuertabelle um mehrere Tranchen erweitert wird und der Höchststeuersatz deutlich angehoben wird.

Die KPL fordert die sofortige Abschaffung der Steuerklasse 1a, welche unter anderem den Verwitweten und Alleinerziehenden eine überverhältnismäßig große Steuerlast aufbürdet.



In unseren Augen muss die Einkommenssteuer komplett individualisiert werden, unabhängig vom Beziehungsstatus einer Person. Wir wollen eine einzige Steuerklasse für jeden.

Deshalb wollen wir kurzfristig: Die Steuerklasse 1a komplett abschaffen und die Steuerstufen bis zu einem Jahreseinkommen von 100.000 € pro Person indexieren; Mindestlohnempfänger nicht mehr auf ihren Lohn besteuern; alle Steuergutschriften automatisch und ohne besondere Anfrage den Betroffenen zuteilen.

Langfristig wollen die Piraten eine negative Einkommenssteuer einführen, die auf alle Einkommen gleich wirkt. Das bedeutet, dass jede(r) Steuerpflichtige einen Pauschalbetrag als direkten Steuergutschrift ausgezahlt bekommt und Steuern je nach seinem Gehalt monatlich entrichtet. Einkommen bis zur Mittelschicht behalten dabei den Überschuss. So würde unser Steuersystem komplett individualisiert und vereinfacht werden.

Wie steht Ihre Partei zu einer aktualisierten Anpassung der abzugsfähigen Höchstbeträge bei Schuldzinsen auf dem Eigenheim, bei den Sonderausgaben und auch bei außergewöhnlichen Belastungen?



Die LSAP begrüßt die Erhöhung um 50 % der abzugsfähigen Höchstbeträge bei Schuldzinsen im Zusammenhang mit dem Eigenheim. Eine Anpassung bei Sonderausgaben sowie bei außergewöhnlichen Belastungen wird die LSAP in der kommenden Legislaturperiode prüfen lassen.



Solche Anpassungen können im Rahmen der Steuerreform, wo dies sinnvoll ist, gemacht werden. Die DP wird auch überprüfen, inwiefern die Abschreibungsmöglichkeiten flexibler gestaltet werden können. Dadurch sollen die Bürger in allen verschiedenen Lebensabschnitten ihre Ausgaben steuerlich optimaler geltend machen können.



In dieser Legislaturperiode wurde mit dem „Solidaritätspak 3.0“ bereits beschlossen, die abzugsfähigen Höchstbeträge bei Schuldzinsen von derzeit maximal 2.000 € auf 3.000 € jährlich zu erhöhen, um somit Haushalte in Zeiten steigender Kreditzinsen zu unterstützen. Wir werden die Auswirkungen dieser Maßnahme evaluieren.

Generell wollen wir die derzeitigen Steuerabsetzmöglichkeiten auf Basis von sozial- und finanzpolitischen Überlegungen analysieren und ggf. anpassen, damit sie zielgenauer jene entlasten, die Unterstützung brauchen. Eine Möglichkeit wäre demnach, die Absetzungsmöglichkeiten in Steuergutschriften umzuwandeln, damit auch jene, die nur sehr wenig Steuern zahlen, davon profitieren können.



Die CSV befürwortet eine Verdopplung der Obergrenze für Schuldzinsen beim Eigenheim. Nur so können die steigenden Zinsen gestemmt werden. Wir wollen zudem eine Inflationsbereinigung von 25 % der Beiträge der Sonderausgaben und der außergewöhnlichen Belastungen umsetzen.



D'Abattementer sinn dacks zënter 20 Joer net méi ugepasst ginn. Dat ass en Ëmstand, deen d'ADR an der Chamber schon ëfters beklot huet, a mir hunn och gefuerdert, datt d'Abattementer wa méiglech reegelméisseg mat der Inflatioun sollten ugepasst ginn.



In der aktuellen Wohnungskrise bereitet uns vor allem die Lage derer Menschen Sorgen, die nicht im Besitz eines Eigenheims sind und sich auch voraussichtlich nie ein solches leisten werden können. Das Hauptaugenmerk des Staats sollte unserer Meinung darauf liegen, diesen Menschen ein würdevolles Wohnen zu ermöglichen. Angesichts des aktuellen Zinsanstiegs ist eine Anhebung der Höchstbeträge aber annehmbar.



Das Allermeiste davon sollte im Zuge einer nachvollziehbaren, transparenten und gerechten Gesamtreform abgeschafft werden. Bei den Schuldzinsen können kurzfristig Sonderregelungen getroffen werden, allerdings: Die kapitalistische Normalität sind eher die aktuellen Zinssätze als solche unter 2 %. Nach spürbaren generellen Steuererleichterungen kann nicht noch durch Abzugserhöhungen draufgesattelt werden.



Die KPL tritt für eine deutliche Erhöhung der abzugsfähigen Höchstbeträge bei Schuldzinsen auf einem Eigenheim ein.



Die Piraten haben im Oktober 2022 einen Antrag im Parlament eingereicht, in dem wir die Verdoppelung der Höchstbeträge bei Schuldzinsen gefordert haben. Dieser Aufforderung ist die Regierung nicht nachgekommen. Wir stehen angesichts der heutigen Zinslage immer noch für eine Verdopplung, ja sogar für eine Verdreifachung des Betrags.

Wie steht Ihre Partei zu einer weiteren Absenkung des Nominalsatzes der Körperschaftsteuer angesichts eines unbekannten effektiven Steuersatzes bei der Besteuerung von Unternehmen?



Die LSAP ist der Ansicht, dass eine undifferenzierte Absenkung des Nominalsatzes der Körperschaftsteuer weder notwendig noch wünschenswert ist. Auch Unternehmen müssen ihren gerechten Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwesens leisten. Im Hinblick auf die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte werden höhere staatliche Investitionen erforderlich sein. Diese Notwendigkeit lässt keinen Unterbietungswettbewerb bei Steuersätzen zu.



Eine niedrige Steuerlast fördert unsere Wirtschaft und die Innovation. Die DP setzt sich daher für eine Senkung der Körperschaftsteuer ein.



Angesichts des internationalen Steuerwettbewerbs sind in den letzten Jahren die Nominalsätze bei der Körperschaftsteuer in ganz Europa gesunken, so auch in Luxemburg. In unseren Augen ist dies keine wünschenswerte Entwicklung, da Unternehmen somit einen immer geringeren Beitrag zur Finanzierung des Allgemeinwohls leisten, wobei sie für ihre Aktivitäten jedoch von öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen profitieren. Hinzu kommt, dass der effektive Steuersatz unter dem normalen Steuersatz liegt.

In diesem Sinne sehen wir eine weitere Absenkung des Nominalsatzes der Körperschaftsteuer skeptisch, vor allem dann, wenn nicht gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um den nominalen und effektiven Steuersatz näher aneinander zu bringen.



Die CSV sieht es als alternativlos an, den nominalen Steuersatz der Körperschaftsteuer mittel- bis langfristig zu senken. Wir müssen wettbewerbsfähig gegenüber unseren Konkurrenten innerhalb der EU bleiben. Deshalb müssen wir international attraktiv bleiben. Nur so sichern wir unseren Wirtschaftsstandort ab. Nur so garantieren wir zukünftige Steuereinnahmen. Gleichzeitig muss der effektive Steuersatz von Unternehmen transparenter werden.



Prinzipiell besteht das Problem daran, dass beim Gesamtsteieropkommes ëmmer méi vun de Privatleut gedroe gëtt an ëmmer manner vun den „personnes morales“, also vun de Gesellschaften. Do huet Lëtzebuerg awer just e beschränkte Spillraum, well am Kader vun der OECD Harmoniséierungsbestimmungen um Wee sinn, wou mir nach net genau wëssen, wat dobäi erauskënn. Déi international Efforten am Steierberäich sollen zu engem „Level playing field“ tëscht den eenzelnen Natione féieren. D'Steierkonkurrenz tëscht de Staate soll awer net ofgeschaf ginn. Lëtzebuerg soll och op steierlechem Niveau kompetitiv sinn. Et misst een also ofwaarden, wat um internationalen Niveau am Beräich vun der OECD do festgeluecht gëtt.

Grundsätzlich muss eng méi grouss Transparenz bestoen, well d'Steierstruktur dacks net duerchsichteg ass. Dat heescht, datt den affichéierten Taux bei der Kierperschaftssteuer a bei der Gewerbesteier méi no un de reellen Tauxe muss sinn, fir datt dat transparent fir jiddereen nozevollzéien ass.



de Lénk sind der Meinung, dass der aktuelle Nominalsatz der Körperschaftsteuer zu niedrig ist, ganz zu schweigen von den teilweise skandalösen effektiven Steuersätzen bei großen Unternehmen. Die Betriebe profitieren von den Staatsausgaben und müssen sich daher auch angemessen an der Finanzierung des Haushalts beteiligen. Eine weitere Absenkung werden wir keinesfalls unterstützen. Im Gegenteil, wir halten es für unerlässlich, den innereuropäischen Steuersenkungswettbewerb durch eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage und die Festlegung von gemeinsamen oder zumindest harmonisierten Mindeststeuersätzen zu beenden. Dies würde auch das sogenannte „profit shifting“ innerhalb Europas beenden. Inzwischen plädieren wir für eine moderate Anhebung des Nominalsatzes für größere Unternehmen (>200.000 € besteuerbare Einkommen) auf 20 % und eine Neubewertung der verschiedenen Steuervorteile.



FOKUS steht für einen Nominalsatz von insgesamt 20 %, der dann auch entrichtet werden sollte – wir wünschen uns demnach, dass klar wird, dass auch 20 % entrichtet werden. Das bedeutet eine Reduzierung der formalen Steuerbelastung von rund zehn Prozentpunkten, wobei im betrieblichen Steueraufkommen die Gemeinden über die Gewerbesteuer beteiligt sind. Die kann demnach nicht einfach „entsorgt“ werden, ein neuer Verbindungsmechanismus zwischen ihr und der Körperschaftsteuer wird gebraucht. Der 20 % Gesamtsatz muss danach immer noch in etwa zwei Milliarden in den Staatshaushalt einbringen – dies ist die Einnahmeherechnung von 2023. Für internationale Gesellschaften mit komplizierter Buchhaltung will FOKUS per Gesetz ermöglichte Steuerrulings – also wollen wir erstens ein Gesetz, das diese erlaubt und organisiert, und zweitens eine Verwaltung, die sie nachvollziehbar erlassen kann.



Die KPL kritisiert seit Langem, dass der Anteil des Kapitals am Gesamtsteueraufkommen immer weiter zurückgeht und der Anteil der Arbeit zunimmt. Sie fordert eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkünfte und eine Erhöhung der Körperschaftsteuer.



Die Piraten wollen abwarten, welche Konsequenzen sich aus der OECD-Finanztransaktionssteuer ergeben, bevor wir hierzu Stellung beziehen. Wir sind aber der Meinung, dass man die kommunale Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer in eine gemeinsame Steuer gießen sollte, was sowohl für den Staat als auch für die Unternehmen administrative Vereinfachungen mit sich bringen würde.

Fortsetzung siehe Seite 19

Signature de l'accord relatif au mécanisme temporaire de changement de groupe de traitement dit « voie expresse » au sein de la Police grand-ducale

Le 12 juin 2023, les représentants du Syndicat national de la Police grand-ducale Luxembourg (SNPGL) et de la Confédération générale de la Fonction publique (CGFP), ont procédé à la signature de l'accord relatif au mécanisme temporaire de changement de groupe de traitement dit « voie expresse » au sein de la Police grand-ducale avec le ministre de la Sécurité intérieure, Henri Kox, et le ministre de la Fonction publique, Marc Hansen.

Suite aux litiges au cours des années passées portés devant les juridictions administratives par des agents du cadre policier qui sont détenteurs d'un diplôme de fins d'études secondaires et qui ont demandé un reclassement automatique du groupe de traitement C1 au groupe de traitement B1, la nécessité de modifier le mécanisme de la voie expresse au sein de la Police grand-ducale est apparue.

En effet, suite à l'arrêt de la Cour Constitutionnelle du 9 décembre 2022, le mécanisme temporaire de changement de groupe de traitement prévu à l'article 94 de la loi modifiée du 18 juillet 2018 sur la Police grand-ducale ne peut plus être appliqué dans sa forme actuelle, de sorte qu'un nombre important d'agents de la Police grand-ducale sont privés de cette possibilité d'évolution dans leur carrière.

Etant donné que les fonctionnaires détenteurs d'un diplôme de fin d'études secondaires ou d'un diplôme reconnu



Les signataires de l'accord: Marc Hansen, Ministre de la Fonction publique, Henri Kox, Ministre de la Sécurité intérieure, Pascal Ricquier (SNPGL), Gilbert Goergen, Vice-Président fédéral de la CGFP et Marco Richard (SNPGL) (de g. à dr.)

Photo: SIP

comme équivalent ont majoritairement intégré la Police grand-ducale avec un retard de 2 à 3 ans par rapport aux fonctionnaires qui ne sont pas détenteurs d'un tel diplôme, les parties signataires sont mises d'accord afin de prendre en considération la détention du diplôme au niveau de l'ancienneté de service requise pour être admis au mécanisme

de la voie expresse, mécanisme qui est essentiellement basé sur l'expérience professionnelle acquise en cours de carrière.

L'accord vise partant à adapter l'article 94 de la loi modifiée du 18 juillet 2018 sur la Police grand-ducale, d'un côté afin de permettre à nouveau l'application de la voie expresse ordinaire qui est

actuellement bloquée et de l'autre côté afin de créer un mécanisme de changement de groupe de traitement spécifique pour les membres du groupe de traitement C1 du cadre policier de la Police grand-ducale détenteurs d'un diplôme de fin d'études secondaires ou d'un diplôme reconnu comme équivalent.



Betzder
PANORAMA-TOUR
& TRÈPPELPIED

40,5 KM LAANGE CIRCUIT
& KUERZ SPADSÉIERWEEËR
2 BIS 10,5 KM



Betzder
VËLOSWEË SYRE
PC4 - 19,4 KM



**COMMUNE DE
BETZDORF**

ÄREN TRAIL ZU FOUSS ODER UM VELO DUERCH D'SYRDALLMETROPOL

+352 28 13 73-1 WWW.BETZDORF.LU/TOURISME @COMMUNEBETZDORF





Fortsetzung von Seite 17

Wie soll nach Meinung Ihrer Partei die „Taxe d’abonnement“ in Zukunft gestaltet werden?

LSAP Die LSAP unterstützt jegliche Bemühungen, den Luxemburger Finanzplatz durch Innovation und Expertise konkurrenzfähig zu halten. In der vergangenen Legislaturperiode sind ermäßigte Sätze für in nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeiten investierte Nettovermögen eingeführt worden. Die LSAP möchte die „Taxe d’abonnement“ in ihrer heutigen Form beibehalten und sieht keinen Handlungsbedarf für eine undifferenzierte Senkung der „Taxe d’abonnement“.

DP Die „Taxe d’abonnement“ stellt nicht nur eine unverzichtbare Einnahmequelle für den luxemburgischen Staat dar, sondern sie spielt auch eine entscheidende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Die DP sieht derzeit keinen Bedarf für zusätzliche Maßnahmen, die über die vorgesehenen Änderungen gemäß dem Gesetzentwurf 8183 aus dem Frühling 2023 hinausgehen. Dennoch verfolgen wir die Entwicklungen genau und sind bereit, Anpassungen vorzunehmen, falls dies erforderlich ist, um sich dem wandelnden steuerlichen Umfeld anzupassen und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

gröng Die „Taxe d’abonnement“ ist für den Staat eine wichtige Einnahmequelle mit jährlichen Einnahmen von über einer Milliarde €. Wir halten daher an der „Taxe d’abonnement“ auf Investmentfonds als wichtiges finanzielles Standbein für den Staat auch in Zukunft fest.

Wir werden den vor kurzem eingeführten reduzierten Steuersatz für nachhaltige Investitionen evaluieren und ggf. anpassen, mit dem Ziel, ein steuerliches Umfeld zu schaffen, das den Umstieg auf nachhaltige und klimafreundliche Investitionen beschleunigt.

CSV Die CSV will durch eine Null-Prozent-„Taxe d’abonnement“ für Investitionsfonds, die die ESG-Kriterien respektieren, einen Anreiz für einen nachhaltigeren Finanzplatz schaffen. Luxemburg soll die Nummer eins der grünen Finanzplätze der Welt werden.

adr Eiser Meenung no muss Lëtzebuerg géintiw-
wer anere Finanzplazen konkurrenzfäeg bleiwe.
Dofir wëlle mir déi Fuerderungen, déi aus der Fongenin-
dustrie selwer kommen, mat grousssem Intressi ophuelen
a versichen, do all néideg Moosnam ze huelen, fir datt
d’Finanzplaz Lëtzebuerg den Uschloss net verléiert.
Generell ass d’ADR der Meenung, datt mir net sollten
ze vill ideologesch Krittären uwenden, och bei der „Taxe
d’abonnement“ net, an datt Fongen, déi a Gas oder Atom
investéieren, net solle benodelegt ginn.

déi Lénk Auch bei der Besteuerung der Investmentve-
hikel sollte es eigentlich zu einer Harmonisie-
rung in Europa kommen. In der aktuellen Situation sind
wir auf nationaler Ebene für eine Anhebung der „Taxe
d’abonnement“, die jedoch keine massive Standortver-
lagerung provozieren darf. Mangels einer belastbaren
Analyse zu dieser Frage halten wir eine Anhebung auf
0,1 % für vertretbar, sowohl für Fonds, die professionellen
Investoren vorbehalten sind (aktuell 0,01 %), als auch für
jene die sich an ein breiteres Publikum wenden (aktuell
0,05 %). Verglichen mit den gängigen Verwaltungsk-
kosten bei Fonds, die je nach Art zwischen 0,5 % und
2 % liegen, wäre eine solche Besteuerung immer noch
sehr bescheiden. Niedrigere Sätze können wir uns für
nachhaltige Investmentfonds vorstellen, die allerdings
strengen reglementarischen Kriterien standhalten müs-
sen.

FOKUS Alles, was steuerlich bis jetzt von Ihnen ab-
gefragt wurde, zielt auf weniger Besteuerung
der Arbeit ab. Dieser Ansatz wird von FOKUS geteilt.
Im Gegenzug muss dann das Kapital mehr besteuert
werden, da wir keine Steuerausfälle in Milliarden-
höhe verkraften werden – bei gleichen staatlichen
Leistungen, und die will ja auch die CGFP nicht zurück-
schrauben. Kapitalbesteuerung bedeutet für FOKUS,
dass bestimmte finanzielle Transaktionen besteuert
werden. Für die „Taxe d’abonnement“ bedeutet das:
Sie wird erhöht.

KPL Die KPL tritt für eine deutliche Erhöhung der
„Taxe d’abonnement“ ein.

PIRATEN Die Piraten stehen für eine „Taxe d’abonne-
ment“, die Gas und Atom nicht als grüne Ener-
gien anerkennt. Alles andere wäre „Greenwashing“.



Erklärt sich Ihre Partei bereit, die CGFP-Forderung nach einer Abschaffung der Steuerklasse 1a zu berücksichtigen?

LSAP Mit der Einführung einer einheitlichen Steuer-
tabelle für alle Bürgerinnen und Bürger werden
sich plötzliche Mehrbelastungen durch eine Änderung
des Familienstands erübrigen. Bis eine einheitliche
Steuertabelle ausgearbeitet und umgesetzt ist, spricht
sich die LSAP dafür aus, die Steuerklasse 2 geschiedenen
oder verwitweten Steuerpflichtigen während fünf Jahren
(anstatt den derzeitigen drei Jahren) zu gewähren.

DP Ja, im Rahmen der anvisierten Steuerreform
soll die Steuerklasse 1a abgeschafft werden.
Es soll nur noch eine einheitliche Steuerklasse geben,
um alle Lebensmodelle steuerlich gleichberechtigt zu
behandeln.

gröng Wir stehen weiterhin zur Individualisierung
der Einkommenssteuer, um derzeitige Un-
gerechtigkeiten bei der Besteuerung zwischen den
Steuerklassen abzuschaffen. Wir werden demnach die
drei bestehenden Steuerklassen abschaffen und eine
neue alleinstehende Steuerklasse für alle – samt neuer
Steuertabelle – einführen. Somit wird auch die derzeitige
Steuerklasse 1a abgeschafft.

CSV Die CSV wird die Alleinerziehenden und
Witwer/innen sofort steuerlich stark entlasten:
Der Eingangssteuersatz wird von 22.530 auf 30.000 €
erhöht; die Übergangszeit von der Steuerklasse 2 in die
Steuerklasse 1a wird von drei auf sechs Jahre erhöht;
die Progression in der Steuerklasse 1a wird langsamer
greifen.

Generell werden die von uns vorgeschlagene Inflations-
bereinigung des Steuertarifs sowie die Verbreiterung der
Steuertranchen zum Beispiel auf 2.500 € den Steuer-
zahler entlasten. Mittelfristig verschließen wir uns einer
Debatte über die Abschaffung der Steuerklassen nicht.

adr Dat ass eng Fro, déi nëmmen am Kontext vun
enger Gesamtreform vun der Steiergesetzge-
bung ka gekuckt ginn. Fir eis ass dobäi awer ganz wich-
teg, datt d’Familjen a Leit mat Kanner net benodelegt
gi géintiwwer deem, wéi et haut ass. Mir müssen och
kucken, datt eenzel Kategorië vu Leit, déi vun där Steier-
klass 1a betraff sinn, dobäi net méi schlecht gestallt ginn.
Et ass eng Fro, déi mir mat oppenem Geescht müssen
ënnersichen, woubäi d’Äntwert awer net zu enger Ver-
schlechterung fir déi betraffe Leit duerf féieren.

déi Lénk Wie bereits beschrieben, wollen wir eine
einzige Steuerklasse einführen, was natürlich
auch die Abschaffung der Steuerklasse 1a beinhaltet.

FOKUS Ja – wir wollen die Steuerklassen insgesamt
abschaffen.

KPL Die KPL tritt seit Langem für die Abschaffung
der Steuerklasse 1a ein.

PIRATEN Ja, die Abschaffung der Steuerklasse 1a sowie
generell eine Steuerreform sind für die Piraten
prioritär.

Wie steht Ihre Partei zu einer Wiedereinführung einer Ver-
mögenssteuer für natürliche Personen mit angepassten
Freibeträgen bei den Vermögenswerten sowie angepas-
ten personenbezogenen Freibeträgen?

LSAP Die LSAP spricht sich grundsätzlich für eine
Wiedereinführung der Vermögenssteuer für
natürliche Personen aus. Für die LSAP sollten Immo-
bilien von der Vermögenssteuer ausgenommen werden,

da die LSAP auf andere Steuermaßnahmen setzt, um
die exzessive Anhäufung von Immobilien zu Speku-
lationszwecken zu unterbinden. Des Weiteren sollten
auch physische Wertgegenstände wie Schmuck oder
Kunstobjekte von einer Vermögenssteuer ausgenom-
men werden, damit die Privatsphäre respektiert bleibt.
Die LSAP schlägt einen progressiven Steuersatz zwischen
0,5 % und 1,5 % des besteuerbaren Nettovermögens vor
und einen hohen Freibetrag.

DP Die Demokratische Partei lehnt eine Vermö-
genssteuer für Privatpersonen ab.

gröng Um zusätzliche Einnahmen für Zukunfts-
investitionen z.B. in bezahlbaren Wohnraum zu
generieren und den steigenden Ungleichheiten ent-
gegenzuwirken, befürworten wir die Einführung einer
neuen Vermögenssteuer für Privatpersonen mit sehr
hohen Vermögen. Diese sollte jedoch nicht wie die 2006
abgeschaffte Vermögenssteuer bereits mittlere Einkom-
men betreffen, sondern nur sehr hohe Vermögen. Um
dies zu gewährleisten, werden wir den ersten Wohnsitz
von der Steuer freistellen sowie einen zusätzlichen
Freibetrag vorsehen. Gleichzeitig sollte nur das Netto-
vermögen, also abzüglich der Schulden, in Betracht
gezogen werden.

CSV Die CSV wird keine Vermögenssteuer in direkter
Linie einführen.

adr D’ADR ass géint Steiererhéijungen. D’Verméi-
genssteuer fir Privatleit gouf viru ville Jore ofge-
schaf an d’ADR gesäit kee Grond, fir se nees anzeféieren.
Och wann am Ufank héich Fräibeträg virgesi wieren, wéi
verschidde Parteien dat froen, dann heescht dat net, datt
déi mat der Zäit net géifen ëmmer méi niddereg ginn,
esou datt schlussendlech jidderee betraff wär.

Mir sinn der Meenung, datt de Staat u sech genuch Re-
venuen huet, mee datt e besser domat ëmgoe muss
an de Budget a seng Depensé méi verantwortungsvoll
geréiere muss.

déi Lénk Wir fordern eine Wiedereinführung der
Vermögenssteuer für natürliche Personen,
wobei der Hauptwohnsitz und das Sparguthaben bis
200.000 € ausgeklammert werden. Das ermittelte Ver-
mögen oberhalb des Freibetrags sollte unserer Ansicht
nach mit einem progressiven Satz zwischen 0,5 % und
2 % besteuert werden.

FOKUS Diese Steuern sollten diskutiert werden – die
betriebliche Vermögenssteuer bringt rund
700 Millionen ein, das ist ein nicht zu übersehender
Betrag. Wohnungserben, die verkaufen müssen – und
das sind viele, wohl die meisten – zahlen bei dieser
Transaktion aktuell 20 % Steuer auf dem Mehrwert, was
ständig ignoriert wird. Erben in direkter Linie, die nicht
verkaufen müssen, zahlen erst mal keine Steuer. Das sind
Tatbestände, über die FOKUS eine politische Debatte
führen möchte, das hat mit Gerechtigkeit zu tun. Für
die kommende Legislaturperiode sieht unser Programm
keine neuen Steuern in diesen Bereichen vor.

KPL Die KPL tritt für die Wiedereinführung einer
Vermögenssteuer für Superreiche ein.

PIRATEN In Luxemburg gibt es keine Erbschaftssteuer
in erster Linie. Trotzdem verlieren viele Men-
schen, die etwas erben, weil der Staat das Geld aus der
Besteuerung der Wertsteigerung von Immobilien zu-
rückbehält. Wenn man von seinen Eltern ein Haus erbt
und es verkauft, um z. B. den Kredit für ein Eigenheim
abzubezahlen, muss man auf dem Verkaufserlös eine

Fortsetzung siehe Seite 23



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückserwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP
Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name) _____

(Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(Plz. /Wohnort) _____

(Telefon) _____

(Dienstbezeichnung) _____

(Dienststelle) _____

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparsparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparsparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnet Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparsparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW WohnBausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Sorgen an heißen Tagen für Kühlung und Entspannung: Hochteiche

QUELLE: BECKMANN-KG.DE / BHW BAUSPARKASSE

Hochteiche für Balkone

Ein Gartenteich auf Balkon oder Terrasse? Das geht! Hochteiche sind zunehmend gefragt bei allen, die sich einen Gartenteich wünschen, aber nur wenig Platz oder Zeit für die Pflege haben. Selbst Hanglagen sind kein Hindernis.

Hochteiche sind eine Bereicherung fürs Auge und die Natur und schaffen auch auf kleinem Raum eine Oase der Ruhe und Entspannung. Wo immer das Wasserbehältnis steht, sorgt es für Abkühlung an heißen Sommertagen und bietet zudem wertvollen Lebensraum für Insekten und andere Kleinstlebewesen. Die Konstruktion ähnelt der eines Hochbeets. Für die Verkleidung wird das über Bodenniveau ge-

legene Bassin mit wasserdichten Holzdielen, Mauersteinen oder gerosteten Stahlplatten umrahmt, auf Wunsch mit Sichtfenster. „Ein Erdaushub ist nicht nötig, der Teich lässt sich einfach auf dem Garten- oder Balkonboden aufbauen“, sagt Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. Man kann das Wasserbecken bepflanzen und sogar kleine Fische halten. Möglich ist auch der Einbau von Mini-Wasserspielen, die das Wasser umwälzen und kühlen. Mit einer Höhe von 60 bis 70 Zentimetern lassen sich die Teiche auch für Menschen mit Handicap leicht pflegen. Als Komplettset sind Hochteiche von etwa 100 Euro im örtlichen Fach- oder Onlinehandel erhältlich.

Offen für den Rückzug: Raumteiler

Platznot macht erfinderisch. In kleinen Stadtwohnungen schaffen moderne Raumteiler klare Verhältnisse und ganz neue Freiräume.

Gekommen, um zu bleiben: Das Homeoffice wird auch künftig für viele deutsche Erwerbstätige der Hauptarbeitsplatz sein. Wer jedoch in seiner Wohnung ungestört beruflichen Projekten nachgehen will, braucht einen dafür geeigneten Bereich. Eine Möglichkeit, um diesen in Schlaf- oder Wohnzimmer zu schaffen, bieten maßgefertigte, ein- bis vierflügelige Schiebetüren. „Mit flexiblen Trennelementen spart man Platz und bleibt auch in kleineren Appartements flexibel für

unterschiedliche Alltagssituationen“, sagt Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Auf Metall-Laufschienen lassen sich die Türen jederzeit leicht verschieben. Geschlossen absorbieren sie Schall und helfen sogar, Energiekosten einzusparen. Denn durch die Teilung und die separate Nutzung des Raums wird weniger Fläche beheizt. Mit Schiebetüren aus Glas wirken kleine Räume heller und offener. Wer Holz oder alternativ Milch- oder Dekorglas wählt, sorgt für ein Plus an Privatsphäre. Hochwertige, auf Maß angefertigte Schiebetüren sind ab circa 700 Euro erhältlich.



Schöner Wohnen und Arbeiten – dank Schiebetüren

QUELLE: CABINET SCHRANKSYSTEME AG / BHW BAUSPARKASSE

LOCATION

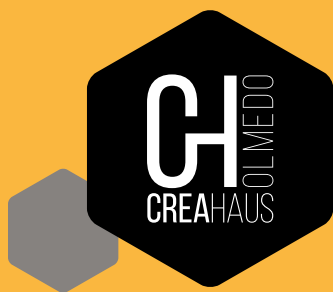
AVEC OPTION D'ACHAT

Au sein de notre ensemble résidentiel Renaissance.

📍 Luxembourg-Belair

🛏 1 à 2 chambres

🏠 de 60 à 117 m²



☎ 31 61 350 | WWW.CREAHAUS.LU
✉ INFO@CREAHAUS.LU | L-8010 STRASSEN | [@](#) [f](#) [in](#)



Groupe renovation.lu

Handwerk aus Lëtzebuerg

🌐 www.renovation.lu

☎ 288 308



Fortsetzung von Seite 19

Einkommensteuer zahlen. Diese versteckte Erbschaftsteuer trifft auch kleine Erbschaften, was nicht fair ist. Die Piraten schlagen daher eine Verbesserung für kleine und mittlere Erbschaften vor: Der Hauptwohnsitz der Eltern soll komplett von der Wertschöpfungssteuer befreit werden, wenn die Wohnung innerhalb von zwei Jahren verkauft wird. Vermögenswerte bis zu fünf Millionen € sollen nicht besteuert werden. Ab fünf Millionen soll jeder weitere Euro durch eine Gebühr eingenommen werden, die auf den Betrag der Schenkungssteuer (ca. 1,8 %) erhoben wird.

Spricht sich Ihre Partei für die Aufhebung des Bankgeheimnisses für luxemburgische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Luxemburg aus?

LSAP Ja, die LSAP befürwortet die Aufhebung des Bankgeheimnisses für luxemburgische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Luxemburg. Dies wird Luxemburg in Einklang mit den gegenwärtigen internationalen Standards im Steuerrecht bringen. Die wirksame

Erhebung der Vermögenssteuer für natürliche Personen bedingt die Aufhebung des Bankgeheimnisses. Es sei darauf hingewiesen, dass die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der luxemburgischen Steuerbehörden nicht nur dem Berufsgeheimnis des Strafgesetzbuches, sondern auch dem Steuergeheimnis der Abgabenordnung vom 22. Mai 1931 (loi générale des impôts du 22 mai 1931) unterliegen.

DP Die DP hat seit ihrem Regierungseintritt 2013 bemerkenswerte Schritte für mehr Transparenz unternommen. Die DP sieht momentan keinen weiteren Handlungsbedarf.

gréng Damit eine neue Vermögenssteuer effektiv umgesetzt werden kann, erwägen wir, falls notwendig, eine Anpassung des Bankgeheimnisses für luxemburgische Staatsangehörige mit Wohnsitz in Luxemburg. Hierbei werden wir dafür sorgen, dass die Steuerverwaltung nur eingeschränkten Zugang zu jenen Informationen bekommt, die für die Erhebung der Vermögenssteuer tatsächlich vonnöten sind.

CSV Nein. Die CSV ist nicht für den gläsernen Bürger. Vor allem in einem kleinen Land wie Luxemburg brauchen die Bürgerinnen und Bürger auch eine gewisse finanzielle Privatsphäre.

adr Nee, op kee Fall. Mir si géint de gliesene Bierger.

déi Lénk Wir fordern seit Langem eine Aufhebung des Bankgeheimnisses für luxemburgische Staatsbürger, das letztlich vor allem der Steuervermeidung von vermögenden Einzelpersonen Vorschub leistet. Dabei geht es selbstverständlich nur um die Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber der Steuerverwaltung und nicht, wie oft fälschlich behauptet wird, um eine generelle Veröffentlichung der Bankdaten.

FOKUS Nein.

KPL Die KPL ist grundsätzlich gegen das Bankgeheimnis.

PIRATEN Nein, die Piraten hatten schon in ihrem Wahlprogramm 2018 den Erhalt des Bankgeheimnisses gefordert.

Sozialpolitik

„Soziale Selektivität“ heißt das neue Schlagwort, das bei politischen Debatten auftaucht – ganz gleich, ob es sich dabei z.B. um den Indexmechanismus, die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation oder die lineare Punktwertserhöhung im Staatsdienst handelt.

Was genau versteht Ihre Partei unter dem Begriff „soziale Selektivität“? Sind Sie bereit, dieses Prinzip auch bei der Vergütung von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten anzuwenden?

LSAP Unter dem Begriff „sozialen Selektivität“ versteht die LSAP, dass im allgemeinen Haushalte mit niedrigerem Einkommen stärker unterstützt werden als Haushalte mit höherem Einkommen, die ihrerseits stärker zur Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaats beitragen.

Seit jeher befürwortet die LSAP eine gute Mischung zwischen allgemeinen Leistungen, die allen gleichermaßen zugutekommen (wie z.B. das Kindergeld), und sozial selektiven, d.h. nach Einkommen gestaffelten Leistungen (wie z.B. ein Teil der Studienbeihilfen oder aber Wohnbeihilfen). Sozial selektive Leistungen werden je nach Einkommen gestaffelt, unabhängig von der Art der Erwerbstätigkeit – sie betrifft Arbeitnehmer und Selbständige ebenso wie Regierungsmitglieder und Abgeordnete. Die LSAP ist zudem der Ansicht, dass die Besteuerung ebenfalls starke soziale Akzente setzen soll. Dementsprechend setzt sie sich für eine gerechtere Steuertabelle ein und für einen höheren Spitzensteuersatz.

DP Unter „sozialer Selektivität“ verstehen wir eine Umsetzung von gezielten Maßnahmen zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten. Die DP-geführte Regierung hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um vielen Menschen zu helfen. Dazu gehören unter anderem eine schrittweise Erhöhung des Mindestlohns und des REVIS, die Einführung kostenloser Kinderbetreuung und „Maison relais“, kostenlose Schulbücher und -mahlzeiten sowie eine Erhöhung des Wohngelds. Zusätzlich haben wir eine sozial gerechte Steuerreform umgesetzt und die Energieprämie eingeführt. Diese Maßnahmen sind nur einige Beispiele für die zahlreichen finanziellen und materiellen Unterstützungsleistungen, die wir bereitstellten, um den Menschen in unserer Gesellschaft zu helfen. Die DP wird sich auch weiterhin für eine Stärkung der Kaufkraft einsetzen und dabei besonders diejenigen unterstützen, die am stärksten auf Hilfe angewiesen sind.

gréng déi gréng kämpfen für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Hierfür braucht es neben universellen öffentlichen Dienstleistungen auch gezielte und bedarfsgerechte Unterstützung für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Unser Sozialstaat ist gerade dann gerecht, wenn dieser über Einnahmen aus einem progressiven Steuersystem gespeist wird, welche breite Schultern mehr belastet.

CSV Die CSV steht für soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt. Ein zentraler Teil davon ist der gerechte Lohn. Dies gilt für alle Bürger und Staatsbedienstete. Dies gilt auch für politische Mandatsträger wie Regierungsmitglieder oder Abgeordnete. Verant-

wortung für das Gemeinwesen muss entsprechend entlohnt werden. Unsere Demokratie muss wettbewerbsfähig bleiben.

Wir ziehen darüber hinaus „gerecht und effizient“ dem missverständlichen Begriff der „sozialen Selektivität“ vor. Dies hat auch etwas mit unserem Menschen- und Weltbild zu tun.

adr „Sozial Selektivitéit“ bedeit, datt ee sozial Zouwendungen net generell verdeelt, mee bedierfnesorientéiert, z.B. u Leit mat wéineg Akommes oder déi der Aarmut ausgesat sinn. Net jidderee brauch eng Hëllefleeschtung, awer et muss jee no Contributioun ënnerscheet ginn. Et ass en Ënnerscheed, ob de Staat eng Energiehëllef bezilt, déi fir sozial méi schwach Leit méi wichteg ass, oder ob en z.B. d’Kannergeld bezilt, wat all Kand zoustoe soll. Déi Diskussioun muss jee no Natur vun der staatlecher Contributioun gefouert ginn, woubäi och Gerechtegkeetskrittären an d’Finanzéierungsméiglechkeeten eng Roll spillen.

D’Renumeratioun huet näischt mat Selektivitéit ze dinn. D’Renumeratiounsmodalitéite kéinten awer am Kader vun enger Gesamtreform vum Statut vun de Ministeren an Deputéierte reforméiert ginn. Dobäi müssen dann och all Aspekter vun hirem Statut nei gereegelt ginn (Immunitéit, Pensioun, Indemnitéiten, Steieren, asw.), an et kéint ee sech un auslännesche Parlamentarier orientieren.

déi Lénk Der Begriff der „sozialen Selektivität“ ist ein zentrales Element der Aushöhlung unserer Sozialsysteme seit den 1980er-Jahren. Wir stellen fest, dass Selektivität dazu benutzt wird, verschiedene Gruppen aufgrund oft willkürlicher Kriterien von sozialen Hilfen auszuschließen. Die so entstehende Unsicherheit bei den Menschen und die Stigmatisierung sogenannter „Profiteure des Systems“ beschädigt die gesellschaftliche Unterstützung für einen starken Sozialstaat, was wiederum weitere Einschnitte vereinfacht. Eine ganz ähnliche Dynamik hat bei der Debatte rund um den Index dazu geführt, dass der Indexmechanismus auf einmal von einigen Seiten als ungerecht bezeichnet wird. Mal

davon abgesehen, dass der Index kein sozialpolitisches Instrument ist, sondern eine wirtschaftliche Maßnahme, die den Wert der Löhne und Gehälter gewährleistet, hat diese Debatte die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem weggelenkt. Das Problem ist im Steuersystem angesiedelt, das kleine und mittlere Löhne verhältnismäßig stärker belastet als hohe Löhne.

FOKUS Der Begriff bedeutet: Bestimmte Leistungen erhalten jene, die sie brauchen, und nicht alle, weil es einfach schöner ist.

Die Vergütung von Ministern und Abgeordneten, die deutlich unter den Gesamtbezügen von verschiedenen hohen Beamten liegt, eignet sich nicht für einen populistischen Diskurs. FOKUS hat in seinem Wahlprogramm klar beschrieben, wie in Zukunft die Träger politischer Mandate und Ämter entlohnt werden sollen und welche Altersversorgung sich daraus ergeben soll. Die CGFP sorgt sich zu Recht darüber, dass Anreize materieller Natur für Staatsbeamte dafür sorgen sollen, dass ausreichend gut ausgebildete und leistungsbereite Menschen in den Staatsdienst eintreten. Das gilt für die Politik noch sehr viel mehr. Hungerlöhne für Politiker wären der Tod der funktionierenden Demokratie.

Wir wollen auch Transparenz bei der Besoldung von hohen und weniger hohen Beamten, die durch die endlose Häufung von Funktionen bei Laune gehalten werden, anstatt dass endlich eine Diskussion über deren angemessene Besoldung geführt wird – eine, die der Steuerzahler nachvollziehen kann.

KPL Die KPL verwendet den Begriff der „sozialen Selektivität“ nicht und warnt vor der Ideologie, die dahintersteckt. Immer wenn von „sozialer Selektivität“ die Rede ist, geht es darum, einem Teil der Lohnabhängigen etwas wegzunehmen, beziehungsweise sie von geplanten Verbesserungen auszuschließen und die Arbeitnehmer über diesen Weg zusätzlich auseinanderzudividieren.

PIRATEN Für die Piraten ist „soziale Selektivität“ das Gegenstück der jahrelangen Gießkannenpolitik dieser Regierung. Soziale Selektivität bedeutet, dass man





Vélosummer 2023

ENTDECKT VILL FLOTT VÉLOSTIER OP
WWW.VELOSUMMER.LU



📍 Vélospiste Schëndels



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Économie

Direction générale du tourisme



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Mobilité
et des Travaux publics



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Mobilité
et des Travaux publics

Administration des ponts et chaussées



mit den Ressourcen, die dem Staat als Steuereinnahmen dienen, sorgsam umgeht, um sie denjenigen zukommen zu lassen, die wirklich darauf angewiesen sind. Wer von „sozialer Selektivität“ redet, muss diese Hilfen nicht nur ausarbeiten, sondern auch schauen, dass sie bei allen berechtigten Menschen ohne bürokratische Hindernisse auf dem Konto ankommen – zum Beispiel über einen „Crédit d'impôt monoparental“ und eine „Allocation de vie chère“, die automatisch ausbezahlt werden. Diese und weitere Hilfen sind aktuell nur über schwierig zugängliche Formulare oder eine Steuererklärung zu bekommen. Eine korrekte Vergütung der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten ist wichtig, um Korruption zu vermeiden. Auch Politiker müssen ihre Einkommen und Vorteile genauso versteuern wie andere Bürger.

Die Künstliche Intelligenz krempelt unser Leben um. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die rasante Digitalisierung zu besseren Arbeitsbedingungen und nicht zu Massenentlassungen führt?

LSAP Die Chancen und Gefahren für den Staatsdienst müssen identifiziert und analysiert werden. Es muss auf die Entwicklungen reagiert werden und entsprechende Umschulungen und Fortbildungen im Staatsdienst angeboten werden.

DP In den vergangenen Jahren haben wir einen beeindruckenden Fortschritt in der Digitalisierung erlebt, was zu grundlegenden Veränderungen in der Arbeitswelt geführt hat. Als DP betrachten wir diese Entwicklung als Chance, nicht als Fatalität. Wir haben die Absicht, das Potenzial der Künstlichen Intelligenz im öffentlichen Dienst zu nutzen und sie zugunsten der Beamtinnen und Beamten einzusetzen, um ihre Arbeit zu erleichtern. Die DP wird die Weiterentwicklung der Künstlichen Intelligenz im Auge behalten, notwendige Regulierungen zum Schutz des Menschen einführen sowie Arbeitnehmer und Arbeitgeber aktiv begleiten, um sich mit einem breiten Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten den neuen Gegebenheiten anzupassen. Im Rahmen des Abkommens zum Thema „Homeoffice“ konzentrierten sich die Verhandlungen mit der CGFP nicht auf Massenentlassungen, sondern vielmehr darauf, wie die neuen Tools und Technologien optimal genutzt werden können, um Bürger, Unternehmen und Arbeitnehmer bestmöglich zu unterstützen.

gröng Ob Digitalisierung oder ökologischer Umbau, der Arbeitsmarkt steht vor großen Herausforderungen. Wir setzen uns dafür ein, diese im Sinne der Erwerbsfähigen zu gestalten. Auch in Zukunft wird uns die Arbeit nicht ausgehen, aber wir müssen sicherstellen, dass die Menschen für die neuen Aufgabenbereiche qualifiziert sind. Hierzu braucht es eine nationale Qualifizierungs- und Fortbildungsstrategie.

Neue Technologien sind keine Ausrede, um auf gute Arbeitsbedingungen zu verzichten. Deswegen setzen wir uns für ein Gesetz zur Reglementierung der Plattformarbeit ein.

CSV Der Staat muss mit gutem Beispiel als sicherer Arbeitgeber vorangehen. Die Angst vor Entlassungen gab es auch schon in der Vergangenheit. Oftmals war diese unbegründet.

Für die CSV ist es entscheidend, dass auch im Zeitalter der Digitalisierung der Mensch im Mittelpunkt bleibt. Digitalisierung ist mithin kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Vereinfachung des Alltags. Der Mensch darf nicht zum „Gadget“ werden.

In Sachen Künstliche Intelligenz sehen wir sowohl Chancen als auch Risiken. Wir wollen die Chancen nutzen und die Risiken minimieren. Wie jede neue Technik ist auch KI von sich aus weder gut noch schlecht. Es kommt auf die Nutzung an. Diese muss im Interesse von Mensch und Gemeinwohl geschehen. Beim Staat. Aber auch in unserer Gesellschaft, unseren Schulen, unserem Alltag.

adr Mir halen drop, datt iwwehall do, wou Beamte sinn, och Beamte solle bleiwen. D'Digitaliséierung soll de Leit eng Hëllef bei der Aarbecht sinn an d'Leit net ersetzen, wat zu enger dramatescher sozialer Entwécklung géng féieren. Mir sinn der Meenung, datt de Mensch net soll, an zum Deel och net kann, ersat ginn. Besonnesch do, wou Decisiounen iwwe aner Mënsche geholl ginn (z.B. de Riichter an der Justiz, de Professor am Bildungswiesen oder de Polizist), ass et fir eis onvirstellbar, datt Maschinnen dës Decisiounen treffen. Et musse Grenze bei der Digitaliséierung a bei der Rationaliséierung gezu ginn.

Mir mussen d'Digitaliséierung als eng Chance gesinn, fir verschidden Aarbechten ze erlichteren an eis eng besser Kompetitivitéit ze ginn. Gläichzäiteg heescht dat awer och, datt mir eis Leit mussen héich qualifizéieren. Dobäi



musse mir drop oppassen, datt mir d'Méiglechkeete vun der Technologie esou asetzen, datt si eis weder eis Fräheeten huelen nach eis Aarbechtsplazen.

déi Lénk Zum einen setzen wir uns für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein. Die Digitalisierung kann Prozesse vereinfachen und beschleunigen, die Automatisierung bzw. Robotisierung hat dies schon in vielen Bereichen seit Jahren und Jahrzehnten ermöglicht. Die dadurch erreichten Produktivitätssteigerungen rechtfertigen eine konsequente Verkürzung der Arbeitszeit. Eine verkürzte Arbeitszeit kann auch zum allgemeinen Wohlbefinden auf der Arbeit und im Privatleben beitragen, z.B. durch weniger Stress und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass der Verdichtung und Fragmentierung der Arbeit durch digitale Mittel mit strengerer gesetzlichen wie sektoriellen Regeln beim Recht auf Nichterreichbarkeit oder bei der Telearbeit entgegengewirkt wird. Schließlich sind déi Lénk der Meinung, dass Weiterbildungsangebote (während der Arbeitszeit) den Beschäftigten bei einem sinnvollen Umgang mit digitalen Arbeitsinstrumenten helfen können.

FOKUS Wir sollten uns vordringlich damit beschäftigen, dass wir ausreichend natürliche Intelligenz zur Anwendung bringen, um der Künstlichen nicht morgen unser Leben zu überlassen. Oberstes Prinzip muss hier sein – und sich auch in den kommenden normativen Texten durchsetzen: Hilfe ja, Ersatz nein.

KPL Auch in der Frage der Digitalisierung – wie zuvor generell bei den Arbeitsbedingungen, den Arbeitszeiten, den Löhnen – entscheidet das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit darüber, ob die Digitalisierung zum Vorteil oder zum Nachteil der Beschäftigten sein wird. Die KPL sieht es daher als notwendig, das Kräfteverhältnis zugunsten der Lohnabhängigen im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft zu verändern.

Die KPL, die dafür eintritt, den Gewerkschaften/Personalvertretungen ein gesetzliches Vetorecht bei allen Fragen einzuräumen, bei denen es um grundlegende Interessen der Beschäftigten in der Wirtschaft geht, vertritt diese Ansicht auch in Bezug auf die Digitalisierung in den Betrieben und Verwaltungen.

Außerdem gibt es gegenwärtig ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche, die unterentwickelt sind, zum Beispiel bei den öffentlichen Dienstleistungen, so dass trotz der Digitalisierung genügend neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, was aber wegen der Jagd nach Profitmaximierung nicht geschieht.

PIRATEN Für uns Piraten ist die Digitalisierung kein „Nice-to-have“, sondern ein „Must-have“. Allerdings sind wir uns der Gefahren und der Herausforderungen sehr wohl bewusst.

Um Massenentlassungen durch die Digitalisierung zu verhindern, setzen die Piraten auf einen europaweiten Ausbildungsfonds, um die aufzufangen, die riskieren, durch das Netz zu fallen. „Reskilling“ und „Upskilling“ sind hier unabdingbar.

Damit die Digitalisierung nicht über den Köpfen der betroffenen Arbeiter:innen beschlossen wird und um zu verhindern, dass Projekte umgesetzt werden, die die Arbeit der Beschäftigten nur komplizierter macht, muss das Personal in diese Projekte eingebunden werden.

Digitale Projekte müssen in erster Linie den Arbeiter:innen helfen und Vorgänge beschleunigen. Projekte, die nur der Zurschaustellung von Minister:innen dienen, sind hier fehl am Platz.

Ist in Ihren Augen eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich eine realistische Option, um somit möglichst viele Beschäftigte im Arbeitsprozess zu behalten?

LSAP Absolut, dafür setzt sich die LSAP ein.

DP Die DP tritt für eine Flexibilisierung der Arbeit ein. Wir werden es den Menschen ermöglichen, ihre Arbeit so zu organisieren, dass sie mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Wir streben weiterhin eine familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitszeit an, indem wir die aktuellen, starren Regelungen auflösen und eine Jahresarbeitszeit einführen (z.B. 1.800 Stunden). Gleichzeitig lehnen wir wenig durchdachte Experimente ab, die Arbeitsplätze in Luxemburg gefährden. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie über die Chancen und Gefahren einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung hat klar aufgezeigt, dass es zu diesem Moment mehr mögliche Gefahren durch eine Arbeitszeitverkürzung als erwiesene Chancen einer solchen gibt. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wäre es unverantwortlich, Arbeitsplätze so aufs Spiel zu setzen. Die DP wird sich einer Diskussion über moderne Arbeitszeitmodelle keineswegs verschließen und ist gewillt, die Unternehmen dabei zu unterstützen, auf freiwilliger Basis Arbeitszeitverkürzungen testweise auszuprobieren.

gröng Wir unterstützen eine breite Diskussion über neue Arbeitszeitmodelle. Besonders im Hinblick auf eine gerechtere Verteilung bezahlter Lohnarbeit und unbezahlter Sorgearbeit, aber auch in Bezug auf gute Arbeitsbedingungen braucht es neue Arbeitszeitmodelle. Dies muss im Dialog mit den Sozialpartnern geschehen. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen und Branchen dabei zu unterstützen, neue Arbeitsmodelle zu testen.

CSV Die CSV steht für eine bessere „Work-Life-Balance“ der Bürgerinnen und Bürger. Und somit auch der Staatsbediensteten.

Dies bedeutet für uns in erster Linie eine positive Flexibilisierung der Arbeitszeit vor Ort. In Absprache mit der jeweiligen Verwaltung oder den Unternehmen.

Wir stehen für ein neues Gleichgewicht zwischen guter Arbeit und erfülltem Leben. Dies beinhaltet auch mehr Zeit für sich selbst, für die Familie und die Freunde, für die Gesellschaft insgesamt. Vor allem dann, wenn mehr Zeit benötigt wird. Etwa für junge Familien.

Kurzum: Die Arbeitszeit muss besser in die Lebenszeit integriert werden.

Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit lehnen wir ab. Wir stehen für eine individuell abgestimmte Neuorganisation der Arbeit vor Ort. Im Interesse aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

adr Nee, mir denken net, datt ee per Gesetz soll eng generell Verkürzung vun der Aarbechtszäit bei vollem Lohnausgleich maachen, och net am öffentlechen Déngscht. Mir sinn awer fir méi Flexibilitéit, esouwuel am privaten ewéi am öffentlechen Secteur.

déi Lénk Ja, wir setzen uns für die Einführung einer 32-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ein. Diese soll progressiv eingeführt und von einem Rahmengesetz begleitet werden. Dabei sollen die Gewerkschaften in den verschiedenen Bereichen über deren konkrete Umsetzung mit den Arbeitgebern verhandeln. Wir sind uns bewusst, dass nicht alle Sektoren und Betriebe gleich sind – genau wie auch alle Menschen, egal

wo und wie sie arbeiten – unterschiedliche Bedürfnisse haben. Dieser Situation wollen wir Rechnung tragen und eine möglichst hohe Flexibilität zugunsten der Beschäftigten sicherstellen, z.B. über Zeitsparkontenmodelle, die von den Gewerkschaften ausgehandelt werden.

FOKUS. Das kann eine Option sein, wenn man über ausreichend Daten zu Produktivität und Leistung verfügt und sie in Relation zu Arbeitszeit und -organisation setzen kann.

Allerdings sind wir strikt dagegen, mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung die mittelständischen Betriebe, von denen unsere Wirtschaft und unser Staat leben, in den Ruin zu treiben.



Ja



Wir Piraten setzen auf die Arbeitsflexibilisierung. Wir sind der Meinung, dass jede:r Arbeiter:in, dort wo es möglich ist, ein Recht auf zwei Tage Homeoffice haben sollte. Bei Arbeiten, wo dies nicht möglich ist, sollte als Ausgleich von einer Erhöhung der Kilometerpauschale auf 115 € pro Einheit profitiert werden können. Des Weiteren sollen sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Dienst „Coworking Spaces“ außerhalb der Ballungszentren geschaffen werden.

Zusätzlich setzen wir auf den Ausbau des „Cadre mobile“ und eine Flexibilisierung mit einer Referenzzeit von einem Jahr bei gleichbleibendem Lohn und dem Einhalten der maximalen Arbeitszeit pro Tag und pro Woche. Um Eltern zu unterstützen, setzen die Piraten auch auf eine Direktauszahlung des „Chèque-service Accueil“, um so diejenigen finanziell zu unterstützen, die eine Arbeitszeitreduzierung möchten.

Die Finanzierung der Pensionskasse ist für die kommenden Jahre abgesichert. Folglich darf es nach Ansicht der CGFP zu keinen Verschlechterungen bei den Pensionen kommen. Stimmen Sie dem zu?



Ja. Die rezenteste Bilanz des allgemeinen Pensionsregimes (im April 2022 vorgestellt), welche gemäß dem Gesetz von 2012 im Fünfjahresrhythmus durchgeführt werden muss, zeigt, dass die kurzfristige Finanzierung des Rentensystems gewährleistet ist. Durch die demografische Entwicklung und die steigende Lebenserwartung gerät das System jedoch unter Druck. Den Hochrechnungen zufolge riskieren die einbezahlten Versicherungsbeträge ab 2027 nicht mehr auszureichen, um die fälligen Renten auszuzahlen: Ein Teil davon müsste voraussichtlich über die Reserve finanziert werden. Deswegen wurde der Wirtschafts- und Sozialrat beauftragt, mögliche Lösungswege auszuarbeiten. Es gilt das Rentensystem auch langfristig im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzusichern. Da Leistungsver schlechterungen für die LSAP nicht infrage kommen, setzt sie sich für die Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen ein. Die LSAP ist der Ansicht, dass die Absicherung der öffentlichen Renten mehr Aufmerksamkeit verdient.



Die DP stimmt dem zu.



Mit Blick auf die kommenden Generationen werden wir die Finanzierung des öffentlichen Rentensystems absichern, beispielsweise indem – wie bei der Finanzierung der Pflegeversicherung – Beiträge

zur Finanzierung der Renten auch auf Kapitaleinkommen erhoben werden. Außerdem sollen die Einnahmen- und Ausgabenpolitik angesichts der alternden Bevölkerung vorausschauend und nach dem Vorsorgeprinzip regelmäßig angepasst werden, damit die Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems erhalten bleibt.



Ja. Die CSV steht für gute und sichere Pensionen.



Mir sinn der Meenung, datt een dat muss éierlech a realistesch ugoen. Dat heescht, mir müssen de Pensiounssystem, allgemeng wuel och déi sozial Versécherungen, reforméieren, fir datt si iwwer laang Zäit kënne finanziert ginn, fir zouverlässeg a leeschtungsfäeg ze bleiwen. Mir wëlle séier Reformen, well mir wëssen alleguer, datt, wat mir méi laang waarden, desto méi dramatesch Aschnëtter kënne kommen, wat mir als ADR absolut evitéiere wëllen. Dowéinst ass et fir eis eng Prioritéit, datt mir dee Problem elo an där nächster Legislaturperiod uginn. Mir si prinzipiell och der Meenung, datt d'Leeschtunge bei de Pensiounen net däerfe méi schlecht ginn. (Kuckt hefir w.e.g. och eis Äntwert op d'Fro 1 am Kapitel „Wirtschaft und Wachstum“).



Ja, wir wollen keine Verschlechterungen zulassen und verschiedene Verbesserungen erwirken. In erster Linie geht es uns dabei um die Mindestrente, die derzeit weit unter der Armutsgrenze liegt und insbesondere an Frauen ausgezahlt wird, die keine komplette Berufslaufbahn mit voller Beitragszahlung vorweisen können. Wir wollen die Mindestrente deutlich aufwerten.

FOKUS. Die Finanzierung der Pensionskasse ist nur bei gleichbleibendem Wachstum abgesichert.

Demnach muss diese im Auge behalten werden. Solange der Zeithorizont der gesicherten Finanzierung bei einer Generation liegt, will niemand irgendeine Verschlechterung.



Die KPL lehnt Verschlechterungen bei den Renten kategorisch ab und würde sich bei einer solchen Ankündigung dagegen wehren. Sollten die CGFP und andere Gewerkschaften konsequent gegen derartige Pläne mobilisieren, könnten sie sich der Unterstützung der KPL gewiss sein. Die KPL fordert, dass die im Jahr 2012 erfolgten Verschlechterungen im Rentensystem rückgängig gemacht werden und ist seit Langem der Ansicht, dass die Mindestrenten deutlich erhöht werden müssen.



Ja, die Piraten stehen zu Löhnen und Pensionen, mit denen sich leben lässt. Deswegen haben wir auch schon einen Gesetzesvorschlag zusammen mit der „Chambre des salariés“ im Parlament eingebracht, mit dem die Minimalpension erhöht und die „Allocation de fin d'année“ auch in Zukunft erhalten bleiben soll. Diese würde ansonsten ab diesem Jahr entfallen.

Die vom staatlichen Pensionsfonds getätigten Investitionen sind breit gefächert. Wo liegen dabei Ihre Prioritäten?



Die LSAP ist der Ansicht, dass, wie vom „Code de la Sécurité sociale“ vorgesehen, der Hauptakzent auf der Absicherung des Rentensystems und der Sicherheit der Investitionen liegen muss. Die

Rentengelder müssen so angelegt werden, dass eine angemessene Risikoverteilung durch eine breite Diversifikation der Anlagen und Anlagekategorien gewährleistet ist. Die seit Jahren bestehenden Bemühungen für eine Investitionsstrategie aufgrund nachhaltiger Kriterien (ESG-Kriterien) soll weiter vorangetrieben werden. Dies gilt auch für Investitionen in den Immobilienbereich und den Wohnungsbau. Voraussetzung ist jedoch in jedem Fall die Risikoverteilung und die Einhaltung der vorgegebenen Leistungsziele zur Absicherung der Rentengelder.



Die oberste Priorität des Pensionsfonds besteht darin, die Renten zu sichern, da dies sein Hauptzweck ist. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass der Fonds eine diversifizierte Investitionsstrategie verfolgt, um das Risiko zu streuen und ausreichende Erträge zu erzielen. Die DP unterstützt auch verstärkte Investitionen in den Wohnraum, um das Portfolio des Pensionsfonds zu erweitern.

In Bezug auf nachhaltige Investitionskriterien setzt sich die DP für einen pragmatischen und vernünftigen Ansatz ein. Während die Kriterien kontinuierlich verschärft werden, wird den Unternehmen auch eine angemessene Übergangszeit gewährt, um sich den neuen Anforderungen anzupassen. Anstatt Unternehmen leichtfertig von jeglichen Investitionen auszuschließen, unterstützt die DP deren Bemühungen. Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit können nur gemeinsam erreicht werden, daher ist es wichtig, Unternehmen bei ihren Anstrengungen zu begleiten und zu fördern.



Wir werden sicherstellen, dass die Investitionspolitik des gesamten Rentenreservefonds im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen steht. Die Rentenreserven müssen effizient, sozial und ökologisch verantwortlich verwaltet werden, dies u.a. durch eine schnelle Desinvestition aus allen fossilen Energien und einem Verzicht auf Investitionen in die Atomenergie. Zudem soll die bereits vorgesehene Quote von 5 % für Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau konsequent ausgeschöpft und ggf. weiter erhöht werden.



Erste Priorität des staatlichen Pensionsfonds ist die Absicherung der Pensionen. Wir werden den Pensionsfonds nicht zur Schließung von Haushaltslücken entfremden. Investitionen müssen sich rechnen. Und sie müssen breit gestreut sein.



Beim staatliche Pensionsfond, dem sogenannte Kompensationsfond, ass eis éischt Prioritéit, datt dee Fond d'Pensiounen ofsécher soll. Dat heescht, datt de Conseil d'administration méiglechst wéineg vun der Politik soll doru gehënnert ginn, fir rentabel ze schaffen. Et ginn natierlech gewëssen deontologesch Grenzen, déi net däerfen iwwerzu ginn. Wann z.B. net soll a Waffen investéiert ginn, kënne mir dat matdroen. Mir gesinn awer elo net an, firwat een net soll a fossil Energien oder an Atomenergie investéieren. D'Atomenergie ass eng Technologie, déi sech staark weiterentwickelt a verbessert huet an a bal ganz Europa konsequent gefördert gëtt.



Wir haben im Parlament einen Gesetzentwurf eingereicht, um die Investitionsstrategie des Pensionsfonds stärker nach ethischen Prinzipien und Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Das bedeutet u.a.,



Glamping haut de gamme :

- Chalets, Mobil-homes & tentes safari •
- Restaurant „Auberge Fuussekaul“ sur place •
- Animation pendant les vacances scolaires •
- Piscine extérieure •



info@fuussekaul.lu • Tel.: +352 26 88 88 1 • www.fuussekaul.lu
Camping Fuussekaul 4 • Fuussekaul L-9156 • Heiderscheid • Luxembourg

dass wir keine Pensionsbeiträge mehr in die Rüstungs- oder in die Erdölindustrie investieren möchten. Der Pensionsfonds soll vielmehr verstärkt in die regionale Wirtschaft, also auch über die Grenzen des Landes hinaus, investieren. Ein größerer Anteil der Pensionsreserven wollen wir in erschwinglichen öffentlichen Wohnraum investieren. Eine andere Priorität für zukünftige Investitionen sehen wir bei der Energiewende, sei es für den Ausbau der erneuerbaren Produktionskapazitäten oder für Investitionen in die Energieeffizienz von Haushalten, öffentlichen Gebäuden und Betrieben. Wir sind der Ansicht, dass unser solidarisches Pensionssystem in erster Linie über Investitionen in eine sozial und ökologisch lebenswerte Zukunft nachhaltig abgesichert werden kann.

FOKUS. Überall dort, wo sie nicht nur gewinnbringend, sondern auch transformativ eingesetzt werden können. Zu diesem Zeitpunkt sollte man sich ernsthaft damit beschäftigen, ob der Fonds nicht einen hilfreichen Beitrag bei der Finanzierung einer Bauoffensive leisten könnte.

KPL Die KPL ist grundsätzlich dagegen, dass die Einlagen des Pensionsfonds, die den Versicherten gehören und nicht dem Staat oder den Fondsverwaltern, in Aktien und Wertpapiere „investiert“ werden. Die Spekulation birgt große Risiken, und auch die Gewinne, die über den Kauf von Aktien und Wertpapieren erzielt werden, stammen generell von der Ausbeutung der Lohnabhängigen. Die KPL ist der Ansicht, dass die Reserven, sofern sie die gesetzliche Mindesthöhe überschreiten, zum Wohl der Rentner eingesetzt werden sollen, zum Beispiel bei der Finanzierung von Altenwohnungen und öffentlichen Pflegeheimen.

PIRATEN Die Piraten wollen eine gewinnbringende und nachhaltige Anlage der Pensionskasse. Dies ist bereits heute möglich. Der Index MSCI World, an dem sich der Pensionsfonds heute orientiert, schneidet tatsächlich schlechter ab als der MSCI World Paris Aligned, der in Unternehmen und Produkte investiert, die dem 1,5°C-Ziel entsprechen. Damit belegen Dokumente des MSCI, dass der Index MSCI World, in den wir jetzt investieren, seit 2013 weniger profitabel ist als der MSCI World Paris Aligned - 8,76 % gegenüber 7,98 % im Durchschnitt pro Jahr.

Wir Piraten fordern, dass auch die Pensionskasse ihrer Rolle bei der Investition in den öffentlichen Wohnungsbau gerecht wird, damit sie nicht nur eine Rendite über die Immobilienpreise erzielt, sondern auch den Menschen im Land ein Dach über dem Kopf bietet.

Würde sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung bereit erklären, gemeinsam mit der CGFP über die Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst zu verhandeln?

LSAP Die Absicherung der Pensionen im öffentlichen Dienst ist für die LSAP prioritär. Vor definitiven und verbindlichen Aussagen im Zusammenhang mit der Frage nach einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst bräuchte es mehr Informationen und Details über die Vorstellungen der CGFP. Erwägt die CGFP beispielsweise ein allgemeines Rentenregime, in dem alle Bedingungen vergleichbar sind?

DP In den vergangenen Jahren wurde mehrfach über die Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst diskutiert. Bisher hat jedoch keine Regierung konkrete Schritte zur Umsetzung unternommen. Dies lässt sich auch damit erklären, dass das bestehende Pensionssystem für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst angemessen ist. Zukünftige Verhandlungen und Gespräche hängen immer vom aktuellen Kontext ab, und es wäre voreilig, den fortführenden Gesprächen vorzugreifen.

gröng Ja, dies kann natürlich Gegenstand sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen sein.

CSV Die CSV ist bereit, über eine Zusatzpension im öffentlichen Dienst zu verhandeln.

adr Jo, am Kader vun enger Gesamtreform vum Pensounswiesen, wou mir all Méiglechkeete müssen a Betruecht zéien, fir de Pensounssystem laangfristig ze sécheren. Dobäi muss dann och eng allgemeng Gerechtegkeet téscht dem éffentlechen a private Sektor respektéiert ginn.



déi Lénk Wir stehen generell immer für Verhandlungen mit den Gewerkschaften zur Verfügung.

FOKUS. Man kann grundsätzlich über alles diskutieren, auch über Zusatzpensionen – allerdings stehen kapitalgedeckte Zusatzpensionsregime nicht im Ruf, mit einem öffentlich-rechtlichen Besoldungsregime besonders vereinbar zu sein. Das kann man zu gegebenem Zeitpunkt alles diskutieren.

KPL Ja
PIRATEN Die Piraten sind immer offen für den Dialog. Wir sind der Meinung, dass das System der Zusatzpensionen generell überarbeitet werden sollte, um diese attraktiver für die Versicherten zu gestalten.

Erwägt Ihre Partei, Gratis-Sachleistungen, die von der jetzigen Regierung beschlossen wurden, rückgängig zu machen. Falls ja, welche?

LSAP Nein. Allerdings möchte die LSAP zusätzliche Regeln für die gratis Kinderbetreuung einführen, z.B. sollten wir Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind, den Vortritt bei der Platzvergabe sichern und zum Wohl der Kinder eine maximale Betreuungsdauer festlegen. Eltern sollten während ihres Urlaubs ihre Kinder nur sehr begrenzt in die Betreuung geben können. In diesem Zusammenhang ist auch zu betonen, dass der Staat verpflichtet ist, für ausreichende Betreuungs- und Nachhilfepplätze zu sorgen sowie hohe Qualitätsstandards bei allen Sachleistungen zu gewährleisten.

DP Nein.

gröng Nein.

CSV Nein. Die CSV wird jedoch in Zukunft gerechter und effizienter haushalten.

adr Eis Prioritéit ass déi, fir de Budget an d'Gläichgewicht ze bréngen ouni d'Leit ze beläschten. Wéi wäit mir dat kënne maachen, hängt natierlech vun der budgetärer an ekonomescher Situatioun of. Well mir d'Verschëldung wëllen ofbauen, géife mir fir d'éischt all eenzele Posten am Budget iwwerpräiwen. Eis éischt

Prioritéit hei ass aus enger Gesamtverantwortung heraus déi, datt mir de Budget an d'Gläichgewicht bréngen. Et gëtt dobäi vill Posten, déi ee ka kierzen, ouni datt dat zu Laaschte vun de Leit geet.

déi Lénk Gratis-Sachleistungen sind in unseren Augen Teil eines größeren Ganzen, nämlich der öffentlichen Daseinsfürsorge, dessen Finanzierung von der gesamten Gesellschaft getragen wird. Inwiefern diese als gratis bezeichnet werden können, stellen wir dabei infrage. Denn die Infrastruktur und die Menschen, die diese Daseinsvorsorge verrichten, müssen ja finanziert werden. Solange der Zugang zu diesen Sachleistungen auf nachvollziehbaren Kriterien beruht, die Sachleistungen Teil einer öffentlichen und solidarischen Daseinsvorsorge sind, die Angestellten gut bezahlt werden und die Finanzierung durch die Allgemeinheit gerechter als zurzeit gewährleistet wird, unterstützen déi Lénk diese Herangehensweise (bspw. im öffentlichen Transport oder bei der Kinderbetreuung).

FOKUS. Rückgängig nicht – aber sinnvoller. Bei der Kinderbetreuung beispielsweise können wir uns ein Modell vorstellen, in dem beide Eltern nur 80 % ihrer üblichen Zeit arbeiten – bei vollem, auch öffentlich kompensiertem Lohnausgleich – und ihnen im Gegenzug keine vollumfängliche „Gratisbetreuung“ zur Verfügung steht. Diese würde nur für jene Haushalte bestehen bleiben, die wirklich darauf angewiesen sind. Das Modell würde auch dem Wunsch vieler junger Eltern entsprechen, mehr Zeit mit ihren Kindern zur Verfügung zu haben.

Beim öffentlichen Transport würde sich eine „Wiederherstellung“ eines ohnehin lächerlich billigen Ticketpreises nicht lohnen – dieser Preis machte weniger als 10 % (!) der Gesamtkosten des ÖT aus. Die kostenlose Nutzung des ÖT scheint uns im Gegenteil ein sinnvoller Beitrag dazu zu sein, dass er konsequenter genutzt wird.

KPL Die KPL denkt nicht daran, Gratis-Sachleistungen rückgängig zu machen.

PIRATEN Die Piratenpartei würde eine „Cost-Benefit“-Analyse in Auftrag geben, um so feststellen zu können, ob die Sachleistungen durch gezieltere soziale Lösungen abgelöst werden könnten. Generell stehen die Piraten für Eigenverantwortung und für weniger Bevormundung durch den Staat.



Bildung

Die sich dem Ende zuneigende Legislaturperiode war nicht von wesentlichen Reformen im Bildungswesen geprägt. Angesichts des multikulturellen Umfelds steht jedoch die Schulpolitik mehr denn je vor einem Umbruch.

Worauf will Ihre Partei den Schwerpunkt in der Bildungspolitik legen?

LSAP Die LSAP legt in der Bildungspolitik den Schwerpunkt auf die Chancengerechtigkeit und Orientierung. Unser Bildungssystem muss Chancengerechtigkeit schaffen und jedem Kind den Bildungsweg garantieren, der zu ihm passt. Deshalb will die LSAP der Orientierung einen neuen Stellenwert geben. Schülerinnen und Schüler müssen wissen, welche Perspektiven, Übertrittsmöglichkeiten und Sektionen ihnen die jeweiligen Sekundarschulen bieten. Die LSAP will Schulprogramme entschlacken, den Sprachenunterricht der Realität anpassen und gesellschaftlich relevante Themen wie Medienerziehung, Klimawandel oder (mentale) Gesundheit stärker in den Fokus rücken. Die Erfahrung des Lehr- und Erziehungspersonals muss auch wieder wertgeschätzt werden.

DP Die DP stellt die individuellen Bedürfnisse und Talente der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Die DP wird das Netz an öffentlichen internationalen Schulen weiter ausbauen. Weitere Schulen sollen in Düdelingen, Schifflingen und Esch/Alzette hinzukommen. Ein weiteres Angebot im Einzugsgebiet der Stadt Luxemburg wird geprüft. Dadurch soll verhindert werden, dass dieser Bereich von den Privatschulen übernommen wird, wie dies noch vor 2013 der Fall war. Ein Pilotprojekt zur alternativen Alphabetisierung in Deutsch und Französisch ermöglicht eine bessere Anpassung an die vielfältige Schülerbevölkerung in der Grundschule. Die DP wird diese Maßnahmen fortsetzen und ausbauen. Zusätzliche Ressourcen werden Kindern mit spezifischen

Bedürfnissen zugewiesen, indem jede Schule einen A-EBS* erhält, der sie bei der täglichen Betreuung unterstützt. Neben der Wissensvermittlung werden auch die ganzheitliche Entwicklung und das Wohlbefinden der Schüler gefördert. Wir werden zudem die Lehrpläne modernisieren.

gröng Die wichtigste Aufgabe im Bereich der Bildungspolitik ist unserer Ansicht nach die Beseitigung der wachsenden Ungerechtigkeiten in unserem Bildungssystem. Wir wollen dieses ganzheitlich weiterentwickeln, um seine Leistungsfähigkeit und die Chancengerechtigkeit vor dem Hintergrund der wachsenden Diversität unserer Bevölkerung zu erhalten. Wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gestaltung der entsprechenden Veränderungen sind unserer Ansicht nach die rechtzeitige und transparente Einbindung der gesamten Bildungsgemeinschaft, ein gut geschultes und unter guten Bedingungen arbeitendes Personal sowie die Orientierung am Kindeswohl als oberster Maßstab aller Entscheidungen. Nur mit einem inklusiven öffentlichen Bildungssystem können wir als Gesellschaft langfristig die Herausforderungen unserer Zeit meistern: die wachsenden Ungleichheiten, der digitale Wandel oder die Klima- und Biodiversitätskrise.

CSV Die CSV will ein chancengerechtes und starkes öffentliches Bildungssystem. Jedes Kind soll darin seinen Platz finden und optimal auf die Zukunft vorbereitet werden. Ungeachtet seiner Herkunft. Unsere Schwerpunkte: Schulpolitik im Dialog; „klassische“ öffentliche Schulen stärken; lehrerberuf attraktiver gestalten; organisation der Grundschulen verbessern (Direktion – professionalisierte Schulkomitees, administratives Personal, multidisziplinäre „équipes psychosociales“); reform des Sprachenunterrichts in „klassischen öffentlichen“ Schulen statt dem Ausbau einer Parallel-Schulwelt; anpassung der Programme, Methodik, Evaluierung für bessere Förderung der Kompetenzen des 21. Jh.; verbesserte Orientierung; unterstufe des „secondaire général“ anpassen; sektionen im klassischen Sekundarunterricht aufbrechen mit klaren Rahmenbedingungen statt Sektionen zu vervielfältigen; berufsausbildung stärken; besseres Schulklima: konsequenter gegen Mobbing und Gewalt vorgehen und die Prävention stärken.

adr D'ADR wëll d'Schoul zeréckbréngen zum Wesentlechen, hiren Haaptaufgaben, d'Bildung an d'Ausbildung. Mir wëllen den Niveau fërderen an den „Nivellement vers le bas“ stoppen. Dat betrëfft besonnesch déi niddereg Klassen am Technique (enseignement général). Allgemeng soll d'Leeschtung erëm am Vierdergrond stoen an d'Schüler solle Grondwëssen, Leeschtungsbereitschaft, Fläiss an Disziplin léieren. De Schoulsystem muss zeréck zu engem eenheetleche System mat Zensuren, déi iwweersiichtlech an einfach ze verstoe sinn, mat klorem a liicht verständlechem Punktesystem op 60 Punkten. Mir brauchen nees en objektiven Opnamexame fir an de Lycée an eng Orientéierung mat klaren Krittären, déi Elteren a Schüler verstinn. D'Roll an d'Autonomie vum Léierpersonal solle gestärkt ginn. Si hu vill Autoritéit verluer a krute vill Autonomie geholl. Wat d'Schoul ugeet, weess d'Léierpersonal awer am beschte Bescheed an ass am beschten ausgebild, ass motivéiert an engagéiert. Hinne muss nees vertraut ginn.

déi Lénk Wir legen den Schwerpunkt auf den Kampf gegen die schulischen Ungleichheiten und die Diskriminierungen aufgrund der sozialen Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Vor allem den Kindern und Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten müssen die bestmöglichen Lernbedingungen geboten werden. Das erfordert ebenfalls eine ganz neue Auffassung des Unterrichts und der Orientierungsprozesse. déi Lénk wollen die Gesamtschule einführen und das Konzept einer „Schule für alle“ entwickeln, die auf dem „gemeinsamen Stamm“ aufbaut. Im Rahmen dieser Schule lernen alle zusammen vom ersten Zyklus bis zum Ende der Schulpflicht ohne Aufteilung nach Leistungsfähigkeit.

WALK THE MILE

DISCOVER THE DIVERSITY OF LUXEMBOURG'S MUSEUMS WITHIN A SHORT DISTANCE

WWW.MUSEUMSMILE.LU

MUDAM LUXEMBOURG
MUSÉE D'ART MODERNE
GRAND-DUC JEAN

MUSÉE DRÄI EECHELEN
FORTERESSE,
HISTOIRE, IDENTITÉS

VILLA VAUBAN
MUSÉE D'ART DE LA VILLE
DE LUXEMBOURG

NATIONALMUSÉE
UM FËSCHMAART

LËTZEBOURG
CITY MUSEUM

MUSÉE NATIONAL
D'HISTOIRE NATURELLE
'NATUR MUSÉE'

CASINO LUXEMBOURG
FORUM D'ART
CONTEMPORAIN

Av. John F. Kennedy

Rue des Trois-Glands

Avenue Émile Reuter

Rue Wiltheim

Rue Sigefroi

Rue de Trèves

Rue Notre Dame

Bvd. Prince Henri

Bvd Franklin Delano Roosevelt

Rue du St Esprit

Rue Munster

MUSEUMSMILE

LUXEMBOURG

FOKUS. Darauf, dass mehr Bildung stattfindet und weniger „Entertainment“. LehrerInnen wollen unterrichten, nicht unterhalten. FOKUS will eine groß angelegte Bildungsdebatte in der kommenden Legislaturperiode, an deren Ende eine Reform stehen soll, die dann auch zehn Jahre Bestand haben kann.

KPL Die KPL fordert mittels der Einführung eines umfassenden, durchdachten sowie kostenfreien Angebots an Förderkursen eine bessere Betreuung v.a. von Kindern aus einkommensschwachen Familien. Das von Fachkräften getragene Stützkursystem in den Grund- und Sekundarschulen soll jedem Schüler offen stehen. Diese Maßnahme erfordert eine Erhöhung des Bildungsbudgets um 30 %. Der Einstellung von mehr Lehr- und Erziehungspersonal sowie der Einrichtung von Betreuungsstrukturen sollte oberste Priorität eingeräumt werden. Auf diesem Wege können insbesondere Arbeiter- und Migrantenkinder besser integriert und schneller an das erforderliche Schulniveau herangeführt werden. Die Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg lässt sich so verringern. Anstatt die finanziellen Ressourcen an große Konzerne zu vergeben, statt staatliche Gelder in den Militärapparat zu pumpen, ist es Aufgabe der Regierung, in eine Schule der Chancengleichheit und der sozial gerechten Ausbildung zu investieren.

PIRATEN Im Fokus der Bildungspolitik müssen immer die Schüler:innen stehen. Eine gute Schule muss den Kindern gerecht werden und nicht umgekehrt. Dies ist nur möglich, wenn man gut ausgebildetes Personal und passende Infrastrukturen hat. Wir brauchen Klassenräume, die Inklusion begünstigen, und Personal, das vor allem mit den Kindern und Jugendlichen arbeitet, anstatt wachsenden administrativen Aufgaben mit geringem Impact nachzugehen.

Nach wie vor gibt es einen Mangel an fertig ausgebildeten Lehrern. Wie gedenkt Ihre Partei, diese Engpässe bei den diplomierten Lehrkräften zu überwinden?

LSAP Um den Mangel an Grundschullehrkräften langfristig zu überwinden, müssen die Ursachen bekämpft werden. Die Attraktivität des Berufs und die Ausbildung des Personals müssen verbessert werden.

Lehrkräfte müssen vom administrativen Aufwand entlastet werden. Außerdem will die LSAP den Lehrkräften multidisziplinäre Teams zur Seite stellen, die präventiv und reaktiv auf Probleme von Schülerinnen und Schülern eingehen. Die LSAP will die Anzahl an Studienplätzen im BSCE** erhöhen. Der BSCE muss überarbeitet werden, da heute zahlreiche Kandidaten lediglich mit einer „admission conditionelle“ zum Studiengang zugelassen werden. Übergangslösungen müssen Qualitätsstandards erfüllen, um eine hochwertige Ausbildung der Ausbilder zu sichern. Die LSAP hinterfragt, ob die BFP***-Studierenden innerhalb eines einzigen Jahres ausreichend auf den Berufsalltag vorbereitet werden und die nötige Praxiserfahrung bekommen. Die Opportunität, Grundschullehrkräfte zukünftig mit einem Masterabschluss zu rekrutieren, gilt es zu prüfen.

DP Luxemburg leidet unter einem allgemeinen Fachkräftemangel, der weit über den Bereich der Bildung hinaus geht. Die DP hat dazu beigetragen, dass die Anzahl an Lehrern auf Bachelorniveau weiter erhöht wurde und auch den Grundschulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. In diesem Jahr haben 369 Kandidaten ihr Interesse am BSCE** bekundet. Das Interesse am Lehrerberuf ist nach wie vor groß. Die DP wird den BSCE-Studiengang weiter stärken. Zudem sollen die Zugangskriterien gemeinsam mit der Universität überarbeitet und weitere Hilfestellungen für Studenten mit schulrelevanten Schwächen angeboten werden, ohne dass die Qualität der Ausbildung darunter leiden soll.

Ab 2024 werden drei neue Masterstudiengänge im Bereich des Schulmanagements, der inklusiven Bildung und der Unterrichtsentwicklung eingeführt. Bereits heute werden spezialisierte Lehrer (I-EBS, IDS und ICN) auf Masterniveau eingestellt. In Zukunft werden sukzessive neue Funktionen hinzukommen.

grëng Indem es unsere Kinder in ihrer Entwicklung zum Erwachsenen begleitet, nimmt das Lehrpersonal einen zentralen Platz in unserer Gesellschaft ein und muss entsprechend gewürdigt werden. Attraktive Arbeitsbedingungen, Wertschätzung am Arbeitsplatz und im gesellschaftlichen Umfeld sowie ein Abbau der administrativen Hürden im Arbeitsalltag sind

zentrale Punkte, an denen wir als Partei ansetzen wollen, um dem akuten Personalmangel im Luxemburger Bildungswesen zu begegnen.

Um die Attraktivität des Lehrer*innen-Berufs langfristig zu steigern, wollen wir im Rahmen eines Bildungstischs auch die Anhebung der entsprechenden Laufbahn auf Masterebene diskutieren, mitsamt einer Anpassung der Ausbildungswege. Dieses auch von gewerkschaftlicher Seite unterstützte Modell würde den Zugang zum Beruf für eine größere Anzahl von Kandidat*innen interessant machen und gleichzeitig eine fundierte pädagogische Ausbildung ermöglichen.

CSV Für die CSV steht und fällt die Qualität des Unterrichts mit dem Lehrer. Luxemburg benötigt fachlich und pädagogisch ausgezeichnete Lehrkräfte. Und davon genug! Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Lehrerberuf wieder attraktiver werden. Wir verschliessen uns nicht der Diskussion über die Masterausbildung bei den Grundschullehrern.

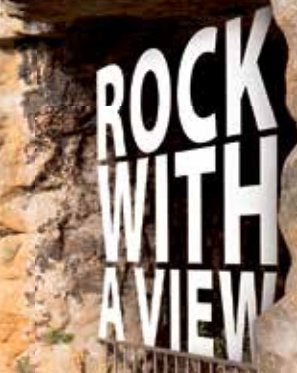
Dafür will die CSV u.a.: Gezielte Sensibilisierungskampagnen an Gymnasien für den Beruf des Grundschullehrers durchführen; einen Vorbereitungslehrgang in Richtung der pädagogischen Berufe in der Oberstufe des Gymnasiums anbieten; mehr Ausbildungsplätze an der Universität Luxemburg anbieten und der Universität die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, anstatt nur das Quereinsteiger-Modell zu verallgemeinern; grundsätzliche Diskussion über Profil und Ausbildung des Grundschullehrers statt Verallgemeinerung des Quereinsteiger-Modells; mehr Platz für Wissensvermittlung schaffen (administratives Personal in der Schule; andere Schulleitung; mehr psycho-soziales Personal direkt in der Schule).

adr Vill Enseignantë hunn eng Deelzäittäche, well si eng Entlaaschtung brauchen. Si kënnen sech net méi op dat Wesentlecht konzentréieren, och duerch den héijen administrativen Opwand an eng ëmmer méi grouss Unzuel vu Kanner mat spezifische Besoinen. D'Penurie beim Léierpersonal ass e grouss Problem an ëmmer manner Leit gesinn eng Perspektiv am Beruff. Duerch d'Bevölkerungsexplosioun a schlecht politesch

* A-EBS: Einführung eines Assistenten für Kinder mit spezifischem Förderbedarf
** Bachelor of Science in Education
*** Bachelor en Formation Pédagogique



LUXEMBOURG CITY
UNDERGROUND



ROCK WITH A VIEW

THE BOCK CASEMATES

DISCOVER EUROPE'S MOST BEAUTIFUL ROCKTOP

Tickets

luxembourg-city.com

Bock Casemates – Montée de Clausen

Luxembourg City Tourist Office – Place Guillaume II



BONJOUR LJUBLJANA!

DÉCOUVREZ L'EFFERVESCENTE CAPITALE DE SLOVÉNIE

LUXEMBOURG LJUBLJANA

2 VOLS DIRECTS PAR SEMAINE
À PARTIR DU 14 SEPTEMBRE*

Réservez maintenant en agence de voyages, dans votre Luxair Travel Store ou sur luxair.lu

NOUVEAU

*Détails et conditions disponibles sur luxair.lu, en agence de voyage, ou dans votre Luxair Travel Store.







Visitt Mine & Grouwebunn



Fir individuell Visiteuren
vun Abrëll bis Juni an
am September:
vun Donneschdes bis Sonndes

am Juli an August:
vun Dëschdes bis Sonndes

Departe: 14:30, 15:30, 16:30

Detailléiert informatiounen:
www.mnm.lu



Entscheidung kënne mir an noer Zukunft net op Quereinsteiger verzichten.

De Beruff vum Enseignant muss nees méi attraktiv ginn, fir datt mir méi Personal kréien. D'ADR gesäit Folgendes vir: den Asaz vum E-Bichelchen an aner iwwerflësseg technesch Contraintë gi reduzéiert an net méi obligatoresch; all Primärschoul kritt e Sekretariat, fir d'Enseignanten ze entlaaschten; an all Schoul/Lycée gëtt der Direktioun eng „Task force“ fir Gewaltpreventioun ugegliddert; d'Ausbildung an déi rechtlech Viraussetzung ginn ugepasst, fir dem Léierpersonal déi néideg pedagogesch Autoritéit ze ginn.

déi Lénk Nur eine Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals kann etwas gegen diese Engpässe bewirken. Außerdem sorgt die zunehmende Bürokratisierung des Schulsystems für eine unnötige Arbeitslast für die Lehrkräfte. Diese brauchen dringend Unterstützung im Klassensaal.

déi Lénk fordern die Eingliederung der Ressourcen und Kompetenzen der differenzierten Erziehung (EDIFF), des Instituts für Schüler*innen mit besonderen Bedürfnissen (IEBS), der Unterstützungsteams für Schüler*innen mit besonderen erzieherischen Bedürfnissen (ESEB) sowie der Kompetenzzentren in spezialisierter Psychopädagogik in den Schulbetrieb.

FOKUS: Lehrkräfte sind nicht für die Erziehung zuständig, die Kinder nicht mehr anderswo erhalten, sondern für die Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, die Förderung von Talenten und das Überwinden von Schwächen. Sie sind Lehrer/innen, nicht Erzieher/innen. FOKUS will mit der Lehrerschaft zusammen ein Schulmodell entwickeln, in dem die Lehrkräfte Lust haben, sich zu engagieren, weil sie auch ein sinnvolles Resultat erkennen können.

KPL Die KPL warnt angesichts des Bevölkerungswachstums seit Jahrzehnten vor dem Lehrermangel. Im Programm zu den Parlamentswahlen im Jahr 2009 wurde z.B. die massive Aufstockung des Lehrerkontingents seitens der KPL gefordert. Anstatt das Schulsystem an allen Fronten zu privatisieren (Schulautonomie, Digitalisierung), hätte der Minister zu Beginn seiner Amtszeit dieses Problem angehen müssen.

Folgende Maßnahmen schlägt die KPL vor: Abschaffung administrativer Belastungen und Wasserköpfe, Aufstellung eines flexiblen Zehnjahresplans betreffend die Lehrerrekutierung (ohne Rücksicht auf die Kosten, denn diese darf bei der Bildungsfrage keine allzu große Rolle spielen), Werbekampagnen an den Sekundarschulen, Aufwertung des Berufs durch die Bewilligung gewerkschaftlicher Forderungen, positive mediale Vermittlung des wichtigen gesellschaftlichen Auftrags des Lehrers im Rahmen des kindlichen Reifeprozesses und beim Aufbau einer sogenannten „Wissensgesellschaft“.

PIRATEN Immer mehr Kinder, die konkrete Hilfe benötigen, diese aber nicht erhalten, Personalmangel und zunehmende Verwaltungsaufgaben bringen viele Lehrkräfte an ihre Grenzen. Dies schreckt die Bewerber natürlich ab. Die Attraktivität des Berufs kann daher nur durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gesteigert werden. Wir brauchen mehr Arbeit vor Ort und weniger auf dem Papier; mehr Personen in Ausbildung und mehr ausgeschriebene Ausbildungsplätze. Gleichzeitig ist es auch wichtig, die Ausbildung wirklich all jenen zugänglich zu machen, die trotz der neuen Herausforderungen Interesse am Beruf haben. Derzeit ist es z.B. für eine Person, die sich für die Ausbildung interessieren würde, nicht möglich, den theoretischen Teil der Ausbildung in Form von Abendkursen oder Blockkursen am Wochenende zu absolvieren. Anstatt Quereinsteigerprogramme anzubieten, bei denen die Ausbildung verkürzt wird, wäre es besser, Abend-/Blockkurse anzubieten, die den gesamten theoretischen Studieninhalt abdecken.

Nach Meinung der CGFP leistet die Dreisprachigkeit im luxemburgischen Schulsystem einen wertvollen Beitrag zur Integration und zum sozialen Zusammenhalt. In der jüngsten Vergangenheit wurden jedoch zunehmend internationale Schulen eröffnet, die nur noch den Schwerpunkt auf eine der drei Amtssprachen setzen und zudem das öffentliche Schulsystem untergraben? Ist Ihre Partei gewillt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

LSAP Die Einführung der öffentlichen Europaschulen ist die Antwort auf ein bedeutendes Bedürfnis der heutigen Gesellschaft unseres Landes. Für viele Kinder und Jugendliche stellen die sprachlichen Anforderungen des luxemburgischen Schulsystems eine große Hürde in ihrer schulischen Laufbahn dar. Die sprach-



lichen Anforderungen in der Grundschule und im Sekundarunterricht müssen der Realität angepasst werden. Die LSAP setzt sich im Sinne der Chancengerechtigkeit für ein Zusammenführen der öffentlichen Europaschulen und der öffentlichen Regelschule ein. Gleichzeitig setzt die LSAP auf die luxemburgische Sprache als Medium der Integration und des sozialen Zusammenhalts.

DP In den eingeführten europäischen Klassen ist Luxemburgisch ein obligatorischer Bestandteil des Lehrplans. Die von der DP eingeleitete Diversifizierung des öffentlichen Schulangebots soll auch in der kommenden Legislaturperiode weitergeführt werden. Wir brauchen Schulen, die so vielfältig sind wie die Talente und die Bedürfnisse unserer Schüler. Angesichts der zunehmenden Heterogenität unserer Schüler sollen die Schulen auch in Zukunft unterstützt werden, um ein eigenes Profil auszuarbeiten und sich den lokalen, soziokulturellen und sprachlichen Gegebenheiten ihrer Schüler anzupassen. Nur so hat jeder Schüler eine faire Chance auf eine gute Qualifikation und einen guten Abschluss. Die Diversifizierung stärkt die öffentliche Schule. Wir werden das Angebot an öffentlichen internationalen Schulen weiter ausbauen, ohne dabei die Modernisierung und Qualität des regulären Schulsystems zu vernachlässigen.

gröng Wir haben die Schaffung der öffentlichen internationalen Schulen aus zwei Gründen mitgetragen. Erstens, weil es sich dabei um öffentliche Schulen handelt, die allen Schüler*innen kostenfrei zugänglich sind. Und zweitens, weil es uns große Sorgen bereitet, dass sich das traditionelle Luxemburger Schulmodell immer schwerer tut, die Chancengerechtigkeit und die Entwicklung der (Sprach-)Kompetenzen zu gewährleisten. Die bestehenden internationalen Schulen wollen wir unabhängig evaluieren lassen und dabei einen besonderen Fokus legen auf die Kompetenzen der Schüler*innen, die Inklusivität dieses Modells mitsamt dem Aspekt der sozialen Vielfalt sowie die Einstellungs- und Arbeitsbedingungen des Personals. Durch die Weiterentwicklung sowohl des internationalen als auch des traditionellen Schulmodells wollen wir längerfristig auf eine Annäherung der beiden hinarbeiten, um so dem Risiko einer Zersplitterung der öffentlichen Bildungslandschaft vorzubeugen.

CSV Die CSV will die schulische Parallelwelt, die neben dem normalen öffentlichen Bildungssystem entstanden ist, nicht weiter ausbauen.

Stattdessen sollen die klassischen öffentlichen Schulen gestärkt werden, u.a. durch eine globale Reform des Sprachenunterrichts: vom Cycle 1 in der Grundschule bis zur Abschlussklasse im „Enseignement secondaire“. Der Reformgedanke fußt auf folgenden Grundideen: Anpassung der Programme, Methodik, Evaluierung; mehr Flexibilität durch ein vielseitigeres Angebot; mehr Wahlmöglichkeiten für die Schüler.

adr D'Schoul ass de wichtegsten Acteur fir Integratioun a sozial Kohäsion a Garant fir d'Lëtzebuurger Sprooch an d'Méisproochegkeet. Grad an engem Land wéi Lëtzebuerg, wou esou vill Ausländer liewen, ass déi gemeinsam öffentliche Schoul immens wichteg fir de sozialen Zesummenhalt, d'Integratioun an d'Chancëgläichheet. International Schoule bedeite Segregatioun an Ongerechtegkeet. Dofir wëlle mir déi kläresch öffentliche Schoul stäerken a si als dat dohistellen, wat si ass: en Erfollegsmoedell, deen Integratioun an Zesummenhalt garantéiert, eng

gutt Bildung férdert, an dat mat guddem, motivéiertem Léierpersonal.

Fir datt d'öffentlech Schoul eng Plaz ass, wou eis Gesellschaft zesumme fënnt, sollen all d'Kanner gemeinsam an de Klasse vun der öffentlecher Schoul sinn. Si solle gemeinsam Erfahrung maachen an austauschen, an och ee vun deem aneren zesumme léieren. Aner Schoulmoedeller sollen op Ausname begrenzt sinn, z.B. fir Leit, déi just eng kuerz Zäit am Land sinn.

déi Lénk Ja, déi Lénk sind gegen die Fortentwicklung eines parallelen Schulsystems, welches auf keinerlei wissenschaftlicher Bewertung basiert. Gleichzeitig steigt mit dieser Entwicklung das Privatisierungsrisiko des öffentlichen Schulsystems, das immer mehr mit den „International Schools“ in Konkurrenz gerät.

FOKUS: Ja. Unser Wahlprogramm beinhaltet das eindeutige Bekenntnis zur luxemburgischen öffentlichen Schule, die eine wertvolle Integrationsleistung liefert und mehrsprachig ausgerichtet ist. Alle anderen Einrichtungen können dieses Angebot ergänzen, dürfen es allerdings unter keinen Umständen irgendwann ersetzen. Dass in einer Gesellschaft wie der unsrigen mit Tausenden von Gebietsansässigen, die hier nur ein paar Jahre verbringen, der Bedarf an internationalen Schulen besteht, steht völlig außer Frage. Dass Kinder, die hier geboren wurden und voraussehbar ihr Leben hier verbringen werden, in eine öffentliche luxemburgische Schule gehen sollen, erscheint uns ebenfalls selbstverständlich.

KPL Es handelt sich um Parallelstrukturen, die unser Schulsystem kabbalisieren. Zwischen den Schulen sind Konkurrenzkämpfe entfacht, die einer kapitalistischen Werbeschlacht ähneln. Die Zerfaserung des Bildungssystems durch die Implementierung internationaler Schulen muss beendet werden. Sie führt zu einer weiteren Zersplitterung der Gesellschaft. Die Dreisprachigkeit muss bewahrt werden. Kindern sollte die nötige Unterstützung geboten werden, indem der Spracherwerb u.a. in den Betreuungsstrukturen intensiviert und verbessert wird. In den Zyklen 1 und 2 müssen Luxemburgisch sowie Deutsch und Französisch spezifisch erlernt und gefördert werden, damit die Schüler am Anfang des Zyklus 3 wieder zusammengeführt werden können. Eine solche Harmonisierung wird das Luxemburger Bildungssystem stärken. Im Sekundarschulbereich muss ein von Lehrkräften getragenes Förderkursystem etabliert werden, so dass schwächere Schüler an das erforderliche Niveau herangeführt werden können.

PIRATEN Ein gutes Schulsystem sollte dazu beitragen, Kinder mit unterschiedlichen Hintergründen und Fähigkeiten zusammenzubringen – und junge Menschen nicht von klein auf in verschiedene Gruppen zu trennen. Eine multikulturelle Gesellschaft, in der es wirklich zu einem Austausch zwischen den Menschen kommt, braucht Schulen, die diesen Austausch schon in jungen Jahren fördern. Bei zwei parallellaufenden Schulmodellen ist das nicht so einfach. Langfristig sollte das Ziel sein, auch innerhalb der traditionellen Schulen Alphabetisierungen in mehr als nur einer Sprache und auch Kurse in verschiedenen Unterrichtssprachen anzubieten. Es soll nicht darauf ankommen, in welcher Reihenfolge man die Sprachen lernt und mit welcher Sprache man eingeschult wird, sondern nur darauf, dass man sie am Ende einer Schullaufbahn so gut wie möglich beherrscht. So könnten wieder mehr Kinder gemeinsam unter einem Dach lernen und eine Spaltung des Schulsystems (und damit auch eines Teils der Gesellschaft) würde vermieden.



LUX VOYAGES



Chamäleon
Die Reise Ihres Lebens.

Reise nach Lappland

Sie möchten im Winter eine richtige Schneelandschaft entdecken? Dann nichts wie weg nach Lappland. In einer kleinen Reisegruppe fliegen Sie nach Umeå. Die Reiseleitung wird Sie beim ersten Abendessen schon mal mit einem Crashkurs mit dem Leben in der Arktis und Subarktis versorgen. In den folgenden Tagen werden Sie eine Husky- und eine Rentierfarm erleben, Polarlichter jagen, Elche aufspüren und das „Icehotel“ besuchen – eine aufregende Reise in die Kälte.

Reisepreis pro Person:

ab 4.399 € im Doppelzimmer, inklusive

- Linienflug mit Lufthansa und SAS ab Frankfurt nach Umeå und Rückflug ab Tromsø
- Die Rundreisen finden zwischen Mitte Dezember 2023 und Ende März 2024 statt
- 8 Übernachtungen in Hotels
- Fahrt mit dem Schnellkatamaran von Harstad nach Tromsø
- Besuch einer Huskyfarm inklusive Fahrt mit einem Hundeschlitten
- Besuch einer Rentierfarm in Malå
- Besuch des Ájtte-Museums in Jokkmokk
- Auf der Suche nach Elchen nahe Kiruna
- Besuch im „Icehotel“ in Jukkasjärvi
- Zu Fuß im Abisko-Nationalpark
- Deutschsprachige einheimische Reiseleitung

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Chamäleon-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu



Im Sekundarunterricht und in den Grundschulen werden jede Woche Tausende Überstunden geleistet. Seit Jahren werden diese Überstunden anhand eines Reduktionsfaktors von 36/52 vergütet. Ist Ihre Partei gewillt, diesen Berechnungsmodus abzuschaffen und die Entlohnung der Überstunden der von „normalen Stunden“ wenigstens gleichzusetzen?

LSAP Die LSAP ist bereit, den Berechnungsmodus für die Entlohnung von Überstunden zu überdenken und auf die Forderung nach einer angemessenen Vergütung einzugehen.

DP Wie die CGFP hervorhebt, wird diese Regel seit langer Zeit in der Sekundarschule angewandt und ist ein konstitutives Element der Karriere des Sekundarlehrers. Die Legalität dieser Bestimmung wurde noch kürzlich durch ein Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt. Eine „normale“ Vergütung von Überstunden gibt es im öffentlichen Dienst nicht, da es sogar unter den verschiedenen Ausbildungszweigen (Grundschule, Sekundarschule und Berufsausbildung) Unterschiede gibt. Die DP wird sämtliche Änderungen der Vergütung der Lehrkräfte, deren Karrieren und sonstigen Arbeitsbedingungen im Rahmen von Verhandlungen mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen diskutieren.

gréng Die Überstunden sowie deren Bezahlung gehören im Zusammenhang der generellen Arbeitsbedingungen zu den Themen, die wir im Rahmen eines breit angelegten Bildungstischs diskutieren wollen.

Grundsätzlich wollen sich déi gréng zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrer*innen-Berufes für einen Abbau des Personalmangels einsetzen. Somit soll die Zahl der Überstunden sowohl in den Grund- als auch in den Sekundarschulen reduziert werden.

CSV Die CSV wird eine Diskussion über die Bezahlung der geleisteten Überstunden führen.

adr Jo, mir si gewëllt dat ze maachen..

déi Lénk Ja.

FOKUS Im Prinzip soll eine gehaltene Stunde eine gehaltene Stunde sein, aber das Ganze muss eben finanzierbar bleiben. Wir sind uns des Problems klar bewusst und wollen es auch offensiv angehen.

KPL Auch Überstunden sind sogenannte „normale Stunden“. Diesen Berechnungsmodus gilt es sofort abzuschaffen. Diese Stunden müssen genauso wie andere Unterrichtsstunden vergütet werden.

PIRATEN Geleistete Arbeit muss auch entsprechend entlohnt werden. Die Piraten teilen die Einschätzung, dass Überstunden eine Ausnahme und nicht die Regel sein sollten und dass sie – falls sie vorkommen – auch mit einem erhöhten Korrektorkoeffizienten vergütet werden sollten.



Immer mehr Lehrkräfte möchten die Stunden, die sich auf ihrem Zeitsparkonto (CET) angesammelt haben, geltend machen. Aufgrund der herrschenden Personalengpässe wird jedoch ein Großteil dieser Anträge abgelehnt, womit die ursprüngliche Idee des CET ad absurdum geführt wird. Wie will Ihre Partei diesem Problem entgegenwirken?

LSAP Um dieses Problem langfristig zu lösen, ist es notwendig, den herrschenden Personalmangel zu beheben. Inzwischen muss von Fall zu Fall abgewogen werden, ob einem Antrag stattgegeben werden kann oder nicht.

DP Dieses Problem ist nicht spezifisch für den Bildungsbereich. Die DP wird deshalb für den gesamten öffentlichen Dienst eine Lösung suchen, bei der ein Gleichgewicht zwischen den Interessen des Agenten und jenen der Verwaltung gesucht wird. Die DP wird mit der CGFP eine Steuerungsgruppe einsetzen, um sich Fällen anzunehmen, bei denen die CET-Anfragen zum wiederholten Mal abgelehnt wurden.

gréng Die Schwierigkeiten bei der Geltendmachung der angesammelten Stunden entsprechen selbstverständlich nicht der Idee des CET und sind insofern längerfristig nicht hinnehmbar. Wie von Ihnen angedeutet sind diese jedoch vor allem eine Konsequenz der Personalengpässe im Bildungsbereich. Bei der Suche nach Lösungen wollen wir uns dementsprechend auf die Behebung dieses Personalmangels konzentrieren. Kurzfristige Änderungen bei den Regelungen des CET können wir uns nur vorstellen, wenn die Schulorganisation bzw. die Abdeckung aller zu leistenden Unterrichtseinheiten nicht in Gefahr gerät.

CSV Das System des Zeitsparkontos wird an die Praxis angepasst.

adr Et ass eng ganz schwierig Situatioun. Op där enger Säit steet dem Personal natierlech zou, déi Stonnen eranzehuelen. Op där anerer Säit muss den Unterrecht awer och garantéiert ginn. De Moment kënn mir dee Problem leider net léisen, et ass net realistesch. Dat wëlle mir och ganz éierlech soen.

déi Lénk Es gibt immer noch einen Großteil der Lehrkräfte mit dem ungesicherten Statut des „Chargé de Cours“. Allein eine Aufnahme der Lehrbeauftragten in die Staatsbeamtenlaufbahn würde sicherlich schon zu einem Personalzuwachs führen.

FOKUS Zeitsparkonten müssen nutzbar sein, sonst braucht man sie nicht. Allerdings scheint uns in der aktuellen Lage in den Schulen deren Umsetzung, wie sie in anderen Teilen der Verwaltung funktioniert, eben schwierig. Auch das muss in ein Paket von Erstmaßnahmen im Bildungswesen einfließen, das am Anfang der kommenden Legislaturperiode geschnürt werden soll.

KPL Das Anrecht auf eine Ausschöpfung des Zeitsparkontos muss gesetzlich verankert werden. Jedoch vermag man diesem Problem nur beizukommen, wenn die resolute Aufstockung des Lehrerkontingents innerhalb der nächsten zehn Jahre gelingt. Anstatt das Schulsystem an allen Fronten zu privatisieren und zu zersplittern (Schulautonomie, internationale Programme, Digitalisierung) hätte der Minister dieses Problem zu Beginn seiner Amtszeit angehen müssen. Nur so kann auch die Errungenschaft des CET adäquat in der Praxis umgesetzt werden.

PIRATEN Anstatt nicht einzuhaltende Versprechen zu machen, sollte das CET für das Lehrpersonal überarbeitet werden – und natürlich sollte die Einstellungs- und Beschäftigungspolitik so angepasst werden, dass es insgesamt deutlich weniger Überstunden gibt, die auf dem Zeitsparkonto gutgeschrieben werden müssen. Wenn es nicht möglich ist, angesammelte Stunden in Form von einigen Urlaubsstunden oder -tagen in Anspruch zu nehmen, muss das im Voraus klar kommuniziert werden. Alles andere verursacht nur Frustration. Die Interessen der Schüler:innen müssen jederzeit Priorität haben und kurze Urlaube stellen oft ein Problem dar, wenn es darum geht, die Kontinuität des Unterrichts zu garantieren. Überstunden sollten aber weiterhin angesammelt werden können, um sie zu einem späteren Zeitpunkt in Form eines längeren Urlaubs (über einige Wochen/Monate, z. B. nach der Elternzeit oder vor der Pensionierung etc.) geltend zu machen, da längere Abwesenheit leichter im Voraus geplant werden kann.

Wirtschaft und Wachstum

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds werden in Luxemburg nach wie vor jährlich mehr als 10.000 zusätzliche Arbeitsstellen geschaffen. Dieser rasante Wachstum stellt das Land vor große Herausforderungen.

Zur Finanzierung der Altersversorgung und des Sozialsystems muss die Anzahl der Beschäftigten weiter steigen. Dieser Zuwachs erfordert einen weiteren Ausbau der Infrastrukturen. Wie kann sich Luxemburg Ihrer Meinung nach aus dieser Wachstumsfalle befreien?

LSAP Die Wachstumsfrage stellt eine große Herausforderung dar und derzeit gibt es keine erfolgversprechende Alternative zum Wachstumsmodell. Der LSAP ist vor allem wichtig, dass die sozialen Ungleichheiten reduziert werden. Die LSAP steht deshalb dafür ein, dass sich das Land nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ entwickelt. Die Ausbildung und Ein-

stellung hoch qualifizierter Arbeitskräfte ermöglicht eine hochwertige Wirtschaftsleistung, die zeitgleich weniger Druck auf die Altersversorgung und das Sozialsystem ausübt. Zudem setzt sich die LSAP dafür ein, dass das gesamtgesellschaftliche System ressourcenschonender und resilienter wird, zum Beispiel über eine konsequente Umsetzung der Kreislaufwirtschaft sowie über die Förderung zukunftsorientierter Technologien.

DP Die DP wird sich bemühen, durch nachhaltiges Wachstum, angepasste Infrastrukturen sowie Innovation das Erfolgsmodell Luxemburg auf lange Dauer abzusichern. Produktivitätssteigerung ist ein wichtiger Hebel, um unser Wachstumsmodell qualitativ statt rein quantitativ zu gestalten. Für die DP dürfen Produktivitätszuwächse nicht auf Kosten sozialer Errungenschaften gehen, wie beispielsweise dem Indexmechanismus, sondern sie müssen durch das Ergreifen neuer Chancen entstehen. Diese bestehen vor allem aus einer zunehmenden Digitalisierung, dem Nutzen von Künstlicher Intelligenz, einer stärkeren bürokratischen

Vereinfachung und einer Flexibilisierung von Arbeitszeiten, dies im Sinne von den Arbeitnehmern und -gebern.

gréng Neben dem wirtschaftlichen Erfolg brachte die demografische Entwicklung der letzten Jahrzehnte auch Herausforderungen mit sich, z.B. beim Wohnen und der Mobilität. Bei Ersterem wurden die Rückstände der letzten Jahrzehnte mit einer nie da gewesenen Investitionsoffensive weitestgehend eingeholt und mit dem Mobilitätsplan 2035 eine klare Zukunftsvision vorgelegt. Auch im Bereich des Wohnungsbaus haben wir wichtige Hebel in Bewegung gesetzt, z.B. indem wir die Investitionen in öffentlichen bezahlbaren Wohnraum massiv erhöht haben. Diese Politik müssen wir jetzt fortsetzen und somit die Entwicklung unseres Landes proaktiv begleiten.

Gleichzeitig müssen wir uns aber auch die Frage stellen, wie wir die Wirtschaft weiterentwickeln wollen. Für uns ist klar, dass wirtschaftliches Wachstum nicht das Maß aller Dinge sein sollte. Deshalb sprechen wir uns dafür

aus, in erster Linie nachhaltige Unternehmen z.B. im Bereich der Kreislaufwirtschaft nach Luxemburg zu locken. Auch in Bezug auf die Finanzierung des Sozialsystems müssen neue Wege eingeschlagen werden. Wir sprechen uns daher klar für eine Reform des Steuersystems aus, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen und die Finanzierung des Staats für die Zukunft abzusichern.

CSV Die CSV steht für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum. Für ein Wachstum, das jedem zugutekommt. Für ein Wachstum, das unser Land mit neuen Technologien nach vorne bringt.

Nachhaltiges und inklusives Wachstum werden wir jedoch auch in Zukunft brauchen. Für die Finanzierung unseres Sozialstaats. Für die Finanzierung der Klimawende. Und auch für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Deshalb stehen wir für ganzheitliche Nachhaltigkeit. Für das sogenannte Dreieck der Nachhaltigkeit. Konkret für ein Gleichgewicht von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem.

adr Fir d'ADR ass d'ëst säit laange Joren en zentraalt Thema, well eis bewosst ass, datt mir den onkontrolléierten a massive Wuesstum laangfristeg net packen. Mir brauchen dréngend eng Reform vun eise soziale Versécherungssystemer, bei där d'Finanzéierungsmodeller musse reviséiert ginn. Wat mir méi laang waarden, wat déi Reform méi haart gëtt.

Bei der Reform vum Pensioussystem muss een oppassen, datt déi Leit, déi en „droit acquis“ hunn, dësen net verléieren. Dofir solle sech déi Reformen iwwert e längeren Zäitraum erstrecken, woubäi mir all méiglech Optiounen ausloten. Mir wäerten hei de Rapport vum „Comité économique et social“ consideréieren an aner Contributiounen, och déi vun de Gewerkschaften, inklusiv déi aus dem öffentleche Sektor. Da musse mir déi néideg Elementer erauszéien, fir eng effikass Reform duerchzuführen. Dozou gehéieren den Ausbau vum zweeten an drëtten Piliere vum Pensioussystem, méi flexibel Pensioussystemer a weider Optiounen, déi sech op de Käschtefaktor auswirken.

déi Lénk Wer das Wachstum absichtlich abbremsen will, braucht dazu einen starken demokratischen Konsens. Ohne einen solchen Konsens stellt sich die Frage eines Umbaus des Sozialsystems nicht, da ein solcher vor allem die sozial schwächeren Schichten treffen würde, ohne jedoch die Frage des Wachstums strukturell zu berühren. Wir sehen vor allem einen dramatischen Investitionsstau, der durch eine kluge Politik aufgelöst werden muss, sowie einen Mangel an Umverteilung des erschaffenen Reichtums. Aktuell wird ein zu großer Teil des Wachstums von einer kapitalstarken Minderheit abgeschöpft, während ein Großteil der Bevölkerung unter den negativen Auswirkungen des Investitionsstaus leidet. Letztlich ist die entscheidende Frage, wer vom Wachstum profitiert. Würde der zusätzliche Reichtum verstärkt dafür eingesetzt werden, den Wohnungsbau, die nachhaltige Mobilität, die Energiewende und die Bekämpfung der gesellschaftlichen Ungleichheiten zu finanzieren, würde sich ein völlig anderes Bild ergeben.

FOKUS Indem wir endlich unser quantitatives wirtschaftliches Wachstum territorial in die Großregion projizieren und uns wie die Metropole verhalten, die wir sind. Wachstum abwürgen geht nur mit wirtschaftsfeindlicher Politik – die ist mit FOKUS nicht zu machen – und hätte dramatische Konsequenzen für unsere Gesellschaft, auch für den öffentlichen Dienst. Wachstum gemeinsam bewirken und ansiedeln, Wachstum in größeren Räumen denken und schaffen, kreative

Ideen entwickeln, um es zu verwalten: Das hilft uns allen in der Großregion.

Das Modell gemeinsam betriebener Wirtschaftszonen (für Industrie, Energie, Digitalität und mehr), deren Steuerertrag und Beitragsleistung zwischen den betroffenen Staaten aufgeteilt wird, ist zielführend. Alles andere wird über kurz oder lang ohnehin an den ständig wachsenden Widerständen der luxemburgischen Gesellschaft scheitern.



Zur Finanzierung der Altersversorgung und des Sozialsystems sollte ein Teil des geschaffenen Mehrwerts, der gegenwärtig in die Taschen einer kleinen Minderheit von Privataktionären fließt, dienen. Das ist leichter möglich, wenn Banken und Großbetriebe vergesellschaftet werden.

Parallel dazu sollte die Wachstumsideologie aufgegeben und der Bevölkerungszuwachs begrenzt werden. Betriebe, in denen fast ausschließlich Grenzgänger arbeiten, sollten in den Nachbarländern angesiedelt werden, so dass auch die Umweltbelastung durch den Transport wegfallen würde und den Menschen stundenlange Wege zur Arbeit erspart blieben. Doch im Kapitalismus geht es in der Regel um die Maximierung der Profite, so dass eine Planung im Interesse der Beschäftigten nicht möglich ist, es sei denn, es kommt zu einem Systemwechsel, den die KLP befürwortet.



Luxemburg ist auf Wachstum angewiesen, um seine großzügige Altersversorgung und die überaus korrekte Beamtenentlohnung aufrechtzuerhalten. Unsere Wachstumszahlen (seit 2000) sind nicht nur beeindruckend, sie sind verrückt: Bevölkerung + 50 %; Arbeitsplätze + 91 %; BIP + 239 %.

Trotz Investitionen in Milliardenhöhe in vielen Bereichen (Gesundheit, Erziehung, Verkehr) hinken die Infrastrukturen aber der Realität hinterher. Das wird auch so bleiben, falls wir nicht versuchen, kontrolliert, d.h. weniger schnell zu wachsen: keine neuen Büro- und Wohntürme errichten, die auf nur wenig Nachfrage stoßen und ausländischen Investoren gehören; Keine Häuser mit guter Bausubstanz abreißen, wenn die Folgebesetzung nicht geklärt ist; keine Unternehmen anlocken, die komplett auf Import (Manpower, Know-how, Kapital, Rohmaterial) und Export (Endprodukt) ausgelegt sind. Auf einer Landesfläche wie der von Luxemburg ist der Platz nun mal begrenzt!

Seit Jahren steigt Luxemburgs Staatsverschuldung kontinuierlich. Inzwischen ist die 30 %-Grenze des Bruttoinlandsprodukts, die sich die jetzige Regierung selbst auferlegt hat, fast erreicht. Ist diese Obergrenze für Sie in den Stein gemeißelt oder wäre es in Ausnahmesituationen vertretbar, diese Grenze vorübergehend zu überschreiten?



Für die LSAP wäre es durchaus vertretbar, die Schuldengrenze in Ausnahmefällen zu überschreiten. Die ausschlaggebende Frage ist daher nicht ob, sondern wann und warum mehr Ausgaben getätigt werden sollten. Richtig eingesetzt können erhöhte Investitionen langfristig zu mehr Lebensqualität führen. Die Schuldengrenze stellt für die LSAP also kein Dogma dar, sondern ihre Festlegung ist von den Zukunftsvisionen für das Land abhängig. Wenn die eingesetzte Summe langfristig einen Mehrwert für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger verspricht, dann darf dies nicht durch eine willkürlich festgelegte Schuldengrenze verhindert werden.



Die DP steht für eine verantwortungsbewusste, sozial gerechte und zukunftsorientierte Haushaltspolitik. Seit Amtsantritt hat die DP-geführte Regierung die Staatsfinanzen Schritt für Schritt saniert, ohne dabei auf eine zukunftsweisende Investitionspolitik zu verzichten. Diese Bemühungen haben sich in den letzten Jahren ausgezahlt: Die Regierung war handlungsfähig und konnte konsequent auf die Krisen (Pandemie, Krieg, Energiekrise) reagieren, um die Haushalte, Unternehmen und Freiberufler mit umfangreichen Hilfspaketen zu unterstützen. Diese Maßnahmen haben die Staatsfinanzen zwangsläufig belastet. Wir stehen zu einem nachhaltigen Schuldenabbau, ohne dabei auf ein ambitioniertes Investitionsprogramm zu verzichten. Wir werden das Land weiter für die kommenden Generationen vorbereiten und eine hohe Lebensqualität für die jetzigen und kommenden Generationen sichern. Dazu zählen vor allem Investitionen in den Wohnungsbau, Klimaschutz und die Infrastruktur.



Die 30 %-Grenze ist eine eher willkürlich gesetzte Grenze, die sich die Regierung auferlegt hatte. In diesem Sinne ist sie für uns nicht in Stein gemeißelt.

Nichtsdestotrotz stehen wir zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik, die nur dann zusätzliche Schulden macht, wenn eine wirtschaftliche Ausnahmesituation (wie z.B. in der Covid- und Energiekrise) dies erfordert bzw. wenn damit wichtige Zukunftsinvestitionen finanziert werden. Eine Verschuldung, mit der längerfristig laufende Ausgaben finanziert werden, kommt für uns nicht infrage.



Die CSV steht für gesunde öffentliche Finanzen. Nur so kann unser Land funktionieren. Nur so können wir unseren Sozialstaat finanzieren. Die Zunahme der öffentlichen Schuld muss mittelfristig gebremst werden.

Die CSV will das Triple A behalten. Diese Notierung der Kreditwürdigkeit unseres Landes ist wichtig für die nationale Wirtschaft. So können wir günstiger Kredite aufnehmen. Eine höhere Staatsverschuldung könnte hingegen zu einer schlechteren Bewertung durch die Ratingagenturen führen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Staatsschuld unter 30 % liegt. Im Ernstfall und in absoluten Ausnahmesituationen kann diese Grenze vorübergehend überschritten werden. Neu aufzunehmende finanzielle Mittel sollten nur für spezifische, zweckgebundene Ausgaben verwendet werden: z.B. für Investitionen in den Wohnungsbau oder in die Energiewende.



Fir d'ADR ass déi 30 %-Grenz a Stee gemeesselt a mir toleréieren och keng temporär Iwwerschreidungen. De Staat duerf net iwwert seng Verhältnesser liewen a muss seng Scholden zeréckbezuelen, well eng Scholdepolitik ass eng Politik, déi zu Laaschte vun den nächste Generatiounen geet. Dobäi klëmmt d'Zënslaascht, wat mat onnëtzen Ausgabe verbonnen ass. Mir lafen och de Risiko, datt mir den Triple A verléieren an domat déi Haaptindustrie vun eisem Land, de Finanzsektor, schwächen.

Mir musse vun där Scholdepolitik ewechkommen an d'ADR huet eng ganz Rei Propositionen iwwert d'Jore gemaach, wéi mir dat kéinten ugoen – dozou gehéieren international Facteuren an och d'Budgetsdisziplin. Mee dës Regierung war net kapabel, dat ze maachen. D'ADR geet awer mat där fester Determinatioun an dës Walen, déi 30 %-Grenz net ze iwwerschneiden, an datt mer d'Verschuldung par rapport zum PIB wa méiglech erofsetzen, an absoluten an a relativen Zuelen.



Die 30 %-Grenze bei der Verschuldung hat sich die aktuelle Koalition selbst auferlegt. Sie hat keine legale Grundlage dafür und ist höchstens eine symbolische Schwelle. Wenn es gute Gründe gibt, diese Schwelle zu überschreiten, ist das natürlich vertretbar, denn zwingendes Sparen kann einem Staat weit mehr Schaden zufügen als eine vorübergehende Erhöhung des Schuldenstands. Mittel- und langfristig sollte jedoch versucht werden, den Schuldenstand relativ gering zu halten, vor allem im derzeitigen Wirtschafts- und Finanzsystem, in dem die Staaten vom Wohlwollen der privaten Kapitalmärkte abhängig sind.

FOKUS Es geht im Grunde genommen gar nicht um 30 oder 35 %. Es geht darum, dass der Staat über seine Verhältnisse lebt, wir ein strukturelles Defizit von rund einer Milliarde Euro herumschleppen und dies dazu führt, dass eine Verschuldungsdynamik und -logik entsteht, die auf Dauer zum Verlust der AAA-Bewertung führen wird. Unter solchen Umständen ist auch die von



allen erwünschte Steuerreform problematisch, und generell schwindet der politische Handlungsspielraum. Das kann so nicht bleiben. Dass wesentliche Investitionen und Krisenmaßnahmen zu Neuverschuldung führen, ist klar. Die Lebenshaltungskosten des Staates alleine dürfen es nicht.



Würden die Banken, Konzerne, Investitionsgesellschaften und Spezialfonds adäquat

besteuert, würde die Staatsverschuldung schnell der Vergangenheit angehören. Ohne Systemwechsel ist das wohl nicht zu machen.



Die Piraten plädieren jedes Jahr für das Schaffen von Reserven. Für uns ist klar, dass wir nicht weitere Prestigeprojekte unserer Minister brauchen, sondern „den Appel fir den Duuscht“ zur Seite legen müssen, um im Falle zukünftiger Krisen besser vorbereitet zu sein.

Wir sind auch der Meinung, dass die Regierung auf eine Überschreitung der 30 %-Grenze zusteuert. Unserer Meinung nach ist das Überschreiten also keine Frage des „Ob“, sondern des „Wann“. Das Wirtschaftswachstum für die nächsten Jahre muss demnach nachziehen, damit die Staatsschuld die finanzielle Situation des Landes nicht beeinträchtigt. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die man allerdings aufhalten könnte, wenn die Regierung ihre Ausgaben besser kontrollieren würde.

Gesundheitswesen

Die Lage im Gesundheitswesen spitzt sich weiter zu: Personelle Engpässe, zunehmende Wartezeiten und maßlos überfüllte Polikliniken sorgen für wachsenden Unmut. Beabsichtigen Sie das Gesundheitssystem zu reformieren? Falls ja, welche Initiativen würden Sie zur Verwirklichung Ihrer Prioritäten ergreifen?



Luxemburg verfügt über ein gutes Gesundheitssystem, das sich während der Covid-Pandemie bewährt hat. Das bedeutet aber nicht, dass kein Handlungsbedarf bestünde. Dies aber ohne das gesamte System, das auf einen universellen Zugang und eine solidarische Finanzierung aufgebaut ist, infrage zu stellen. Die größte Baustelle stellt der Personalmangel dar. Deshalb will die LSAP die Ausbildungsmöglichkeiten von Ärztinnen, Ärzten und Gesundheitsberufen, in Zusammenarbeit mit der Uni.lu und den Krankenhäusern, so ausbauen, dass langfristig komplette medizinische Studiengänge hierzulande angeboten werden. Betreffend die Wartezeiten optiert die LSAP für eine systematische Bestandsaufnahme gemäß dem Gesetzentwurf 8009 und für eine Angebotserweiterung, dort wo es notwendig ist. Zusätzlich will die LSAP es Mediziner und anderen Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen ermöglichen, sich in gemeinsamen Praxen zusammenzutun (siehe u.a. Gesetzesvorlage 8013). Mit diesen beiden Projekten wird sich die lokale Gesundheitsversorgung nochmals wesentlich verbessern.



Die DP will eine patientenorientierte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen. Um unsere Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren, wurden bereits Bachelorstudiengänge für Mediziner und Krankenpfleger eingeführt. In Zukunft sollen auch Masterstudiengänge folgen.

Insgesamt muss jedoch unser Gesundheitssystem auch attraktiver werden. Daher setzt sich die DP für eine Stärkung des „secteur extrahospitalier“ ein. In kleineren, dezentralen Strukturen soll ein erhöhtes Augenmerk auf die Prävention gelegt werden sowie die Möglichkeit bestehen, Untersuchungen mit medizinischen Geräten (Bsp. MRT und Mammografie) und „leichtere“ Eingriffe durchzuführen.

Die Krankenhäuser werden so entlastet und können sich auf die schwereren Eingriffe sowie auf die Forschung konzentrieren.



Als Partei werden wir unser solidarisches Gesundheitssystem festigen und seine Entwicklung für die nächsten zehn Jahre in einem Masterplan beschreiben. Den Bedarf an Arzt- und Pflegepersonal werden wir kontinuierlich ermitteln und die Ausbildungs- und Rekrutierungspolitik entsprechend anpassen. Zudem werden wir eine „Carte sanitaire“ für den „secteur extrahospitalier“ aufstellen und regelmäßig auswerten. Die Erstversorgung werden wir durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Gemeinschaftspraxen mit u.a. verlängerten Öffnungszeiten verbessern. Wir werden einen Gesundheitsfonds anlegen, um präventive Gesundheitspolitik und -initiativen zu stärken. Zudem werden wir die Nomenklatur für Ärzte- und Gesundheitsleistungen überarbeiten und regelmäßig auf den letzten wissenschaftlichen Stand setzen. Wir werden die administrative Arbeit optimieren und verschlanken, den digitalen Wandel im Gesundheitsbereich beschleunigen und verbessern sowie die Weiterbildung im Gesundheitswesen fördern.



Der Patient steht bei der CSV im Mittelpunkt. Mit kürzeren Wartezeiten, mehr Privatinitiative, einer flächendeckenden medizinischen Versorgung.

Die ambulante Medizin wird weiterentwickelt. Die Digitalisierung muss vorankommen (E-Santé). Die digitale Patientenakte wird vereinfacht.

Der „Spidolsplang“ wird durch einen Gesundheitsplan ersetzt. Die Gesundheitsverwaltung wird überarbeitet.

Bei Krankenhäusern, Gesundheitskasse, Nomenklatur. Die automatische Rückerstattung wird umgesetzt, die „Hospitalisation à domicile“ erweitert.

Wir wollen eine Rekrutierungskampagne für das Gesundheitspersonal. Mit den „Equipes volantes“ wird das Personal entlastet. Die Gesundheitsberufe werden reorganisiert.

Wir werden gegen den Ärztemangel vorgehen. Die Ärzte müssen die Möglichkeit haben, „schwere Geräte“ (IRM) in ihrer Praxis zu betreiben.

Medizinstudenten müssen bei ihrer Rückkehr begleitet werden. Das Umfeld muss attraktiver werden. Forschung muss möglich sein.

Es muss ein Rahmen für Gemeinschaftspraxen geschaffen werden.



Initiativen, déi d'ADR bei der Reform vum Gesundheitssystem prioriséiere géng:

nees méi attraktiv Aarbechtskonditioneuren an eng besser „Work-Life-Balance“ an deem Secteur schaffen; méi Ausbildung vum Dokteren a medezineschem Personal zu Lëtzebuerg ubidden; besser Versécherungskonditioneuren fir d'Dokteren an e „Fonds public d'indemnisation des aléas thérapeutiques“ schaffen; Iwwerschaffe vum der Nomenklatur an eng méi diversifizéiert Wiel vun där fir de Patient passender Behandlung; de Gesundheitssystem moderniséieren, liberaliséieren a vum Dirigismus léisen; eng Zweeklassesmedezin verhenneren; eng besser regional Versuergung mat Dokteschpraxen, Apdikten, Spideeler an Dokteschhaiser (maisons médicales) favoriséieren; d'Capacités am Gesundheitssystem dem demografesche Wuesstum entsprechend erhéijen, besonnesch bei de Spidolsbetter; Reservecapacités schaffen, z.B. iwwert e Militärspidol, wat dann och gläichzäitig kéint mat anere Spideeler als Universitétsspidol déngen.



Ja. Im Bereich des Gesundheitswesens setzen déi Lénk vor allem auf Prävention und den universellen Zugang zu Basisgesundheitsleistungen. déi Lénk wollen das Gesundheitswesen noch stärker in die öffentliche Hand überführen. Dazu gehört eine Dezentralisierung der Basispflegeleistungen in Form von öffentlichen fachübergreifenden Gesundheitshäusern, die Notfälle und gängige Erkrankungen behandeln und das näher am Wohnort der Menschen. Die eigentlichen Spitäler müssen so strukturiert werden, dass mindestens eines davon allein als Forschungsspital (Universitätsspital) genutzt werden kann, während die anderen Krankenhäuser sich auf die spezialisierte Medizin konzentrieren würden, mit dem Akzent auf chronische Krankheiten und die Pädiatrie. Die moderne medizinische Bild Diagnostik bliebe den Kliniken überlassen. déi Lénk wollen ebenfalls

verstärkt auf die Verbeamtung von Mediziner und auf die Salariatsmedizin setzen.

FOKUS. Dass Handlungsbedarf besteht, dürfte jedem klar sein. Mit Kampfparolen und populistischen Pseudodebatten – wie in Sachen „IRM um Potaaschberg“ erlebt – wird man jedoch keine Probleme lösen.

FOKUS will eine stringente Personal- und Materialplanung und überall im Land eine kurzfristige Erweiterung der medizinischen Versorgungsmöglichkeiten – dazu können auch wieder ein ärztlicher Bereitschaftsdienst und durchgehend geöffnete „Maisons médicales“ mit entsprechender personeller Ausstattung gehören. Digitalisierung muss auch ein Thema sein. Die Durchforstung der Nomenklatur alleine würde mittelfristig nicht nur den Patienten helfen, sondern Geld sparen: Es werden beispielsweise viel weniger klassische Röntgenaufnahmen und viel mehr Scanner- und MRT-Aufnahmen gebraucht – dann soll das auch so verschrieben, durchgeführt und abgerechnet werden.



Die Prioritäten der KPL lauten:

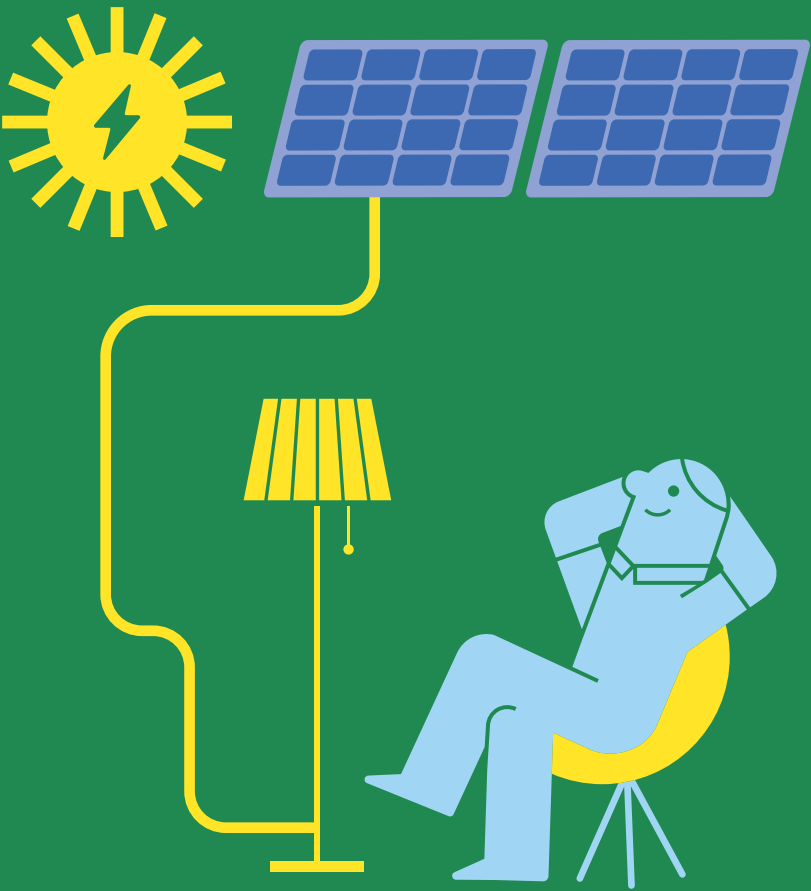
Die Bekämpfung des Mangels an Krankenhauspersonal und an Allgemeinmediziner, die Schaffung von regionalen Krankenhäusern für Allgemeinmedizin, der Ausbau einer vom Patronat unabhängigen Arbeitsmedizin, die Förderung der Schul-, der Präventiv- und der Umweltmedizin, die Abschaffung der Eigenbeteiligungen bei verschreibungspflichtigen Medikamenten und medizinischen Behandlungen, die Übernahme der privaten gesundheitlichen Einrichtungen und Dienste in das staatliche Gesundheitswesen.



Unser Gesundheitssystem muss maßgeblich reformiert werden. Ein vollständiges Medizinstudium in möglichst vielen Fachrichtungen muss schnellstens und in Kooperation mit den Universitätskliniken der Großregion und allen Krankenhäusern Luxemburgs an der Uni.lu angeboten werden.

Ein Fokus soll hierbei auch auf die mentale Gesundheit gelegt werden. Zudem müssen die Ausbildungszweige überarbeitet werden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auf jedem schulischen Niveau ein Ausbildungsweg für einen Pflegeberuf geschaffen wird. Dementsprechend müssen auch die Berufsfelder und Aufgaben entsprechend festgelegt werden.

Luxemburg braucht endlich einen klaren „Virage ambulatoire“. Wir brauchen zudem mehr „Maisons médicales“, damit die Notaufnahmen endlich entlastet werden. Da aber auch die „Maisons médicales“ schon heute teilweise ausgelastet sind, müssen weitere geschaffen werden. Auch muss ein stärkeres Augenmerk auf die Prävention gelegt werden.



Let the sunshine in.

D'Subside fir Solarenergie
waren nach ni esou favorabel.

www.klima-agence.lu



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Énergie et de
l'Aménagement du territoire



klima
agence



Let the sunshine in.

Trouver la solution la plus adaptée
pour produire de l'énergie solaire

Vivez-vous en maison individuelle ?
Installez des panneaux photovoltaïques
sur votre toit, revendez votre produc-
tion pour bénéficier de tarifs d'injec-
tion avantageux, autoconsommez votre
électricité ou partagez-la avec d'autres
consommateurs. Pour bien planifier
votre projet, consultez le potentiel et la
rentabilité de votre future installation
sur energie.geoportail.lu.

Si vous habitez en résidence, prenez
contact avec votre syndic et rensei-
gnez-vous sur les possibilités d'instal-
lation de panneaux photovoltaïques.
Associez-vous à d'autres propriétaires
afin de permettre une approche collec-
tive. Vous pouvez également opter en

toute facilité pour une petite centrale
électrique de balcon « Plug & Play ».

Produire de l'énergie solaire peut aussi
être une démarche collective : coopéra-
tive énergétique, communauté énergé-
tique... Renseignez-vous !

Pour financer votre démarche, vous
pouvez bénéficier d'aides étatiques,
communales, de votre fournisseur
d'électricité ou du fonds nova natur-
stroum. Découvrez les aides disponibles
pour votre projet avec le simulateur
Klima-Agence aides.klima-agence.lu et
démarrez votre projet en prenant RDV
avec votre conseiller Klima-Agence sur
klima-agence.lu !

Château de Vianden



www.castle-vianden.lu

Les Amis du Château de Vianden asbl b.p.26 L-9401 Vianden tél.: 834108-1
ouvert tous les jours à partir de 10 heures

Klima- und Umweltpolitik

Die ökologische Wende gehört zur obersten Priorität der politischen Gestaltung. Wie wollen Sie dieses Kernproblem angehen

LSAP Die politische Gestaltung kann nur gelingen, wenn sie von der Mehrheit der Gesellschaft mitgetragen wird. Für die LSAP ist es daher unabdinglich, dass die Bürgerinnen und Bürger durch partizipative Projekte die Notwendigkeit der ökologischen Wende erkennen und aktiv mitwirken können. Zusätzlich darf die Wende nicht auf Kosten der Gering- und Mittelverdiener ausgetragen werden. Letztlich geht es bei der Klima- und Umweltpolitik nicht nur um die Natur, sondern auch um die Lebensqualität des Menschen im naturgegebenen Rahmen. Die LSAP setzt sich dementsprechend für die zwischenmenschlichen Bedingungen innerhalb des ökologischen Wandels ein.

DP Für die DP ist es keine Option, die nationalen Klimaziele nicht zu erreichen. Die DP wird die Anstrengungen der letzten Jahre konsequent vorantreiben und ausbauen. Zu diesem Zweck wird die DP, die in der aktualisierten Version des nationalen Energie- und Klimaplan (welcher unter Berücksichtigung der Vorschläge des Klimabürgerrats erarbeitet wurde) vorgesehenen Maßnahmen entschlossen umsetzen. Konkret will die DP massiv in die erneuerbaren Energien investieren, indem z.B. auf jedes neue Wohngebäude eine PV-Anlage installiert werden soll. Für diejenigen Haushalte, die sich das nicht leisten können, wird der Staat die Anlage finanzieren und nach Abschreibung den Betroffenen schenken. Des Weiteren wird die DP den Bürgern mit attraktiven staatlichen Zuschüssen bei der energetischen Sanierung unter die Arme greifen und sicherstellen, dass bei der Energiewende niemand auf der Strecke bleibt.

gröng Wir haben in den letzten Jahren den für den ökologischen Umbau notwendigen Rahmen geschaffen (u.a. Klimagesetz, sektorielle Ziele, Energie- und Klimaplan, „Null Offall“-Strategie). Es muss die zentrale Priorität der nächsten Legislaturperiode sein, diese wichtigen Fortschritte weiterzuführen und noch schneller umzusetzen. Dafür werden wir die Finanzierung der Maßnahmen auf hohem Niveau gewährleisten und die nötigen personellen Ressourcen in den staatlichen Verwaltungen garantieren.

Die Beschleunigung der ökologischen Wende wird nur ein Erfolg, wenn wir sie gemeinsam mit den Bürger*innen, den Unternehmen sowie den Gemeinden umsetzen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Begleitung dieser Akteure weiter verbessert wird, positive Anreize zugunsten von ökologischem Handeln – wie finanzielle Unterstützungen und Steuervergünstigungen – weitergeführt und verstärkt werden. Des Weiteren müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren in den Bereichen Klimaschutz und Energiewende weiter beschleunigt und digitalisiert werden.

CSV Die CSV steht für Klimaschutz mit allen Bürgern im Boot. Für eine Klimapolitik der Anreize. Mit mehr Lebensqualität. Die CSV setzt sich für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Unser Ziel: 30 % erneuerbare Energien bis 2030. Die Energiewende wird durch substanzielle Investitionen in den Netzausbau begleitet. Bei Strom, Wärme oder Wasserstoff. Fotovoltaik im privaten und gewerblichen Bereich wird gefördert. Wir werden zudem für intelligente Stromnetze sorgen. Auch die Wasserstofftechnologie wird gezielt gefördert. Wir treten für Klimaneutralität als Staatsziel ein. Wir werden die Notwendigkeit des Autos im ländlichen Raum kompensieren. Die CSV wird die Umrüstung von fossilbasierten Heizsystemen unterstützen. Wir werden die Energieeffizienz bestehender Gebäude durch Renovierung steigern. Die CSV wird eine effiziente Kreislaufwirtschaft unterstützen, die Abfall vermeidet. Luxemburg soll ein Forschungshub für erneuerbare Energien und Zukunftstechnologien werden.

adr Mir sinn net mat där onrealistescher Politik vu Lëtzebuerg averstan. Mir wëllen d'Leit net dirägen, si hir Haiser anstänneg hëtze loossen an hinnen net hiren Auto mat Verbrennungsmotor ewechhuelen. Mir sollten an ekologesche sënnavoll Projeten an Drëttlänner investéieren, fir z.B. grouss Energieanlagen, Kue-

lekraaftwierker oder aner Anlagen ze moderniséieren respektiv ëmzerëschten. Dat géif weltwäit zu enger Reduktioun vun den CO₂-Emissiounen féieren a misst Lëtzebuerg als CO₂-Reduzéierung ugerechent ginn. Et wär gläichzäiteg och en ekonomeschen Invest. Dat géng eis erlaben, zu Lëtzebuerg déi Efforten, déi mir op nationalem Plang maachen, méi progressiv ze gestalten an e Rhythmus anzeschloen, deem am Verglach zu eisen Haaptkonkurrente fir d'Ekonomie ze packen ass. Och steierlech Kompensatiounen sinn néideg, zemoos fir Leit mat wéineg Akommes. Privatleit kéinten z.B. e Steierkredit respektiv en Ausgleich kréien an Entreprisé generéis Deductionsméiglechkeete beim ökologeschen Invest.

déi Lénk Wir wollen die ökologische Wende solidarisch angehen und uns von der individualistischen und oft moralisierenden Herangehensweise der Regierung verabschieden. Nur auf diese Weise kann eine soziale und ökologische Wende erfolgen. Konkret meinen wir, dass Abwägungen über Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeinsparungen oder in nachhaltigere Lebensweisen nicht vom Kontostand oder des sozialen Status eines Einzelnen abhängig gemacht werden dürfen. Derzeit passiert jedoch genau das, indem der Staat einzelne Investitionen und Käufe bezuschusst, welche jedoch im Regelfall auch Eigenkapital beim jeweiligen Haushalt voraussetzen. Wir stellen uns vor, dass sich öffentliche Programme nicht nur an interessierte Haushalte der oberen Mittelschichten richten, sondern die Bedürfnisse der Haushalte mit den kleinsten Einkommen als Ausgangspunkt nehmen. Ziel muss es sein, dass die gesamte Gesellschaft sich in eine ökologischere Richtung bewegt. So trifft die ökologische Transition auf eine breite demokratische Zustimmung.

FOKUS Durch einen ehrlichen Umgang mit den Problemen, die nicht dadurch verschwinden, indem wir bestimmte Parteien verdammen. Der Ressourcenverbrauch Luxemburgs ist enorm hoch, unsere Energieproduktion quasi nicht existent, das Land nicht dazu geeignet, nur noch Bewegungen mit Fahrrädern und zu Fuß zuzulassen.

Sinnvolle Energieinvestitionen tun not, allerdings nicht in Form von je einem Windrad pro Gemeinde, das die Landschaft verschandelt und energetisch kaum etwas liefert. Gebaut werden soll endlich nach planerischen Vorgaben, dort, wo Arbeitsplätze und Versorgungsmöglichkeiten existieren, anstatt, dass jedes Dorf im Ösling glaubt, dank des „Pacte Logement“ seine Einwohnerzahl verdoppeln zu müssen, die dann jeden Tag über 100 km Auto fahren MÜSSEN. Der drastische Ausbau des Eisenbahnnetzes ist dringend: Wenn heute nur 10 % der Grenzgänger überhaupt einen Zug nehmen KÖNNEN, dann haben wir ein Problem, das gelöst werden muss, anstatt es immer wieder nur zu beschreiben.

KPL Es ist dringend erforderlich, dass hinterfragt wird, welche Rolle Banken und Konzerne bei den Veränderungen des Klimas spielen. Diese bereichern sich hemmungslos auf Kosten des Klimas durch die Ausbeutung von Menschen und den Raubbau an der Natur, während die Lohnabhängigen, Rentner, Auszubildenden und sogar die Arbeitslosen über CO₂-Steuern und steigende Preise dafür bezahlen sollen.

Ebenso wie die Probleme der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot, der nicht ausreichenden Gesundheitsfürsorge kann auch der Klimawandel nicht effektiv bekämpft werden, wenn in der vorherrschenden kapitalistischen Gesellschaft, Preis und Profit Maßstab allen Handelns darstellen.

Die Forderung nach einer Änderung des Systems darf sich daher nicht nur auf die Art der Energieerzeugung beschränken, sondern sie muss auch eine Änderung des gesellschaftlichen Systems umfassen.

IPIRATEM Klimawandel und Biodiversitätsverlust sind ernste Probleme, die uns alle direkt oder indirekt belasten werden, sei es durch Unwetterkatastrophen oder das Aufbrauchen der nationalen und internationalen Ressourcen.

Je früher wir entgegensteuern, desto besser. Deshalb müssen wir aufhören, die Natur getrennt von Wirtschaftsproblemen zu betrachten und anfangen, unsere Wirtschaft in einem geschlossenen System zu verstehen. Eine Priorität ist demnach die Aufklärung: die Menschen mitnehmen und sie mit sinnvollen Beispielen sensibilisieren.



Danach gibt es viele Bereiche, in denen man ansetzen muss, sei es in der Energiepolitik, wo wir mehr auf erneuerbare Energien setzen müssen, oder in der Landesplanung, wo es darum geht, unsere Natur nicht weiter durch Versiegelung zu belasten. Letztendlich muss auch die Landwirtschaft so umgestellt werden, dass die Nahrungsmittelsicherheit gewährleistet bleibt und trotzdem nachhaltig mit den Boden- und Wasserressourcen umgegangen wird.

Wie will Ihre Partei den grünen Wandel finanzieren, ohne dabei die Gering- und Mittelverdiener allzu sehr zu belasten?

LSAP Im kürzlich aktualisierten nationalen Klima- und Energieplan (PNEC) wird unter anderem auf eine kontinuierliche Erhöhung der CO₂-Steuer verwiesen. Dies ist auch notwendig, um die europäischen Ziele im Kampf gegen den Klimawandel zu erreichen. Damit Gering- und Mittelverdiener nicht durch diese zusätzliche Steuerlast benachteiligt werden, wird ab 2024 ein CO₂-Steuerkredit eingeführt. Für die LSAP ist es wichtig, dass die Hälfte der Steuereinnahmen in die soziale Kompensation fließt. Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass mit jeder CO₂-Steuererhöhung ein sozialer Ausgleich stattfindet, zum Beispiel über Steuerkredite. Außerdem müssen Subventionen, die den grünen Wandel beschleunigen, erhöht und nach sozialen Kriterien gestaffelt werden.

DP Für die DP sind Klima- und Sozialpolitik eng miteinander verknüpft. Oberste Priorität ist es somit zu garantieren, dass jeder Bürger Teil des nachhaltigen Wandels werden kann und dieser nicht nur wohlhabenden Personen vorbehalten bleibt. Etwaige Mehrbelastungen wie die CO₂-Steuer werden sozial gerecht kompensiert. Zudem wird die DP die Bürger weiterhin mit großzügigen Zuschüssen beim Umstieg auf klimafreundliche Alternativen unterstützen. Die DP wird keine Verpflichtungen einführen, welche unverhältnismäßige Mehrkosten für die Bürger verursachen.

gröng Investitionen in den grünen Wandel sind Investitionen in den Wirtschaftsstandort, in eine bessere Lebensqualität und somit in die Zukunft Luxemburgs. Diese Investitionen wollen wir stärken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Rahmen einer breit angelegten Steuerreform derzeitige Ungerechtigkeiten zwischen den Steuerklassen abgeschafft und Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen generell gestärkt werden. Durch eine stärkere Besteuerung von sehr hohen Vermögen können wir die zusätzlichen Einnahmen in Zukunftsprojekte investieren. Auch werden wir sicherstellen, dass die Erhöhung des CO₂-Preises sozial abgefedert wird: Die Einnahmen sollen zu 50 % in Klimaschutz und zu 50 % in soziale Kompensierung fließen.

Wir treten dafür ein, dass der Zugang zu erneuerbaren Energien für Personen mit weniger Einkommen vereinfacht wird. So wollen wir das Arsenal an geeigneten Vorfinanzierungsmechanismen im Bereich der Energiewende ausbauen und ein „Sozialleasing“ für E-Autos einführen.

CSV Die CSV steht für den nachhaltigen Wandel. Neben der Digitalisierung ist der Klimawandel die größte Herausforderung unserer Zeit.



Depuis de nombreuses années, le camping Kaul accueille ses hôtes dans un environnement naturel au pied des Ardennes. Après la reprise par Coopérations s.c. en 2021, les valeurs humaines, durables et culturelles, fidèles à l'image de Coopérations s.c., sont appliquées au camping, tout en tenant compte des principes de l'économie circulaire. Une panoplie de nouveautés ainsi qu'un accueil chaleureux vous sont garantis tout au long de l'année. Pour tous ceux souhaitant allier l'aventure, le sport et la nature à l'agréable, nos différents types de chalets entièrement équipés et constamment mis à niveau, vous accueillent toute l'année. Vous pouvez également vous faire livrer vos repas et faire de cette expérience un moment inoubliable.

Seit vielen Jahren empfängt der Camping Kaul seine Gäste in einer natürlichen Umgebung am Fuße der Ardennen. Nach der Übernahme durch Coopérations s.c. im Jahr 2021 werden die menschlichen, nachhaltigen und kulturellen Werte, getreu dem Image von Coopérations s.c., auf dem Campingplatz Kaul gelebt. Zudem wird Wert auf die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft gelegt. Zahlreiche Neuheiten und ein herzlicher Empfang sind das ganze Jahr über gewährleistet. Für diejenigen, die Abenteuer, Sport und Natur mit dem Angenehmen verbinden wollen, sind unsere verschiedenen Arten von vollständig eingerichteten Chalets, die stets nachgerüstet werden, ganzjährig buchbar. Sie können sich zudem Ihr Essen liefern lassen und somit dieses Erlebnis zu einem unvergesslichen Moment machen.



Camping KAUL
60, Campingstrooss L-9554 Wiltz

Tél. : (+352) 95 03 59 1
E-mail : info@kaul.lu www.kaul.lu

*Hausmaacher Fleeschspezialitéiten an Charcuterie
aus regionaler a lokaler Produktioun*



Metzlererei
WIETOR
Beefort - Iechternach - Veianen
facebook : Metzlererei Wietor
www.wietor.lu

Luxembourg 26 44 13 88 | Diekirch 26 81 13 99 | Mersch 26 64 08 | b-immobilier.lu

Consultez tous nos objets sur
b-immobilier.lu

Maisons, appartements, terrains, bureaux,
parkings, locaux commerciaux ...

IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS

Gleichzeitig wollen wir die Menschen mitnehmen. Dies bedeutet, dass wir die Mehrkosten des Klimaschutzes für Gering- und Mittelverdiener sozial abfedern werden.

adr D'ADR féiert eng Politik, déi technologieoppen ass, a mir hoffen, datt de fräie Maart ëmmer déi beschte Solutioun bitt. Mir forcéieren d'Leit zu näisch. An deem Sënn si mir och géint eng CO2-Steier a géint eng Iwwerbesteuerung vun Ëmweltoplagen. Prinzipiell si mir der Meenung, datt mer steuerlech Kompensatiounen mussen aféieren, zemoos fir déi Leit mat klengem Akommes. Dëst wier méiglech iwwert de Wee vun engem Steierkredit respektiv engem Ausgläich a fir d'Entreprise iwwer generéis Deductionsméiglechkeete beim ökologeschen Invest.

déi Lénk Viele Studien verdeutlichen, dass der Ausstoß schädlicher Treibhausgase bei steigendem Einkommen wächst. Anders gesagt: Großverdiener und Superreiche leben klimaschädlicher als Gering- oder Mittelverdiener. Genau hier liegt das Problem bei den indirekten Steuern auf CO2, wie beispielsweise der CO2-Steuer in Luxemburg. Einige besonders schädliche Sektoren wie etwa die Fliegerei sind davon ausgenommen, während alltägliche Bedürfnisse besteuert werden. Menschen mit großem Einkommen ändern ihre Lebensweise aufgrund dieser Steuern nicht, während sie Menschen mit geringen Einkommen belasten, ohne dabei einen großen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Aus diesen Gründen sehen wir die stärkere Besteuerung der sehr großen Einkommen als gerechte Lösung für die Finanzierung der ökologischen Wende, insbesondere weil auf diesem Weg zusätzliche Treibhausgasemissionen „wegbesteuert“ werden. Wir wollen auch verstärkt auf den Pensionsfonds setzen, um in erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu investieren.

FOKUS Der ökologische Wandel wird ständig als kaum leistbar beschrieben, dabei ist das kein objektives Problem, sondern ein ideologisch-subjektives. Natürlich kann sich heute nicht jeder ein Elektroauto leisten, aber das muss er auch nicht. In zehn Jahren werden diese



Fahrzeuge erschwinglich sein, ihre Batterien ziemlich umweltverträglich und ihre Reichweite ausreichend. FOKUS ist deshalb strikt dagegen, eine Umstellung zu forcieren, die sich dank technologischen Fortschritts und gesellschaftlicher Akzeptanz ohnehin vollziehen wird, und zwar ohne staatliche Zulagen. Dass bei einigen besonders CO2-intensiven Beschäftigungen etwas draufgezahlt werden muss, um nachhaltige Investitionen zu begünstigen, ist unausweichlich. Die Kerosinsteuer muss kommen, ebenso wie eine konsequente Belastung von Kreuzfahrtschiffen. Eine wirklich ökologische Steuerreform sollte konzipiert werden, durch die man Verhaltensänderungen begünstigt, dank derer die steuerliche Belastung sogar abnimmt und nicht steigt.

KPL Durch höhere Steuern für Reiche, Konzerne, Banken und Finanzgesellschaften sowie durch eine rigorose Kürzung der Militärausgaben.

PIRATEN Bei der Energiewende muss Wert darauf gelegt werden, dass die Leute ihre Solarenergie selbst herstellen können.

Wir Piraten sprechen uns für ein Modell aus, bei dem der Staat die finanziellen Mittel für die Solaranlage vorstreckt und den Besitzern von Gebäuden die Möglichkeit gibt, die getätigte Investition über die Einspeisung von Strom abzuzahlen. Unser Plan namens „Sunergy“ sieht vor, dass man mit einer Milliarde Euro bis 2030 ein Drittel aller Dächer in Luxemburg mit Solaranlagen ausstattet. Nach zehn Jahren geht die Solaranlage dann in den Besitz der Bürger:innen über. Somit wäre die Investition für die Haushalte gratis, während der Staat den Klimazielen näherkommt und dafür nur einen negativen „Cashflow“ von einigen Jahren stemmen muss. Wobei man durch das Einbeziehen privater Investoren in das Projekt die finanzielle Staatsbelastung noch einmal deutlich senken könnte.

Eine letzte Frage zum Schluss

Wie steht Ihre Partei zur CGFP?

LSAP Die LSAP ist eine sozialistische Partei. Sie verfolgt eine sozialgerechte Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Gewerkschaften stellen ein wichtiges Element in unserer Gesellschaft dar. Sie sind das Sprachrohr und die Interessensvertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele der Ansichten und Forderungen der LSAP decken sich mit denen der Gewerkschaften. Demnach begrüßt und unterstützt die LSAP die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaften und sieht diese als starke Partner im Kampf um mehr soziale Gerechtigkeit.

gröng Wir respektieren die CGFP als national repräsentativen Sozialpartner und zentralen Ansprechpartner im Bereich des öffentlichen Dienstes.

DP Die DP-geführten Ministerien haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie die CGFP als vertrauenswürdigen Verhandlungspartner ansehen und sie haben zusammen mit der CGFP zahlreiche Abkommen geschlossen, sei es sektoriell oder im übergreifenden Staatsdienst. Als Beispiele dienen die Gehälterabkommen vom 4. März 2021 und vom 5. Dezember 2016, das Abkommen vom 14. Januar 2022 zur Harmonisierung der unteren staatlichen Laufbahnen, das Abkommen zum Homeoffice, das Abkommen über die Arbeitszeitregelung und das jüngste Besoldungsabkommen vom 9. Dezember 2022 für den öffentlichen Dienst. Wir gehen davon aus, dass diese Aufzählung Beweis dafür ist, dass wir die CGFP auch in Zukunft als verantwortlichen und vertrauenswürdigen Verhandlungspartner ansehen.

CSV Die CSV steht zum Luxemburger Sozialmodell. Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Dieses Modell funktioniert nur mit starken Sozialpartnern. Also auch mit starken Gewerkschaften. Nicht zuletzt auch im öffentlichen Dienst. Die CGFP ist dabei seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner. Im Interesse ihrer Mitglieder. Aber auch im Interesse des Gemeinwohls. Das verbindet uns. Gleiches gilt für

unsere guten, direkten und unkomplizierten Beziehungen. Das Menschliche darf man niemals unterschätzen.

adr D'ADR gesäit an der CGFP e wichtegen a verantwortungsvolle Sozialpartner an déi eenzeg national representativ Gewerkschaft am ëffentlechen Dëngscht, mat där de Staat soll exklusiv Ofkommes ofschléissen.

déi Lénk Für déi Lénk sind die Gewerkschaften ein enorm wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Die Positionen und Aktionen der CGFP verfolgen wir mit sehr großem Interesse, genau wie jene der anderen Gewerkschaften.

FOKUS Die CGFP ist die repräsentative Gewerkschaft des luxemburgischen öffentlichen Dienstes, daran wird sich nichts ändern. Sie war im Laufe der Jahrzehnte ein verlässlicher Partner und eine verantwortungsbewusste Organisation, die immer auch für einen leistungsfähigen und -bereiten öffentlichen Dienst

gestanden hat. FOKUS würde sich in diesem Sinne darauf freuen, sich mit der CGFP auch in institutioneller Funktion austauschen zu können – und darüber, dass Mut zur Veränderung im öffentlichen Dienst eine Selbstverständlichkeit bleibt.

KPL Die KPL unterstützt die CGFP uneingeschränkt, wenn es darum geht, die Arbeitsbedingungen, Löhne und Rechte der Staatsbediensteten und der Beschäftigten insgesamt zu verteidigen und bessere Arbeits-, Lohn- und Lebensbedingungen durchzusetzen.

PIRATEN Unsere Partei respektiert die gewerkschaftliche Freiheit und sieht die Sozialpartner und den Sozialdialog als unbedingt schützenswert an. Die CGFP wurde durch die Sozialwahlen als klarer Berufsverband der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewählt und spielt eine zentrale Rolle bei der Sicherung eines resilienten und gut funktionierenden Staatsapparats.





**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause